



KÄRNTEN ZUERST.

MIT SICHERHEIT.

10 Punkte. Machen WIR. FÜR KÄRNTEN.

Machen WIR. F



FÜR KÄRNTEN.





Liebe Kärntnerinnen und Kärntner! Liebe Freunde!

Am 5. März 2023 werdet Ihr darüber entscheiden, wie sich unser Land in den nächsten Jahren entwickeln soll. Aktuell haben wir eine SPÖ-geführte Landesregierung, die gemeinsam mit der ÖVP als willfährigen Steigbügelhalter das Motto „Verwalten statt Gestalten“ lebt und spätestens seit Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips (alle Beschlüsse in der Kärntner Landesregierung hätten einstimmig gefasst werden müssen) Entscheidungen für das Land Kärnten nahezu im Alleingang durchpeitscht.

Österreichweit erleben wir, dass das Vertrauen in politische Systeme im Keller ist. Und auch das Vertrauen in die Vertreter der Kärntner Landesregierung dürfte in den letzten Jahren deutlich gesunken sein, da diese sich vorrangig bei der Einschränkung persönlicher Grund- und Freiheitsrechte hervorgetan haben, während das Land von einer Krise in die nächste steuerte. Die Beteiligung des Kärntner Landeshauptmannes an der Einführung der Corona-Impfpflicht und der daraus resultierende Vorschlag zur Kennzeichnung aller Geimpften mit gelben Armbändchen bleiben unvergessen und werden ihm einen unrühmlichen Platz in der Kärntner Geschichtsschreibung sichern. **Die zahnlosen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerungswelle, die fehlgeschlagene Asylpolitik, die unter dem Deckmantel der Flüchtlingsmigration illegalen Asylströmen Tür und Tor öffnet, sind leider kennzeichnend für die letzte Regierungsperiode unter SPÖ und ÖVP.** Der Gender-Wahnsinn der SPÖ-geführten Landesregierung hat zurecht einen Aufschrei der Empörung in ganz Kärnten mit sich gebracht. In der Amtssprache hätte beispielsweise das Wort „Bauer“ durch „landwirtschaftlich Beschäftigter“ ersetzt werden sollen. Dass unsere Sprache derart verschandelt wird, und wir uns in Krisenzeiten mit solch einem Unsinn auseinandersetzen müssen, haben wir der rot-schwarzen Kärntner Landesregierung zu verdanken.

Wir sagen daher, dass endlich Schluss mit dieser ständigen Entmündigung und Freiheitsberaubung der Kärntnerinnen und Kärntner sein muss. **Mit dem Blick auf die Zukunft gerichtet, sind es unsere Jugend und die Familien, denen wir Perspektiven und Sicherheit geben müssen.** „Sicherheit in allen Lebenslagen“ sollte als Klammer für den politischen Orientierungsrahmen in Kärnten dienen - zur Stabilisierung unseres Gesundheitssystems, der Sicherung von Arbeitsplätzen, Belebung der Wirtschaft und zum Erhalt unserer Lebensqualität.

Unser Land braucht deshalb einen Landeshauptmann, der bereit ist, Taten sprechen zu lassen und sich schützend vor die eigene Bevölkerung zu stellen, anstatt einzuknicken, wenn ihm Gegenwind droht. Als Landesparteiobmann der FPÖ in Kärnten sehe ich es als meine Aufgabe, verlässliche und aufrichtige Politik für die Interessen der Kärntnerinnen und Kärntner zu betreiben, um einerseits die Menschen wieder für das politische Geschehen zu begeistern, und andererseits Kärnten eine Stimme gegenüber Wien zu verleihen. Viele Entscheidungen, die nämlich letztendlich im Nationalrat fallen, bestimmen die Zukunft Kärntens mit. Nur mit einer starken FPÖ wird es wieder ein Kräftemessen auf Augenhöhe mit den Vertretern der Bundesinteressen geben können.

Die Probleme unseres Landes müssen nicht nur erkannt, sondern auch gelöst werden. Um positiv und hoffnungsvoll in die Zukunft blicken zu können, braucht es Entschlossenheit, Kompetenz sowie den Mut, aufrichtige Entscheidungen zu treffen und danach auch zu handeln. Kärnten hat es verdient, von uns an die erste Stelle gesetzt zu werden, und dass wir unser Heimatland mit unserer Unterstützung und unserem Einsatz wieder zu altem Glanz und neuer Strahlkraft verhelfen, um den Lebensraum zu schaffen, den die Kärntnerinnen und Kärntner verdienen, schätzen und lieben. **In diesem Sinne: „Kärnten zuerst!“**

Mit freiheitlichen Grüßen

Euer **Erwin Angerer**

Damit Kärnten Kärnten bleibt.

Es ist ein trügerisches Bild, das die Kärntner SPÖ-ÖVP-Landesregierung zeichnet. Als „familienfreundlichste Region Europas“ möchte der SPÖ-Landeshauptmann Kärnten positionieren, wohlwissend, dass unser Bundesland jährlich unzählige Familien verliert. Abwanderungsprozesse, fehlende Maßnahmen gegen den aktuellen Teuerungs-Tsunami sowie eine freiheitseinschränkende und eine Menschen stigmatisierende Corona-Politik haben der Aussicht auf eine lebenswerte Zukunft geschadet. Die Kärntner brauchen keine weiteren Einschränkungen, keine zusätzlichen Asylanten und auch keine inhaltslose Politik, sondern Taten und Perspektiven!

Entvölkerung Kärntens!

In einer vom Land Kärnten in Auftrag gegebenen Studie der Fachhochschule¹ zeigt sich, dass bis 2050 die Einwohnerzahl unseres Bundeslandes um 22.460 Personen sinken wird. Kärnten ist das einzige Bundesland, das von Abwanderung bedroht ist. Damit einher geht eine enorme demografische Veränderung, da es insbesondere junge Menschen und Frauen sind, die abwandern werden. **16.000 Frauen im gebärfähigen Alter werden es 2050 weniger sein**, die Zahl der älteren Menschen hingegen wird steigen. Der zentralistischen Politik von SPÖ und ÖVP ist es zu verdanken, dass sich jene Menschen, die sich dazu entschließen, in Kärnten zu bleiben, ausschließlich im Zentralraum Villach und Klagenfurt zusammenfinden werden. Damit einher gehen ein Aussterben von Gemeinden und Dörfern am Land und eine Überbevölkerung in den Städten, die vermehrt mit auftretenden Problemen aufgrund der dynamisch wachsenden Bevölkerung zu kämpfen haben werden. **Landflucht und zunehmende Urbanisierung sorgen für einen steigenden Ressourcenverbrauch in den Städten und eine Perspektivlosigkeit am Land.** Die Folgen sind ein Abbau ländlicher Infrastruktur, eine überforderte städtische Verwaltung und ein niedriges Wohlstandsniveau in urbanen Gebieten wie Villach und Klagenfurt. Gegenmaßnahmen der Politik sind bis dato irgendwo zwischen Wörthersee und Dobratsch verpufft und haben stark

betroffene Regionen wie Oberkärnten nur auf dem Papier erreicht.

Spaltung Kärntens!

SPÖ und ÖVP ist es in ihrer Regierungszeit nicht gelungen, der Abwanderung Herr zu werden beziehungsweise geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Die infrastrukturelle Kluft zwischen Stadt- und Landregionen wird immer größer, doch anstatt daran zu arbeiten, hier wieder ein vernünftiges Gleichgewicht herzustellen, haben Rot und Schwarz die Spaltung in unserem Land auch in anderen Bereichen weiter vorangetrieben. Es war der Kärntner Landeshauptmann, der maßgeblich dafür verantwortlich zeichnete, dass im November 2021 am Achensee der Beschluss zur Corona-Impfpflicht und somit zur endgültigen Entmündigung der Bürger getroffen wurde. Damit nicht genug, vonseiten des Landeshauptmannes wurde sogar der Vorschlag unterbreitet, Geimpfte durch ein gelbes Band zu kennzeichnen! Damit wäre es aber zu einer öffentlichen Zurschaustellung und Stigmatisierung aller Ungeimpften gekommen. **Das zeigt nicht nur, wie wenig der SPÖ persönliche Freiheitsrechte und die Menschenwürde wert sind**, sondern auch, wie weit diese Partei bereit ist zu gehen, um Andersdenkende zu diffamieren und in Folge von gesellschaftlichen Prozessen auszuschließen, wie etwa der Ausschluss von Ungeimpften von Einrichtungen des öffentlichen Lebens belegte.

Unleistbares Kärnten?

Teuerung, Energiekrise und Rekordinflation verschärfen die Ungleichheit von Vermögensverhältnissen zunehmend. **Armut und Ausgrenzung werden mehr, die Konzentration von Vermögen und Besitz auf einige wenige nimmt zu, der allgemeine Wohlstand verringert sich deutlich.** Zudem sorgt die Verunsicherung der Wirtschaft dafür, dass auch das Einkommen und der Kärntner Arbeitsmarkt erneut belastet werden. Die Situation für viele Unternehmen, Haushalte und Familien spitzt sich zu, während die halbherzigen Anti-Teuerungsmaßnahmen der Bundes- und Landesregierung verpuffen. In Kärnten schaut man dem Treiben der schwarz-grünen Koalition auf Bundesebene zu, obwohl es genügend Möglichkeiten gäbe, auch auf Landesebene der Teuerung gegenzusteuern (Heizkostenzuschuss verdoppeln, 365-Euro-Öffi-Ticket, Einführung des echten Gratis-Kindergartens, etc.). Schlimmer noch, das aktuelle politische System von SPÖ und ÖVP beschert uns das nächste Budgetloch, indem illegaler Einwanderung nach Kärnten Tür und Tor geöffnet wird.

Mit Asylanten ein neues Kärnten?

Es mag für viele Menschen eine zu drastische Zukunftsvision sein, aber ohne ein radikales Umdenken wird es jedoch eintreffen: der Anteil der Kärntner ohne Migrationshintergrund wird in unserem Bundesland in wenigen Jahrzehnten geringer sein als jener mit Migrationshintergrund. Das heißt, wenn Kärnten weiterhin zulässt, dass die Bundesregierung aufgrund einer irrwitzigen Quotenregelung in Nacht- und

Nebelaktionen Zeltstädte und Notunterkünfte für Asylanten einrichtet, wird gegen Ende dieses Jahrhunderts nichts mehr von Kärnten, wie wir es derzeit kennen, übrig bleiben. **Ein Landeshauptmann, der sein Land liebt, kann sich nicht unter dem Deckmantel der Migration verstecken und dem Treiben illegaler Asylströme tatenlos zusehen.** Leider ist unter einer SPÖ-geführten Landesregierung zu erwarten, dass Unterstützungsmaßnahmen auch für Asylanten, die sich illegal in unserem Land aufhalten, weiter ausgebaut werden. Eine abnehmende Kärntner Bevölkerung bei gleichzeitiger Zunahme von Einwanderern wird unweigerlich dazu führen, dass die Spaltung und die kulturelle Unterwanderung unseres Landes weiter voranschreiten wird. **Es braucht daher einen sofortigen Asylstopp und eine offensive Strategie im Sinne einer lokalen Wachstumsstrategie, um eine Umkehrung dieses negativen Trends und eine stabile Bevölkerungsentwicklung herbeiführen zu können.**

Kärnten muss unser Kärnten bleiben!

Die Kärntner FPÖ stellt sich mit aller politischen Kraft diesen Herausforderungen und hat mit diesem Wahlprogramm ein Maßnahmenpaket erarbeitet, um einerseits **kurzfristig aber nachhaltig den Kärntnerinnen und Kärntnern angesichts der enormen Teuerungswelle helfen zu können** und andererseits Entwicklungsperspektiven zu geben. Es muss nun rasch die notwendige Regionalentwicklung vorangetrieben und den Folgen dieser unkontrollierten Zu- und Abwanderung entgegengesteuert werden! **In diesem Sinne: Kärnten zuerst!**

¹ Vgl. FH-Kärnten (2021): Demographie_Check Kärnten 2020.

KÄRNTEN ZUERST!

10 Punkte. **Machen WIR. FÜR KÄRNTEN.**

Vorwort	5
Präambel	6
1 Leben darf kein Luxusgut sein!	10
Leben muss leistbar sein.....	11
Arbeitnehmer- und Unternehmer-Unterstützungspaket.....	12
Runter mit den Kosten im Wohnbereich.....	12
Lebensmittel müssen günstig sein.....	13
Kärntner Autofahrer- und Pendler-Entlastungspaket	13
Jährliche Anpassung der Sozialleistungen (automatische Inflationsanpassung)	15
2 Familien brauchen ein soziales Kärnten!	16
Flexible Gestaltung der Kinderbetreuung	17
Wiedereinführung des Schulstartgeldes.....	18
Bildung als Schlüssel zum Erfolg	19
Einführung der „Gratis-Jugend-Kärnten-Card“	19
Mehr Kinderärzte in Kärnten.....	20
Gleichberechtigung schaffen und Chancen geben	20
Inklusives Kärnten durch Unterstützung und Wahlfreiheit	22
Startgeld für unsere Jugend: Kärntner Jugend-Tausender	22
Kärntenweiter Ausbau und Aufrechterhaltungdes Projekts „Soziales Herz“	23
3 Heilen wir das Kärntner Gesundheitssystem!	24
Kampf dem Ärztemangel und dem Pflegenotstand	25
Den Wert der Pflege erkennen.....	26
Nie wieder Corona-Zwang	28
Beste medizinische Versorgung sicherstellen	29
Einrichtung einer MedUni Kärnten.....	31
4 Sicherheit in allen Lebenslagen geben!	32
Asylstopp JETZT	33
Krisenversorgung sicherstellen.....	34
Effiziente Sicherheitskonzepte für unsere Städte	36
Unwetterkatastrophen: 100 Prozent Vollkasko-Schutz für Geschädigte	37
Einsatz und Ehrenamt würdigen.....	38
5 Wohnen muss leistbar sein!	40
Versäumnisse im sozialen Wohnbau aufholen	41
Wieder leistbaren Wohnraum schaffen	42
Kärntner zuerst	44
Autarkes Wohnen ermöglichen - Sicherheit durch Unabhängigkeit.....	45

6 Kärntens Zukunft braucht Investitionen!.....	46
Wien in die Pflicht nehmen.....	47
Flughafen Klagenfurt erhalten und weiterentwickeln.....	50
Chancen zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes nutzen	51
Forschung und Entwicklung in Kärnten stärken.....	52
Mobilitätsausbau forcieren	52
Investitionen in den Sportstandort Kärnten.....	53
7 Umwelt- und Energiepolitik mit Hausverstand betreiben!	54
Hausverstand statt Klimahysterie.....	55
Auf Kärntens Stärken bauen.....	56
Alternative Antriebsformen fordern und fördern	57
Abhängigkeiten durch heimische Rohstoffe reduzieren.....	57
Naturschutz mit Herz und Hirn	59
Schutz der Almen sicherstellen	59
Schutz der Kultur- und Almwirtschaft vor dem Wolf	60
Freier Zugang zu unseren Kärntner Seen.....	61
8 Arbeit muss sich wieder lohnen!..	62
Entlastungspaket für die Kärntner Wirtschaft.....	63
Mehr Netto vom Brutto.....	65
Einführung einer Lehrabschlussprämie	66
Flexiblere Zuverdienstmöglichkeiten ohne finanzielle Nachteile.....	66
9 Den Lebensraum Kärnten weiterentwickeln!	68
Abwanderung stoppen.....	70
Raumordnung neu denken	74
Strategische Grundstückssicherung forcieren.....	75
Unseren Bauern Zukunft geben	75
Tierschutz mit Herz	78
10 Kärnten soll Kärnten bleiben!	80
Stopp dem Zentralisierungswahn	81
Kärntner Brauchtum leben und Heimat bewahren	82
Volkskultur blau gedacht	83
Ausgewogene Volksgruppenpolitik	84



**LEBEN DARF KEIN
LUXUSGUT SEIN!**

1



Forderungen:

- » **massive Lohnerhöhung für Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Senkung der Lohnnebenkosten**
- » Anreize für Mehrleistungen (Zuverdienst, Prämien etc.) schaffen
- » Senken/Aussetzen der Steuer auf Energiekosten (Heizöl, Strom, Pellets, Fernwärme, Holz ...), Diesel/Benzin und Grundnahrungsmittel
- » günstiger und fairer Kärnten-Stromtarif für Haushalte und Wirtschaft
- » **Günstiger Wasserkraft-Strom darf nicht zum teuren Gaspreis verkauft werden (Abkehr vom Merit-Order-System)**
- » Preiskontrolle/-regulierung von Grundnahrungsmitteln und Diesel/Benzin
- » Erhöhung von Pendlerpauschale, Kilometergeld, Fahrtkostenzuschüssen
- » **Wiedereröffnung der Billig-Treibstoff-Landestankstellen**
- » **sofortiges Aus für die CO2-Steuer**
- » jährliche automatische Anpassung von Sozialleistungen (Familienbeihilfe, Pflegegeld) und Wohnbeihilfe an die tatsächliche Inflation

Seit Monaten jagt eine Hiobsbotschaft die nächste, und das Ende der Fahnenstange scheint noch immer nicht erreicht zu sein. Der Krieg in der Ukraine eskaliert zunehmend, sodass die EU vor allem im Winter mit Millionen neuen Flüchtlingen rechnen muss. Gleichzeitig belastet die mit den Russland-Sanktionen einhergehende drohende Gasknappheit die tägliche Versorgung und wirkt massiv auf die Energiepreise. Nicht nur der Ukraine-Krieg, sondern auch die Corona-Folgen und undurchsichtigen Spekulationsgeschäfte auf den Weltmärkten lassen eine Energiekrise immer sichtbarer werden, während gleichzeitig die Inflation und die Preise fürs tägliche Leben stetig steigen.

Leben muss leistbar sein

Alle diese Herausforderungen für das tägliche Leben geschehen zu einer Zeit, in der zusätzlich Zinsen angehoben werden und die CO2-Steuer eingeführt wird. Die Verantwortlichen in der Politik sollten eigentlich alles daransetzen, sich diesen Megaaufgaben anzunehmen – tatsächlich versinkt die

österreichische Bundesregierung in einem Korruptionsskandal, der seinesgleichen sucht. Haushalte und Unternehmen plagen Teuerung und Zukunftsängste, die ÖVP plagt sich lediglich mit sich selbst. Und auch die Situation in Kärnten ist nicht besser: Hier präsentieren der Landeshauptmann und die rot-schwarze Landesregierung ein Sittenbild, das durch Wegschauen gekenn-

zeichnet ist. Einfache Lösungen, die schnell und unbürokratisch greifen könnten, werden abgelehnt. Als Freiheitliche fordern wir seit Monaten die Umsetzung solcher Maßnahmen ein, scheitern jedoch immer wieder am koalitionären Widerstand von SPÖ und ÖVP. **Wir brauchen Lösungen, die das Leben wieder leistbar machen, weshalb wir ein 5-Punkte-Anti-Teuerungspaket erarbeitet haben.**

Arbeitnehmer- und Unternehmer-Unterstützungspaket

Wirtschaft ist ein Begriff, der sehr abstrakt anmutet und den Eindruck entstehen lässt, es würde nur um Umsatz, Gewinne und Management gehen. Tatsächlich ist Wirtschaft das Resultat aus uns allen. Ohne Arbeitnehmer funktioniert kein Unternehmen; fehlen die kreativen Köpfe im Hintergrund, gibt es keine innovativen Produkte. Gehen uns heute die Lehrlinge aus, fehlen morgen die Facharbeiter. Ohne Arbeitgeber, welche die finanzielle Verantwortung und das unternehmerische Risiko tragen, läuft auch nichts. Mitarbeiter und Arbeitgeberschaft sind zudem gleichermaßen davon abhängig, dass ihr Unternehmen wettbewerbsfähig ist, ansonsten drohen Arbeitsplatzverluste und Firmenpleiten.

Das heißt, um eine starke Wirtschaft aufzubauen, die Krisen trotz, muss an mehreren Ecken und Enden geschraubt werden. Es braucht den Willen aller politischen Entscheidungsträger, sowohl Arbeitnehmer als auch Unternehmer zu unterstützen und die Belastungen für den Faktor Arbeit zu reduzieren, damit sich Leistung wieder lohnt.

Die hohe steuerliche Last in Österreich schwächt besonders kleine und mittelständische Unternehmen. Die Lohnnebenkosten in Österreich sind seit Jahren auf einem Rekordwert und sichern Österreich europaweit eine Position im Spitzenfeld – in kaum einem anderen Land sind die

Lohnnebenkosten so hoch. Der Steuerkeil – der Anteil von Steuern und Abgaben an Lohnkosten – macht in Österreich gut 47 Prozent des Bruttolohns aus. Unternehmen und Beschäftigte brauchen daher ein leistungsgerechtes und modernes Steuersystem sowie eine Anpassung der Gehälter, damit eine gerechte Entlohnung stattfinden kann und Österreichs Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet bleibt.

Wir fordern daher erstens, dass die Löhne von Arbeitnehmern erhöht werden, und zweitens, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden, um auch Arbeitgeber zu entlasten. **Zusätzlich muss es für alle, die sich dazu entschließen, „Mehrleistungen“ zu erbringen, ein Anreizsystem geben.** Es darf nicht sein, dass Menschen, die mehrere Tätigkeiten aufnehmen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, vom Steuersystem „bestraft“ werden. Die Möglichkeit, Zuverdienste und Prämien ohne steuerliche Benachteiligungen zu lukrieren, muss in einer verantwortungsvollen und sozialen Steuerpolitik berücksichtigt werden.

Runter mit den Kosten im Wohnbereich

Es ist ein unrühmliches historisches Ereignis, das wir im Oktober 2022 erlebt haben: das 70-Jahre-Hoch der Inflation – will heißen, der aktuelle Inflationswert von 11 Prozent war zuletzt im Jahr 1952 so hoch. Zu spüren bekommen es die Menschen im täglichen Leben: beim Einkauf, an der Zapfsäule oder beim Blick auf die Stromrechnung. Das Leben ist zu einem Luxusgut geworden. Pelletspreise haben sich innerhalb eines Jahres verdreifacht, Heizölpreise haben sich verdoppelt. Beim Strom ist von einer Verfünffachung der Preise ab April 2023 auszugehen. Dass es mit dem notwendigen politischen Willen auch anders geht, zeigt aktuell Vorarlberg. Während Stromneukunden hierzulande rund 1.900 Euro pro Jahr und Haus-



halt zahlen, sind es in Vorarlberg lediglich 620 Euro. Die FPÖ Kärnten fordert daher, dass auch in Kärnten möglich sein muss, was in Vorarlberg bereits problemlos funktioniert. **Es braucht einen Kärnten-Stromtarif mit einem fairen und günstigen Strompreis.**

Die Kärntner Landesregierung, welche die Mehrheit im Landesenergieunternehmen vertritt, steht somit in der Pflicht, endlich tätig zu werden und dafür zu sorgen, dass die Kärntner Haushalte und die Wirtschaft leistbaren Strom erhalten. Ebenfalls muss gewährleistet sein, dass der Strom- und Gasgrundversorgungspreis in Kärnten all jenen zur Verfügung steht, die einen Rechtsanspruch auf diesen geltend machen können, damit Wohnen für die Kärntnerinnen und Kärntner wieder leistbar wird!

Die FPÖ hat zudem im Nationalrat bereits mehrfach gefordert, die Steuern auf Heizmaterial- und Energieversorgung zeitweise auszusetzen beziehungsweise zu senken. Ebenso fordern wir die Einführung eines funktionierenden Preismonitorings, um vorab Obergrenzen festzulegen und im Fall einer unrechtmäßigen oder überzogenen Preiserhöhung im Energiebereich Preisstopps zu aktivieren. Die auf Druck der Kärntner FPÖ eingeführte **Erhöhung des Heizkostenzuschusses** 2021 muss angesichts der neuerlichen Preissteigerungen angepasst und der Heizkostenzuschuss zumindest verdoppelt und rückwirkend für 2022 ausbezahlt werden. **Als weitere Sofortmaßnahme ist eine Anpassung der Kärntner Wohnbeihilfe an die Inflation dringend notwendig, um den am stärksten Belasteten unter die Arme greifen zu können!**

Lebensmittel müssen günstig sein

Es ist wenig verständlich, warum Produkte im Supermarkt von einem Tag auf den anderen fast das Doppelte kosten. **Preissprünge bei Lebensmitteln liegen teilweise bereits über der allgemeinen Inflation.** Verbraucherschützer kritisieren, dass wir es mit einem Schwarmverhalten zu tun haben, das äußerst intransparent und spekulativ verläuft und nur über ein Preismonitoring nachvollziehbar wäre. Ein solches wurde von uns Freiheitlichen bereits Anfang 2022 im Parlament gefordert. Stichprobenartig könnten dadurch Lebensmittelpreise überprüft werden, die besonders auffällig steigen. Somit könnte eine starke Abweichung einzelner Endverbraucherpreise von einem vorab definierten Preisband die Erlassung eines temporären Preisstopps erzwingen, um Spekulationsgeschäften Einhalt zu bieten und Verbraucher zu entlasten.

Kärntner Autofahrer- und Pendler-Entlastungspaket

Wiedereröffnung der Billig-Treibstoff-Landestankstellen

Die im Laufe des Jahres 2022 massiv gestiegenen Preise für Benzin und Diesel belasten nicht nur die Unternehmen, sondern auch Familien und Pendler in Kärnten, die aufgrund oft weiter Wege auf das Auto angewiesen sind. Im März 2022 ging unter www.spritpreisbremse.at die Petition der Kärntner Freiheitlichen zur Öffnung der Kärntner Landestankstellen für die Bevölkerung online. Damit sollte unbürokratisch für Entlastung bei den hohen Spritpreisen gesorgt werden.

Schon unter Landeshauptmann Jörg Haider öffneten die Kärntner Billig-Treibstoff-Landestankstellen für die Kärntner Bevölkerung. **Die günstigeren Landestankstellen-Spritpreise wirken nicht nur direkt entlastend auf jeden Autofahrer an der Zapfsäule,**

sondern erhöhen auch den Druck auf andere Tankstellenbetreiber, ihre Preise anzupassen und zu senken. Leider aber war es 2013 eine der ersten Amtshandlungen des Kärntner SPÖ-Landeshauptmannes, die Bürger von den Landestankstellen wieder „auszusperren“ und diese seitdem auch nicht wieder zu öffnen.

Steuersenkung bei Diesel und Benzin, Erhöhung von Zuschüssen

Auch im Kärntner Landtag sowie im Parlament wurden von den Freiheitlichen Initiativen gesetzt, um unter anderem Steuersenkungen auf Sprit und Energie zu erwirken, die Pendlerpauschale und das Kilometergeld zu erhöhen oder auch Fahrtkostenzuschüsse einzuführen, um so die Teuerungswelle etwas abzufedern. Anstatt hier auf eine Ursachenbekämpfung zu setzen, entschieden sich ÖVP und Grüne jedoch dazu, sämtliche Anträge abzulehnen und die Bürger mit Einmalzahlungen abzuspeisen. Der „Klimabonus“, der jedem einmalig 500 Euro beschert, ist eine Mogelpackung, die es in sich hat. Ein Wiener mit bestmöglicher Öffi-Versorgung bekommt genauso 500 Euro wie ein Kärntner Pendler, der täglich sein Auto benötigt. Mit 500 Euro kann sich der Kärntner aber wegen der explodierenden Spritpreise gerade einmal drei bis vier Tankfüllungen leisten, während der Wiener um 365 Euro ein Jahr lang die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen kann. **Wir sagen: Soziale Gerechtigkeit und eine tatsächliche Spritpreibremse sehen anders aus!** Ein Teuerungsdeckel auf Treibstoffe könnte österreichweit der richtige Schritt sein, und in Kärnten würde die Wiedereröffnung der Landestankstellen viel bewirken!

Bekämpfung von Ursachen, nicht Symptomen!

Überzogenen Corona-Maßnahmen der schwarz-grünen Bundesregierung, undurchdachten EU-Sanktionen gegen Russland und unausgereiften Umweltauflagen ist es unter anderem zu verdanken, dass das Leben in Österreich immer mehr zu einer



Überlebensfrage wird. ÖVP und Grüne haben auf Bundesebene keine Lösungen parat – alles, was getan wird, ist eine Behandlung von Symptomen; die Ursachen werden nicht bekämpft. Im Parlament hat die FPÖ bereits unzählige Anträge und Forderungen eingebracht, um etwa eine Senkung der Steuern auf Treibstoffe, regelmäßige Preiskontrollen und eine aktive Preisgestaltung des Strompreises durch Bund und Länder herbeizuführen. Von den Regierungsparteien wurden sämtliche Vorschläge entweder abgelehnt oder unbehandelt schubladiert. Aktiv zeigten sich ÖVP und Grüne nur bei der Einführung der wirtschaftsschädlichen CO₂-Steuer, die erstens die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs am internationalen Markt negativ beeinflusst und zweitens dazu führen wird, dass Industriestandorte ins Ausland verlegt werden. Auch Privathaushalte werden mit der CO₂-Steuer unter dem Deckmantel des Umweltschutzes kräftig zur Kasse gebeten. Dabei wird gerne vergessen zu erwähnen, dass Steuern ohnehin bereits fast die Hälfte des Spritpreises ausmachen. **In einer solch schwierigen Situation bei gleichzeitig sprudelnden Einnahmen für den Finanzminister ist es nicht hinnehmbar, dass die Menschen mit einer CO₂-Steuer weiter geschröpft werden!** Wir fordern daher ein sofortiges Aus für die CO₂-Steuer und als zusätzliche Entlastung eine Abkehr vom Merit-Order-Strompreissystem. Diesem ist es nämlich zu verdanken, dass wir in Kärnten trotz produziertem Günstig-Strom aus Wasserkraft mit stetig steigenden Stromkosten konfrontiert sind. Das Merit-Order-System funktioniert als regulativer Preismechanismus: Das letzte und teuerste Kraftwerk, dessen Angebot am Strommarkt angenommen wird, bestimmt



den Preis. Somit wird günstig produzierter Strom aus Wind, Wasser und Sonne zum gleichen Preis weiterverkauft wie teurer, mit Gas hergestellter Strom. Auch hier haben wir bereits entsprechende Initiativen auf Bundesebene gesetzt.

Jährliche Anpassung der Sozialleistungen (automatische Inflationsanpassung)

Im Parlament wurde heuer im Oktober eine Anpassung der Sozialleistungen an die Inflation beschlossen. Diese Anpassung soll automatisch geschehen und die jeweiligen Inflationsentwicklungen berücksichtigen. Unterstützt wurde dies einstimmig von allen im Parlament vertretenen Parteien. Unberücksichtigt dabei wurde jedoch, dass die aktuelle Inflationsrate trügerisch ist. Viele Konsumenten zweifeln, dass die Werte zur Inflation stimmen, da sie subjektiv den Eindruck haben, die Teuerungen weitaus stärker zu spüren. Das liegt daran, dass die Inflation auf dem VPI-Warenkorb beruht, der 700 Waren und Dienstleistungen umfasst. Einige davon haben mit dem alltäglichen Leben jedoch weniger zu tun: So sind beispielsweise auch Preisänderungen im Bereich von Kommunikation und IT erfasst oder auch von Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Solche Dinge haben mit dem täglichen Einkauf jedoch wenig zu tun, so dass zur korrekten Berechnung für die Anpassung von Sozialleistungen der Miniwarenkorb als Maßstab herangezogen werden müsste. Dieser enthält überwiegend Nahrungsmittel, aber auch Treibstoffkosten, und spiegelt den täglichen Einkauf wider. Im Juli 2022 lag die Inflation etwa bei 8,7 Prozent,

der Miniwarenkorb gab aber bereits eine Teuerungsrate von 19 Prozent aus! **Sozialleistungen an die Inflation anzupassen, ist enorm wichtig, aber es gilt, eine realitätsnahe Berechnungsgrundlage heranzuziehen!** In Kärnten müssen wir zudem einen Schritt weitergehen und auch all jene Sozialleistungen, die nicht über die Bundesebene geregelt werden (wie etwa die Wohnbeihilfe), automatisch an die steigende Inflation anpassen, um hier rasch und unbürokratisch den jeweiligen Beihilfeempfängern unter die Arme greifen zu können.

Wir scheuen uns nicht davor, die Megaaufgaben, die uns die Krisen der letzten Jahre beschert haben, anzupacken, sondern arbeiten an einem Programm, welches das Leben wieder leistbar werden lässt.

Erwin Angerer
Landesspitzenkandidat



Hier findet ihr unsere Initiativen & Anträge aus Parlament & Landtag

A photograph of a family of three moving into a new home. A woman with long brown hair, wearing a light pink sweater and blue jeans, is leaning over a cardboard box. A man with a beard, wearing a light blue sweater, is leaning over the box with a wide, joyful smile. A young girl with long brown hair, wearing a pink and white striped shirt and blue pants, is sitting inside the box, also smiling broadly. The background shows a bright, modern interior with a potted plant and a window. A large blue diagonal shape is overlaid on the top left corner of the image.

**FAMILIEN
BRAUCHEN
EIN SOZIALES
KÄRNTEN!**

2



Forderungen:

- » Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung und finanzielle Unterstützung bei Kinderbetreuung zuhause
- » **Einführung des echten Gratis-Kindergartens**
- » Wiedereinführung des Schulstartgeldes
- » Investitionen in (Aus-)Bildung und Bildungsstätten
- » **Einführung der „Gratis-Jugend-Kärnten-Card“ zur kostenlosen Nutzung von Freizeiteinrichtungen und öffentlichem Verkehr**
- » Verbesserung der kinderärztlichen Versorgung in Kärnten
- » Gleichberechtigung schaffen und Frauen somit mehr Chancen geben
- » inklusive Maßnahmen schaffen bei gleichzeitigem Erhalt von Sonderschulen
- » **Startgeld für Jugendliche in Form des „Jugend-Tausenders“ einführen**
- » kärntenweiter Ausbau des Projekts „Soziales Herz“

Im Wandel der Zeit haben sich Familienformen sehr geändert. War es vor 50 Jahren Frauen gar nicht gestattet, ohne die Erlaubnis ihres Mannes arbeiten zu gehen, so ist die Situation nun eine komplett andere. Die Gleichberechtigung der Geschlechter gibt aber nicht nur Frauen die Möglichkeit, einer Arbeit nachzugehen, sondern auch Männern die Chance, weitaus aktiver die Vaterrolle einnehmen zu können. Parallel dazu haben sich auch unterschiedlichste Kinderbetreuungsformen etabliert, sodass es Familien möglich sein sollte, frei zu entscheiden, ob sie ihre Kinder zuhause lassen möchten oder etwa zur Betreuung in einen Kindergarten geben wollen. Diese Vielfalt muss auch die Politik anerkennen und für Familien finanzielle Sicherheit in den unterschiedlichsten Bereichen schaffen sowie jungen Menschen eine entsprechende Starthilfe für ihr weiteres Leben geben.

Flexible Gestaltung der Kinderbetreuung

In Österreich leben aktuell rund 1,1 Millionen Paarfamilien mit Kindern und 270.000 Ein-Eltern-Familien. In Kärnten sind es 19.000 Alleinerziehenden-Haushalte. Der Anteil der Mütter, welche die Alleinerziehenden-Haushalte führen, liegt bei über

80 Prozent. Die Situation für Alleinerziehende ist dabei mehr als drastisch: Mehr als zwei Drittel von ihnen sind von Armut betroffen beziehungsweise armutsgefährdet. Der Grund dafür ist nicht selten, dass sie an den Folgen einer Unvereinbarkeit zwischen Familie und Beruf leiden. Zu wenige Kindertagesstätten, unflexible Öffnungszeiten bei Kinderbetreuungsein-

richtungen, ein Mangel an Betreuungspersonal und nach wie vor zu hohe Kosten in der flexiblen Kinderbetreuung verunmöglichen es Familien, insbesondere Alleinerziehenden, den Spagat zwischen Familienleben und beruflichen Anforderungen zu bewältigen. Die FPÖ fordert daher seit Langem auf Bundes- wie auch auf Landesebene finanzielle Sicherheit für jede Familie. Das fängt bereits bei den Kleinsten an, für die es möglich sein muss, Kinderbetreuung in unterschiedlicher Form finanziell abzusichern. **Wir haben bereits mehrfach im Kärntner Landtag die Einführung eines Familien-Schecks beantragt, um Wahlfreiheit in Bezug auf die Kinderbetreuung zu schaffen.** Das heißt, wer sein Kind zuhause betreuen möchte, soll dies auch können und dafür mit einem monatlichen Betrag unterstützt werden. Die Entscheidung für eine Kinderbetreuungsform darf keinesfalls ausschließlich auf-

Mit Einführung des Familien-Schecks, des echten Gratis-Kindergartens und mit dem Ausbau der Kinderbetreuungsangebote wollen wir echte Wahlfreiheit für Kärntner Familien schaffen.

Kajetan Glantschnig
Kandidat für den
Kärntner Landtag



grund finanzieller Überlegungen erfolgen, sondern muss sich an den Wünschen der Familien orientieren. All jene Familien, die sich für die Betreuung in einer Kindereinrichtung entscheiden, sollen vom **echten Gratis-Kindergarten** profitieren. Die aktuellen Regelungen zu Kindergartenbeiträgen sind kompliziert und bescheren vielen Eltern noch immer keinen kostenlosen Betreuungsplatz. **Wir setzen uns daher dafür ein, dass Kinderbetreuungsplätze ab dem ersten Geburtstag gratis zur Verfügung gestellt werden.** Zudem brauchen Eltern eine gute Infrastruktur vor Ort und verlässliche Partner, weshalb sich die Freiheitlichen in Kärnten schon lange für einen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote – inklusive flexibler Öffnungszeiten – aussprechen.

Wiedereinführung des Schulstartgeldes

Die Kosten eines Startpakets für ein österreichisches Schulkind belaufen sich derzeit mit Bekleidung auf bis zu 500 Euro pro Schulkind. Die explodierende Inflation hat neben Energie und Lebensmit-



Bildung als Schlüssel zum Erfolg

Um die schulische Bildung für unsere Kinder sowohl qualitativ als auch quantitativ sicherzustellen und an die Erfordernisse der Zukunft anzupassen, braucht es entsprechende Maßnahmen wie Investitionen in Schulgebäude und die umliegende Infrastruktur, eine Strukturreform und Entbürokratisierung, um **Schulstandorte im ländlichen Raum zu erhalten**, sowie Qualitätssteigerungen im Pflichtschulbereich, um gut ausgebildete Jugendliche in die Verantwortung der Wirtschaft übergeben zu können.

Einführung der „Gratis-Jugend-Kärnten-Card“

teln auch Schultensilien getroffen. Zum Schulstart notwendige Anschaffungen – wie Hefte, Füller und Schultaschen – wurden zum Ende der Sommerferien deutlich teurer. Laut Medienberichten sind es mit Schulstart 2022/23 um bereits 27 Prozent mehr als im Vorjahr. Allein die Preissteigerung bei Schulheften liegt derzeit österreichweit bei 20 Prozent. Die Steigerung liegt in diesem Bereich demnach weit über der ohnehin enorm hohen allgemeinen Inflationsrate von derzeit elf Prozent (Stand: November 2022). Diese Kostenexplosion trifft eine Fülle von Familien in Kärnten und macht ihnen das Leben zusätzlich zu den exorbitanten Preisen für Energie und Lebensmittel enorm schwer. **Um die Kärntner Familien zu entlasten, bedarf es daher einer entsprechenden Förderkulisse des Landes Kärnten in Form eines Kärntner Schulstartgeldes.** Ein solches hatte bereits der Kärntner Landeshauptmann Dr. Jörg Haider eingeführt, es wurde jedoch von der SPÖ zwischenzeitlich abgeschafft. Nun muss es ein Gebot der Stunde sein, Kärntner Familien zu entlasten; dazu gehört auch, dass das Schulstartgeld wieder zur Verfügung gestellt wird, damit die Schule wieder für alle leistbar wird!

Was macht Kärnten attraktiv für junge Menschen? Antworten auf diese Frage zu finden, sollte das politische Tun im Bereich der Jugendarbeit leiten. Um Kärnten für Junge attraktiv zu machen, braucht es ein umfassendes Angebot im Bereich von Aus- und Weiterbildung, die Möglichkeit zur Teilnahme an einem aktiven Gemeinschaftsleben, aber auch ansprechende Freizeitmöglichkeiten für Land und Städte. Natürlich ist es wünschenswert, in den Dörfern das Gemeinleben unter anderem durch Fußballvereine oder Schwimmbäder zu erhalten; ebenso wichtig ist es aber, dass der öffentliche Verkehr ausgebaut wird, damit es die Möglichkeit gibt, unkompliziert in den Nachbarort zu gelangen. Unter dem Motto „Wir machen Kärnten wieder jung“ ist angedacht, das Freizeitangebot für Jugendliche in Kärnten einerseits zu erweitern und ihnen andererseits kostengünstig zur Verfügung zu stellen. **Mit der Einführung der „Gratis-Jugend-Kärnten-Card“ würde sich eine unbürokratische Chance bieten, Jugendliche in Kärnten kostenlos am Freizeitangebot der Kärnten-Card partizipieren zu lassen und ihnen gleichzeitig über die Jugend-Kärnten-Card die kostenlose**

Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zu gestatten.

Mehr Kinderärzte in Kärnten

Seit Jahren warnen wir davor, immer mehr wird es zur traurigen Realität: Verzweifelte Eltern müssen mit ihren kranken Kindern zum Hausarzt oder ins Spital, weil es immer weniger Kinderärzte gibt. Insbesondere die ländlichen Regionen sind davon betroffen, dass einerseits Kassenstellen für Kinderärzte unbesetzt bleiben und andererseits dadurch auch teilweise die wenigen Privatärzte bereits einen Aufnahmestopp verhängt haben. Die Kärntner Bezirke stöhnen daher zu Recht aufgrund unbesetzter Kinderfacharztstellen (Kasse und privat) und mangelnder kinderärztlicher Notbereitschaftsdienste. In vielen Regionen gibt es an einzelnen Nachmittagen unter der Woche keine geöffnete Kinderarztpraxis; an Wochenenden und Feiertagen sieht es besonders düster aus, zumal auch die Zahl der Allgemeinmediziner mit Notbereitschaft immer weiter sinkt. Das heißt, kranke Kinder und ihre Eltern

werden haufenweise an die Krankenhäuser in Klagenfurt und Villach verwiesen, da – wie etwa in Spittal an der Drau – das örtliche Krankenhaus über keine Kinderstation verfügt. Die Folgen sind nicht nur frustrierte und zu Recht klagende Eltern, sondern auch überfüllte Kindernotstationen in den Krankenhäusern, deren Personal ebenfalls an die Belastungsgrenze gedrängt wird. **Um die Situation zu verbessern, müssen die administrative Belastung für angehende Kinderärzte, die sich örtlich niederlassen wollen, gesenkt, das aktuelle Honorarsystem vereinfacht und die teilweise veralteten Tarife angepasst werden.** Um Kärntens Kinder adäquat versorgen zu können, brauchen wir gut ausgebildete Kinderärzte, weshalb das Vorhaben zur Errichtung einer MedUni Kärnten endlich umgesetzt werden sollte.

Gleichberechtigung schaffen und Chancen geben

Frauen scheinen heutzutage alles zu haben, um ein gleichberechtigtes Leben zu führen: Seit 1918 besitzen Frauen in Österreich das



Wahlrecht, sie dürfen einen Beruf ausüben, haben die Möglichkeit, sich ihren Ehepartner auszusuchen, und können sich selbstbestimmt für eine Religionszugehörigkeit entscheiden. Das Patriarchat, das alle diese Entscheidungen lange Zeit über die Köpfe der Frauen hinweg bestimmte, hat in den 1970er-Jahren in Österreich seine Grundlage verloren. Aber: Obwohl sich das Leben für Frauen in unserem Land deutlich verbessert hat, **kann von einer echten Gleichberechtigung nicht die Rede sein**. Noch immer sind Frauen benachteiligt, insbesondere wenn es darum geht, Beruf- und Familienleben zu vereinbaren. Vor allem weibliche Altersarmut ist ein großes Thema: Frauen verdienen in der Pension rund 43 Prozent weniger als Männer – das ernüchternde Fazit: „Das Beschäftigungs- und Pensionssystem bedeutet für sie entweder Pensionseinbußen oder Kinderlosigkeit“ (Bohrn, 2019). Dass sich die Pensionsschere bis dato nicht schließen lässt, liegt vor allem an der Lebensgestaltung der Frauen vor Pensionseintritt. „Verlorene“ Pensionsjahre finden sich beispielsweise in der Babypause beziehungsweise aufgrund von Kinderbetreuungszeiten. Entscheidet sich eine Frau zur Familiengründung, folgen nicht selten viele Jahre der Teilzeitarbeit und der atypischen und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnisse. Der Gender Pay Gap im erwerbsfähigen Alter ist somit der ausschlaggebende Grund für die weibliche Altersarmut. **Um die Gehaltskluft zwischen Frauen und Männern etwas zu schließen, müsste man Rahmenbedingungen schaffen, welche die Lebensrealität von Frauen besser abbilden und auf diese Rücksicht nehmen.** Mehr und flexiblere Kinderbetreuungsplätze, um echte Wahlfreiheit zugunsten von Kindeswohl und beruflicher Entfaltung zu gewährleisten, so wie es das FPÖ-Kinderbetreuungsmodell vorsieht, wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wie schwierig der Spagat zwischen Familienleben und Karriere für Frauen ist, hat sich besonders während der „Hard-Core-Corona-Phase“ gezeigt. In Zeiten von Lockdown

und Homeschooling wurde sichtbar, dass es vielfach Frauen sind, die einer enormen Mehrfachbelastung ausgeliefert sind. Viele von ihnen wurden als Systemerhalterinnen gefeiert, doch mehr als ein paar lobende Worte sind ihnen nicht geblieben. Besonders zynisch wirken da Vorschläge von Ministeriumsseite, dass Frauen vermehrt in Technikberufe einsteigen sollten. Es wird jedoch kaum eine Frau von einem technischen Beruf profitieren, wenn sie sich auf keine geregelte Kinderbetreuung verlassen kann. Es wird auch nichts nutzen, wenn wir unzählige EDV-Technikerinnen oder weibliche IT-Profis hervorbringen, während unsere Lebensmittelgeschäfte verwaisten und unsere Kranken vor sich hinsiechen oder von ungelernten, ausländischen Kräften betreut werden müssen – und das alles nur, weil wir Frauen in andere Berufsgruppen hineindrängen, anstatt die Ursache und nicht nur das Symptom zu bekämpfen. **Entschei-**

Frauen verdienen es, für ihre Arbeit im Handel, im Pflegebereich und für ihre Aufopferung für Familie und Gesellschaft entsprechend entlohnt zu werden.

Isabella Theuermann
Kandidatin für den
Kärntner Landtag



det sich eine Frau für einen technischen Beruf, ist dies zu begrüßen und jedenfalls zu unterstützen, aber die gleiche (auch finanzielle) Wertschätzung muss auch anderen Berufsgruppen widerfahren, in denen Frauen tätig sind; eine anständige Familienpolitik muss betrieben werden, um tatsächliche Gleichberechtigung herbeizuführen.

Inklusives Kärnten durch Unterstützung und Wahlfreiheit

Viele Eltern von Kindern mit besonderen Bedürfnissen sind in Sorge, dass in Kärnten alle Sonderschulen geschlossen werden könnten. Manche beklagen sich darüber, dass sie ihr Kind für eine Sonderschule nicht mehr anmelden dürfen. Bis jetzt haben Eltern die Möglichkeit, selbst zu wählen, ob sie ihr Kind in einer integrativen/inklusiven Form oder in einer Sonderschule unterbringen möchten. Mit der Umstellung auf reine Integrationsklassen würde man sie dieser Wahlfreiheit berauben. Die Befürchtungen von Eltern, dass Integrationsklassen den individuellen Bedürfnissen der Kinder mit

sonderpädagogischem Förderbedarf nicht immer angemessen nachkommen können, weil die Schüleranzahl zu hoch ist oder nicht ausreichend geschultes Personal zur Verfügung steht, müssen ernstgenommen werden. **Besonders in Städten wie Villach, Klagenfurt oder Spittal an der Drau müssen die Sonderschulen geöffnet bleiben.** In kleineren Einzugsgebieten wären Sonderschulen in Form von eigenen Klassen denkbar. Nur durch diese Maßnahmen kann die Wahlfreiheit für die Eltern gewährleistet werden.

Startgeld für unsere Jugend: Kärntner Jugend-Tausender

Wie bereits in den Jahren unter FPÖ-Regierungsverantwortung sollen alle Kärntner Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren vom Land Kärnten mit einer Einmalzahlung in Höhe von maximal 1.000 Euro gefördert werden. Förderungswürdige Bereiche sollen zum Beispiel die Fahrschulausbildung, Ausbildungskosten, die Finanzierung von Schülerheimkosten und Investitionen in digitale Infrastruktur oder die Einrichtung

eines Jugendzimmers sein. Der Jugend-Tausender soll Familien entlasten und jungen Menschen dort helfen, wo sie es konkret brauchen. **Neben der Stärkung der Eigenständigkeit unserer Jugend soll der Jugend-Tausender auch einen An Schub für die Kärntner Wirtschaft bringen und somit die Wertschöpfung in unserem Land erhalten bleiben** – denn es sollen ausschließlich Leistungen gefördert werden, die von Unternehmen mit Sitz in Kärnten erbracht werden.

Kärntenweiter Ausbau und Aufrechterhaltung des Projekts „Soziales Herz“

Hohe Energiepreise, steigende Inflation und explodierende Lebensmittelkosten sorgen dafür, dass auch der Druck auf die Betreiber von heimischen Sozialmärkten steigt. In Wien wurden die ersten Verkaufsräume bereits geschlossen; damit den Sozialmärkten in Kärnten nicht das gleiche Schicksal droht, hat FPÖ LAbg. Christoph Staudacher bereits während der Coronakrise die Initiative „Soziales Herz“ ins Leben gerufen, um den SO-

MA-Märkten in Kärnten unter die Arme zu greifen. Nun ist die Situation abermals sehr ernst. Viele Kärntnerinnen und Kärntner sind in einem Teufelskreis gefangen: Aufgrund der horrenden Lebenshaltungskosten sind sie auf das Angebot der Sozialmärkte angewiesen, gleichzeitig aber kämpfen die Betreiber selbst ums finanzielle Überleben. **Im Rahmen des Projektes „Soziales Herz“, das die Sozialmärkte mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln und Tankgutscheinen versorgt und als Pilotvorhaben in Spittal an der Drau startete, wurden im Dezember 2022 erstmals Sozialmärkte in ganz Kärnten unterstützt. Nun gilt es, das Projekt aufrechtzuerhalten und fortzuführen.**



Hier findet ihr unsere Initiativen & Anträge aus Parlament & Landtag



A young child with light brown hair is sitting and holding a large, brown, fluffy teddy bear. A person's hands are visible, one holding a blue stethoscope against the bear's chest. The child is looking down at the bear with a focused expression. The background is a blurred clinical setting with a computer monitor and medical equipment. A large blue diagonal shape is overlaid on the top left corner of the image.

**HEILEN WIR
DAS KÄRNTNER
GESUNDHEITS-
SYSTEM!**

3



Forderungen:

- » Verbesserung der Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung zur Sicherung der ärztlichen Versorgung
- » **lückenlose Besetzung der Bereitschafts- und Notarztdienste**
- » **Pflege-Scheck von 1.000 Euro pro Monat für pflegende Angehörige („Ressource Familie“), zur sozialen Absicherung und als Anerkennung der Leistung**
- » steuerliche Entlastung von Pflegeberufen
- » Einführung der Pflegelehre ab 15 Jahren, mit Arbeit am Krankenbett ab 18 Jahren
- » **nie wieder Corona-Zwang und Einschränkungen der persönlichen Freiheit**
- » **beste medizinische Versorgung für alle, unabhängig von Einkommen und sozialem Status**
- » „Vorsorgen statt Nachsorgen“ im Sinne einer vorausschauenden Gesundheitspolitik
- » Einrichtung einer MedUni Kärnten und Einführung eines Stipendien-Modells für die medizinische Ausbildung

Wir stehen in Kärnten vor einem Kollaps des Ärzte- und Pflegesystems, dem wir durch die Coronakrise und die massive Inflation noch ein Stück näher gerückt sind. Die jahrelange Vernachlässigung dieser beiden so wichtigen sozialpolitischen Themenbereiche hat dazu geführt, dass es einen massiven Mangel an Ärzten und qualifiziertem Pflegepersonal gibt. Hier bedarf es umgehender Maßnahmen sowie zukunftsorientierter und nachhaltiger Ansätze, um für die Menschen in Kärnten die ständige ärztliche Versorgung sowie die Pflege bis ins hohe Alter gewährleisten zu können. Dazu gehört es auch, für ausreichend Ärztenachwuchs zu sorgen und der Gesundheitsvorsorge wieder einen höheren Stellenwert einzuräumen.

Kampf dem Ärztemangel und dem Pflegenotstand

Lücken in der ärztlichen Versorgung, vor allem im ländlichen Raum, sind leider nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel. An mehreren Wochenenden im Jahr gibt es in einzelnen Städten keinen Notarzt, und viele Täler Kärntens müs-

sen gänzlich ohne Bereitschaftsarzt auskommen, was eine massive medizinische Unterversorgung zur Folge hat – ein Umstand, der sich durch die bevorstehende Pensionierungswelle in der Kärntner Ärzteschaft noch verschärfen wird. Die Opfer sind dann Patienten, insbesondere Eltern mit kranken Kindern oder Senioren, die einen weiten Weg zum nächsten

Krankenhaus zurücklegen müssen. Neben dem Mangel an Haus- und Fachärzten bereitet die geringe Zahl an Kinderärzten große Sorgen. Zudem verfügen in Kärnten lediglich die Krankenhäuser Villach und Klagenfurt über eine eigene Kinderstation. Eine Anreise aus weiter entfernten oder ländlichen Gebieten kann im Ernstfall wertvolle Zeit kosten.

Um dem drohenden Ärztemangel entgegenzutreten, braucht es ein differenziertes Maßnahmenpaket, das unter anderem in einer Neuordnung des Bereitschaftsdienstes, der Attraktivierung der Arbeitsbedingungen für Ärzte, einer fairen Entlohnung und in der Förderung von Gruppenpraxen bestehen muss. Ebenso gilt es, die Lücken im Notarztsystem zu

Wir müssen zukunftsorientierte Maßnahmen gegen den Ärztemangel setzen und die Lücken im Notarztsystem schließen, um für die Kärntner eine ständige ärztliche Versorgung gewährleisten zu können.

Christoph Staudacher
Kandidat für den
Kärntner Landtag



schließen, die dadurch entstanden, dass derzeit nur knapp 150 der 500 ausgebildeten Notärzte den Dienst versehen. Die Mehrheit der freiberuflich tätigen Spezialisten hat sich aus dem System zurückgezogen. Um diese zurückzuholen, müssen sich die Rahmenbedingungen für ihre Tätigkeit verbessern.

Ebenso besorgniserregend gestaltet sich die Situation im Bereich der Pflege. Während die Pflegekräfte zu den wertvollen Erhaltern unseres Gesundheitssystems zählen, werden ihre Arbeitsbedingungen diesem nicht im Entferntesten gerecht. Kein Wunder, dass immer mehr Pflegekräfte ihr Arbeitsfeld verlassen oder sich junge Menschen gegen eine Ausbildung zur Pflegekraft entscheiden. Dem müssen wir entgegenwirken, indem wir uns der Bedeutung und Wichtigkeit dieses Berufsfeldes wieder bewusst werden und den Wert der Pflege erkennen und honorieren.

Den Wert der Pflege erkennen

Ausreichend qualitätsvolle Pflege kann nur dann gewährleistet werden, wenn ausreichend geschultes Personal zur Verfügung steht, das entsprechend entlohnt wird. **Um dem Fachkräftemangel im Bereich der Pflege zu begegnen, fordert die FPÖ Kärnten - neben einer steuerlichen Entlastung von Pflegeberufen - die Einführung einer Pflegelehre.** Diese soll,



wie es auch das Schweizer Vorbild-Modell bereits erfolgreich umsetzte, mit 15 Jahren begonnen werden, mit Arbeit am Krankenbett ab 18 Jahren. Die Jugendlichen werden gerade in der ersten Lehrzeit sensibel auf den Pflegeberuf vorbereitet und schrittweise in alle Bereiche eingearbeitet. Im Anschluss an die zwei- bis dreijährige Ausbildung steht die Möglichkeit zur Weiterbildung.

Das wäre ein erster wichtiger Schritt, denn die Kosten für die stationäre Pflege, die Zahl der pflegebedürftigen Personen und der Bedarf an Pflegekräften steigen stetig an. Experten gehen davon aus, dass bis 2030 in Österreich mehr als 75.000 Pflegekräfte zusätzlich benötigt werden. Diese Entwicklung ist mit dem derzeitigen Pflegesystem weder personell noch finanziell zu bewältigen. **Daher braucht es einen klaren Systemwechsel und eine Kurskorrektur, wie wir sie nur mit dem „Kärntner Pflegemodell“ erreichen werden. Die Devise muss lauten: echte Wahlfreiheit!**

Das „Kärntner Pflegemodell“ stützt sich auf die „Ressource Familie“ sowie auf Nachbarschaftshilfe. Pflegebedürftige Menschen sollen so lange wie möglich zuhause gepflegt werden können. **Dazu braucht es eine angemessene finanzielle Unterstützung und sozialrechtliche Absicherung für diejenigen im Umkreis der Familie, die diese Aufgabe übernehmen - in Form eines „Pflege-Schecks“**

in der Höhe von 1.000 Euro pro Monat. Dieser soll eine finanzielle Anerkennung der pflegenden Angehörigen sein, die ihn auch dazu nutzen können, sich selbst zu versichern und bei Bedarf professionelle Unterstützung und Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen.

Weiters könnten dezentrale Einheiten für die Pflege - etwa betreubares Wohnen kombiniert mit einem ambulanten Betreuungsangebot durch mobile Dienste - einen Beitrag zur Stabilisierung des Systems und gegen die Abwanderung aus den Landgemeinden leisten. Zudem müssen - insbesondere aufgrund der derzeitigen Teuerungswelle und Preissteigerungen - die Kosten für die ambulante Pflege zuhause erheblich gesenkt werden. Die Menschen dürfen wegen finanzieller Sorgen und Nöte nicht bei sich selbst und ihrer Pflege sparen oder sich gar dazu entschließen müssen, die häusliche Umgebung aufzugeben und ins Pflegeheim zu gehen.

**Nur mit dem
„Kärntner
Pflegemodell“
hätten wir
die Chance,
den Pflegenotstand
zu beseitigen.**

Harald Trettenbrein

Kandidat für den
Kärntner Landtag



Nie wieder Corona-Zwang

Die bevormundende Corona-Politik der schwarz-grünen Bundesregierung, die uns in den letzten zweieinhalb Jahren begleitet hat, muss endlich ein Ende finden. **Es darf keinerlei Zwangseinschränkungen für die persönliche Freiheit mehr geben. Wir sagen ganz klar: „Ja zur Freiwilligkeit - Nein zum Corona-Zwang“.**

Dies schließt auch den bis dato diktierten Impfzwang mit ein, der in Form des Grünen Passes und auferlegter Zugangsbeschränkungen umgesetzt wurde. **Die FPÖ hat sich von Anfang an sowohl im Parlament als auch im Landtag mit allen zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln gegen den Impfzwang eingesetzt, denn dieser bedeutet einen massiven Verstoß gegen die Menschenrechte in Österreich.** Er bringt einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit der Bürger und ist verfassungswidrig. Für die Freiheitlichen ist klar: Jeder Bürger soll frei, in Eigenverantwortung und in Abstimmung mit seinem Hausarzt darüber entscheiden können, ob er sich impfen lassen möchte oder nicht.

Dieser von ÖVP und Grünen eingeführte fatale Irrweg findet leider auch in Kärnten Fürsprecher. So steht der Kärntner SPÖ-Landeshauptmann an der Spitze der Impfzwang-Befürworter, wie sich aus dem veröffentlichten „Geheimpapier“ vom Achensee ergibt. Bei diesem Treffen der Regierung mit den Landeshauptleuten am 18. November 2021 haben sich ÖVP, SPÖ und Grüne erstmals auf die Einführung des Impfzwangs in Österreich eingeschworen.

Nicht verwunderlich dahingehend war auch der Vorschlag des Kärntner SPÖ-Landeshauptmanns, sogenannte „Solidaritätsarmbänder“ einzusetzen. Jeder Österreicher, der sich gegen das Coro-



navirus impfen ließ, sollte zur Impfung kostenlos ein gelbes Silikonarmband dazu erhalten. Das „sichtbare Zeichen, um die Impfbereitschaft zu erhöhen“, wäre in Wirklichkeit nichts anderes gewesen, als ein „Stempel“, um die Geimpften von den Ungeimpften zu unterscheiden, „Gut“ von „Böse“ zu trennen und die Spaltung der Gesellschaft weiter voranzutreiben. Gerade in Krisenzeiten einen solchen Weg vorzuschlagen, die Menschen noch weiter voneinander zu trennen, Missgunst und Misstrauen zu säen, kann nur falsch sein.

Wie wir gesehen haben, haben sich die Österreicher diesen Weg auch nicht vorbehaltlos aufzwingen lassen, sondern ihre Stimme erhoben und sich zur Wehr gesetzt. Obwohl Demonstrationen in Österreich kaum verbreitet sind und wir - im Gegensatz zu den Franzosen beispielsweise - keine „Kultur der Demonstration“ haben, sind zehntausende Menschen auf die Straßen gegangen und gegen den Corona-Zwang von ÖVP und Grünen, der von der SPÖ immer brav mitgetragen wurde, entschieden aufgestanden.



gilt die Impfpflicht dann gerade nicht „nur“ für ungeimpfte Menschen, sondern auch für alle, die sich in den vom Gesundheitsminister festgelegten Zeiträumen keine 3., 4., 5. ... Impfung „abholen“. Welche Zeitabstände schlussendlich zwischen den Impfungen gelten werden und wie lange eine Genesung anerkannt wird, kann nach dem vorliegenden Entwurf vom Gesundheitsminister jederzeit geändert werden. Somit betrifft das Gesetz zur Impfpflicht tatsächlich alle Personen in Österreich ab 18 Jahren, egal ob geimpft, genesen oder eben ungeimpft.

Beste medizinische Versorgung sicherstellen

Unvergessen sind dennoch die irreparablen Schäden, welche die Corona-Diktatur in unserer Gesellschaft hinterlassen hat – von einer kaputten Wirtschaft und zerstörten Existenzen bis hin zu einer Vernachlässigung des Gesundheitssystems in Form von wichtigen Vorsorgeuntersuchungen und Operationen, die immer weiter und leider oft viel zu lange verschoben wurden. Die Menschen in den Alten- und Pflegeheimen wurden von ihren Familien und der Außenwelt völlig abgeschnitten und allein gelassen; unsere Kinder wurden mit Masken in die Schulen geschickt, täglich getestet und mussten Abstand zu ihren Freunden und Klassenkameraden halten. Wenn das alles noch nichts half, wurde ihnen noch eingetrichtert, dass die Menschen um sie herum sterben würden, wenn sie ihnen zu nahe kämen – ein Verbrechen an einer Generation von Kindern, das sie wohl für ihr restliches Leben geprägt hat.

Derzeit sind die Impfpflicht und die damit einhergehenden Strafbestimmungen „ausgesetzt“. Das Gesetz kann aber jederzeit wieder „scharf“ gestellt werden. Entgegen der weitläufigen Meinung

Jeder hat das Recht auf eine bestmögliche medizinische Versorgung, die jederzeit sichergestellt sein muss. Außerdem darf sie nie eine Frage des Geldes sein. Daher sprechen sich die Freiheitlichen in Kärnten ganz klar für ein NEIN zur Klassenmedizin aus.

Dass Termine bei Ärzten – insbesondere auch Wahl- und Fachärzten – meist erst nach einer mehrmonatigen Wartezeit möglich sind, ist auf ein Versagen der Politik zurückzuführen, welche die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in den letzten Jahren komplett verabsäumt hat. Diese stiefmütterliche Behandlung hat nicht nur zu einem Ärztemangel in allen Bereichen und zum Fehlen von ausreichend Nachwuchs gesorgt, sondern auch dazu, dass wichtige Vorsorgeuntersuchungen und Operationstermine verschoben oder – noch schlimmer – hintangestellt werden. Nur wer eine ausreichende Versicherung hat, die oft mehrere hundert Euro im Monat kostet, oder wer sich einen Wahlarzt, seine Behandlung oder die Untersuchung selbst finanzieren kann, hat Aussicht auf ärztliche Versorgung in einem angemessenen Zeitraum.

Eine 2020 präsentierte empirische Untersuchung des IMAS International (Institut für Markt- und Sozialanalysen) ergab, dass 50 Prozent der Teilnehmer das Gefühl haben, „medizinisch überhaupt nicht ausreichend behandelt“ zu werden. Ein Bild, so die Studie, das sich in den letzten Jahren manifestiert hat: Die Österreicher wünschen sich bei der medizinischen Betreuung mehr Zeit, Aufmerksamkeit und das Gefühl, ernst genommen und verstanden zu werden.

Dass Vorsorgemedizin und eine rechtzeitige medizinische Behandlung im Krankheitsfall eine große Bedeutung nicht nur für die einzelne betroffene Person, sondern für das gesamte Gesundheitssystem haben, ist wohl unbestreitbar. **Vorsorgeuntersuchungen dienen der Früherkennung und Vorbeugung von Erkrankungen oder Gesundheitsschäden. Die Heilungschancen können verbessert und die Folgekosten für Behandlungen und Medikation verringert werden.**

Eine zweite Umfrage des IMAS international im Auftrag von Erste Bank, Sparkassen und Wiener Städtische Anfang 2022 ergab, dass die Österreicher aufgrund der Corona-Pandemie nicht nur ihr finanzielles Vorsorgeverhalten, son-

dern auch ihr gesundheitliches verändert haben. Durchschnittlich 226 Euro pro Monat wurden Anfang des Jahres noch für Pensions- und Gesundheitsvorsorge ausgegeben – ein Wert, der nie höher war.

Nachhaltige Gesundheitsvorsorge ist aber keine Sache der Erwachsenen oder der älteren Generation, sondern beginnt bereits im Kindergarten. Seelische und körperliche Gesundheit sollte so früh wie möglich gefördert werden. Initiativen wie das „Nachwuchsmodell Austria“ (NaMoA) zielen speziell darauf ab und müssen weiter ausgebaut werden. Durch einen ganzheitlichen und integrativen Unterricht, in dem Sport und Bewegung eine wesentliche Rolle spielen, werden Kindern attraktive Entwicklungsmöglichkeiten geboten. Denn leider zählen Bewegungsmangel und Übergewicht zu den Hauptleiden unserer Kinder und Jugendlichen. Umso wichtiger ist es, eine tägliche Bewegungseinheit in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen einzuführen, wie es die FPÖ Kärnten seit Jahren fordert. Einschlägige Untersuchungen haben immer wieder bessere Lernleistungen der Schüler nach einer Turnstunde aufgezeigt. Körperliche, geistige und soziale Fähigkeiten können durch die tägliche Turnstunde



gestärkt und eine gesunde und nachhaltige Lebensführung kann angeregt werden. Mangelnde Bewegung hingegen ist eine Ursache für viele chronische Krankheiten. Daher ist es höchste Zeit, entsprechende Maßnahmen im Sinne der Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen zu setzen. Kärnten soll mit gutem Beispiel vorangehen und diese jedenfalls im eigenen Wirkungsbereich so wichtige nachhaltige Maßnahme zum Wohle unserer Kinder so rasch wie möglich umsetzen.

„Vorsorgen statt Nachsorgen“ muss die Devise sein. Investitionen in eine Gesundheitspolitik, die unsere Gesundheit als höchstes Gut wertschätzt, sind kompromisslos umzusetzen.

Einrichtung einer MedUni Kärnten

Im Jahr 2012 gab es unter der freiheitlichen Regierung bereits fixe Umsetzungspläne für eine private Medizinuniversität in Klagenfurt, mit einem Stipendien-Modell für sozial schwache Studierende. **Junge Kärntner hätten mit Stipendien gratis im eigenen Land studieren können, verbunden mit der Verpflichtung, nach Studienabschluss eine**

gewisse Zeit im Kärntner Gesundheitssystem zu arbeiten, zum Beispiel als Hausärzte. Das Modell hätte sicherstellen sollen, dass in den Folgejahren genügend Ärzte in Kärnten zur Verfügung stehen, um den medizinischen Bedarf zu decken und die Lücken des Systems zu schließen. Leider wurde das **Projekt aus rein parteipolitischen Kalkül im Jahr 2013 unter dem jetzigen SPÖ-Landeshauptmann von SPÖ, ÖVP und Grünen gestoppt.**

Mittlerweile sind zehn Jahre vergangen, in denen man zahlreiche Ärzte ausbilden, für Kärnten verpflichten und damit dem Ärztemangel massiv entgegenwirken hätte können. Um diese Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit ausmerzen, wird sich die FPÖ Kärnten erneut für die Einrichtung einer Medizinuniversität stark machen.



Hier findet ihr unsere Initiativen & Anträge aus Parlament & Landtag





**SICHERHEIT
IN ALLEN
LEBENSLAGEN
GEBEN!**

4



Forderungen:

- » **sofortiger Asylstopp und umfangreiche Grenzkontrollen**
- » neue Sicherheitskonzepte für die Städte
- » Aufstockung der Polizeikräfte in Kärnten
- » **Drogenkriminalität entschieden bekämpfen**
- » Masterplan für Jugendschutz und Straßenkriminalität in den Ballungszentren
- » umfassende Blackout-Vorsorge sicherstellen
- » **100 Prozent Vollkasko-Schutz bei Unwetterschäden und Neu-Ausrichtung des Katastrophenfonds**
- » **finanzielle Mittel für Ausrüstung und Ausbildung der Einsatzkräfte sicherstellen**
- » keine Einsparungen bei Blaulichtorganisationen
- » rechtliche Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Organisationen (z. B. freiwillige Feuerwehren) verbessern

Recht und Ordnung gehören zu den Grundwerten der freiheitlichen Gesinnung. Österreich hat seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewähren. Dies betrifft zum einen den Asylbereich, in dem wir Freiheitliche einen sofortigen Asylstopp fordern, damit das Asylchaos nicht weiter unsere Wirtschaft und unser Sozialsystem belastet, zum anderen auch den ganzen Komplex der Sicherheitsproblematik. Vor allem in den Ballungszentren besteht hier dringender Handlungsbedarf. Die Zeit des Diskutierens ist vorbei, jetzt sind Taten gefordert. Auch in unsicheren Zeiten ist eine funktionierende Versorgung mit Energie zu gewährleisten, und es sind dementsprechende Blackout-Vorkehrungen zu treffen. Zusätzlich müssen auch die Einsatzorganisationen und das Ehrenamt entsprechend gefördert werden.

Asylstopp JETZT

Die unkoordinierte Asylpolitik muss sofort gestoppt werden, damit das Asylchaos nicht weiter unsere Wirtschaft und unser Sozialsystem belastet. Während es ohnehin fast täglich zu Polizeieinsätzen rund um Asylwerber beziehungsweise deren Unterkünfte kommt, bedroht nun auch die enorme Zunahme von Migrationsbewegungen

Richtung Europa und vor allem nach Österreich die Sicherheit der Republik und ihrer Bürger.

Ähnlich wie 2015 spitzt sich nämlich aktuell die Lage im heimischen Asylwesen bedrohlich zu. **Chaos, fehlende Planung und mangelndes Krisenmanagement prägten die Asyl- und Fremdenpolitik Österreichs auf Bundes- und Landesebene.** Obwohl

bereits seit Monaten die massive Zunahme an vermeintlichen Flüchtlingen und Einwanderern vorhersehbar war, wurden von allen Verantwortlichen keine wesentlichen Schritte gesetzt, um sich auf den drohenden Ansturm entsprechend vorzubereiten beziehungsweise diesen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten von Österreich fernzuhalten. Eine ungehinderte und maßlose Zuwanderung, wie sie derzeit geschieht, ist abzulehnen. Österreich hat in den vergangenen Jahren bereits mehr als genug geleistet. **Umfassende Grenzkontrollen sind ebenso einzuführen wie die Zurückweisung an sichere Drittstaaten.** Asylanträge von Fremden, die aus einem anderen EWR-Staat oder der Schweiz eingereist sind, dürfen gar nicht mehr zugelassen werden, denn unsere Heimat ist ausschließlich von sicheren Drittstaaten umgeben – und daher nicht zuständig!

Österreich hat die Verpflichtung, sich mit der konsequenten Rückführung von Ausländern zu befassen, die illegal in unser Land eingereist sind, hier straffällig wurden oder deren Asylansuchen abgelehnt

Wir brauchen keine weiteren Anreize, dass Asylwerber nach Österreich kommen, sondern einen sofortigen Asylstopp.

Gernot Darmann
Kandidat für den
Kärntner Landtag



wurden. Wenn Asylwerber keine Asylgründe haben beziehungsweise im Asylverfahren lügen – etwa bei Alter oder Herkunftsland – oder kriminell werden, dann haben sie jegliches Recht auf Schutz verwirkt und müssen abgeschoben werden. Jeder finanzielle Anreiz, das österreichische Sozialsystem auszubeuten – wie die Mindestsicherung – ist zu unterbinden. Auch Asylberechtigte sollen so lange in der Grundversorgung bleiben, bis sie sich einen Anspruch auf Versicherungsleistungen erarbeitet haben.

Der Bund ist bis dato nicht bereit oder nicht fähig, für eine vernünftige Lösung zu sorgen. Im Gegenteil, da Kärnten seine „Quote“ nicht erfüllt hat, wurde vonseiten des ÖVP-Innenministers einfach drübergefahren, und es wurden bei Nacht und Nebel in Klagenfurt und Villach Zeltstädte errichtet. Diese Vorgangsweise darf sich unser Bundesland nicht mehr bieten lassen. Kärnten steht heute vor einer Grundsatzentscheidung: Sieht man den steigenden Zahlen der Einwanderer erneut tatenlos zu und muss laut Vereinbarung mit dem Bund noch mehr Asylwerber aufnehmen, oder trifft man die richtigen Entscheidungen zum Wohle der Kärntner Bevölkerung? Dies kann für die FPÖ nur heißen, dass die Grundversorgungsvereinbarung zwischen Bund und Land Kärnten aufgekündigt wird. Ziel dieser Vereinbarung war die bundesweite Gewährleistung der vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde, wobei zwischen Bund und Ländern partnerschaftlich vorgegangen werden sollte. Aufgrund des völligen Scheiterns der genannten Vereinbarung während des Asylchaos von 2015 sowie im Jahr 2022 soll die Landesregierung dringend diesen Schritt setzen.

Krisenversorgung sicherstellen

Die überstürzte Energiewende und der Krieg in der Ukraine gefährden unsere Ener-

gieversorgung. **Aufgrund von Naturkatastrophen, Cyberangriffen, Terroranschlägen oder technischem Versagen kann es passieren, dass es zu einem länger andauernden, großflächigen Stromausfall – einem sogenannten „Blackout“ – kommt.** Durch einen starken Frequenzabfall im europäischen Stromnetz ist beispielsweise 2021 das Land Kärnten nur knapp an einem flächendeckenden Stromausfall vorbeigeschrammt. Die Ursache für die Störung war ein größerer Stromausfall in Rumänien. Da das europäische Stromnetz in sich geschlossen ist, droht beim Wegfall einer einzelnen Region der europaweite Totalausfall der Energieversorgung. Der vermehrte Ausbau von erneuerbaren Energien und damit die volatile Erzeugung von Wind- und Sonnenstrom führt zu immer stärkeren Schwankungen in den Stromnetzen. Gleichzeitig steigt der Mehrbedarf an Energie. Die Anzahl der Noteinsätze nimmt drastisch zu. Experten weisen darauf hin, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis es in Europa zu einem flächendeckenden Blackout kommen wird.

Ein derartiges Szenario hätte weitreichende Folgen: Im optimistischsten Fall kann ein Blackout innerhalb von ein bis zwei Tagen technisch behoben werden, je nach Ursache jedoch auch bis zu mehreren Wochen dauern. Von einem großflächigen Stromausfall sind vor allem Infrastruktur und elektrische Beleuchtung betroffen. Oberstes Ziel muss in erster Linie die Blackout-

Vermeidung sein; es müssen aber trotzdem rechtzeitig entsprechende Vorsorgemaßnahmen ergriffen werden, sollte es doch zum Schlimmsten kommen.

Eine flächendeckende Versorgung mit Notstromaggregaten und eine umfassende Blackout-Vorsorge wird daher immer wichtiger. Dabei ist es existenziell, dass nicht nur Betreiber von kritischer Infrastruktur mit solchen Notstromaggregaten ausgestattet werden, sondern auch Betriebe, die für die Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln oder anderen lebensnotwendigen Gütern wichtig sind. Dabei kommt dem Land und den Gemeinden bei einem Blackout die zentrale Koordinierungsfunktion zu.

Das Land Kärnten hat unter anderem die Trinkwasserversorgung dauerhaft und flächendeckend sicherzustellen, weshalb eine krisensichere Notstromausrüstung in diesem Bereich dringend umgesetzt gehört. Informationskampagnen müssen intensiviert werden, und Haushalte mit Pflegebedürftigen brauchen „Notfallpläne“, denn die Einsatzorganisationen erhalten dadurch im Krisenfall einen Überblick über Medikation, Transportfähigkeit und sonstige relevante Daten. Außerdem müssen endlich alle Pflegeeinrichtungen des Landes mit Notstromaggregaten ausgestattet werden. Dies ist bis dato immer noch nicht der Fall. Auf diesen Missstand hat die FPÖ schon mehrmals im Kärntner Landtag hin-



gewiesen und die zuständige SPÖ-Sozialreferentin in die Pflicht genommen.

In Kärnten gibt es viele Produktionsbetriebe, die für die Versorgung der Bevölkerung von lebensnotwendiger Bedeutung sind, weil sie etwa Lebensmittel erzeugen beziehungsweise vertreiben oder Produkte herstellen, die für die Grundversorgung der Bevölkerung wichtig sind. Die FPÖ fordert, dass diese Unternehmen vonseiten des Landes unterstützt werden sollen, wenn sie technische Maßnahmen umsetzen, um trotz Gas- oder Stromengpässen jedenfalls einen Notbetrieb aufrechterhalten zu können (Anschaffung von Notstromaggregaten samt den dafür nötigen Trafostationen). Ein entsprechendes Notfallkonzept für Kärnten soll unter Einbindung dieser Betriebe umgehend ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Gemeinden sind die zentrale Anlaufstelle für die Bevölkerung und für die Krisenbewältigung. Die Blackout-Vorsorge und Blackout-Bewältigung können nur hier wirklich sinnvoll umgesetzt werden. Den Gemeinden soll bei der Einrichtung von solchen zentralen Anlaufstellen organisatorisch und finanziell geholfen werden.

Effiziente Sicherheitskonzepte für unsere Städte

Recht und Ordnung gehören zu den Grundwerten der freiheitlichen Gesinnung. Österreich hat seinen Bürgern Schutz und Hilfe in allen Bedrohungsszenarien zu gewährleisten. Bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, des Banden- und Schlepperunwesens, des Drogenhandels, des Terrorismus, der Gewalt und anderer Kriminalitätserscheinungen hat der Staat seine Möglichkeiten entschlossen zu nutzen.

Sicherheit ist ein Kernthema der FPÖ. Vor allem in den Ballungszentren ist diese Sicherheit durch die steigende Kriminalität

massiv gefährdet. Dieser Gefährdung des sozialen Friedens in unserem Land ist mit der dringend notwendigen Aufstockung von Planstellen, mit einer besseren Ausstattung der Exekutive, mit Bürokratieabbau sowie dem Heben des Ansehens der Polizisten entgegenzuwirken. Geld, das in die Sicherheit der Bürger investiert wird, ist nachhaltig und gut investiert.

Gerade für die Städte braucht es neue und effiziente Sicherheitskonzepte, die von Land, Bund und Kommunen gemeinsam erarbeitet werden müssen. Vor allem um der Drogenkriminalität Herr zu werden, müssen die aktuellen Defizite in der Anti-Drogen-Politik behoben werden. Dazu sind eine enge Kooperation und eine ständige Abstimmung mit der Bundespolizei notwendig. Wir fordern einen neuerlichen Schwerpunkt in der Bekämpfung der Drogendealer, der Drogenmafia und des Drogenschmuggels. Dazu braucht es mehr Ordnungskräfte und Polizisten, die verstärkte Kontrollen an den Kriminalitätshotspots durchführen sollen, sowie eine verbesserte Beleuchtung kritischer Flächen und Plätze. Öffentliche Toiletten sollen mit UV-Beleuchtung ausgestattet werden, wie dies bereits in verschiedenen Städten, Gemeinden und Universitäten geschieht, um damit Drogenabhängige fernhalten zu können, denn durch diese spezielle Beleuchtung können Süchtige ihre Venen nicht finden. Zusätzlich braucht es einen Masterplan für Jugendschutz und zur Bekämpfung der Jugend- und Straßenkriminalität in den Ballungszentren. Wir wollen sichergehen, dass unsere Kinder weder Täter noch Opfer werden, sondern selbstbestimmt in unseren Städten aufwachsen können.

Das bedeutet neben mehr Polizei- und Ordnungskräften auch die entschiedene Ablehnung neuer Flüchtlingskontingente in unseren Städten. Migranten sind oftmals für inakzeptable Vorfälle verantwortlich. Die Kriminalität in und rund um Asylquartiere sowie der skrupellose Drogenhandel

ausländischer Banden bedrohen die Sicherheit der Kärntner Bevölkerung. Vorgänge wie die fast österreichweiten schweren Halloween-Krawalle 2022 sind strikt abzulehnen und die Täter sofort abzuschieben. Diese Unruhen waren nicht hausgemacht, sondern importiert, denn die Täter waren fast ausschließlich Asylwerber oder Asylberechtigte sowie Staatsbürger mit Migrationshintergrund. Die Ereignisse führen deutlich vor Augen, dass unkontrollierte Zuwanderung viele gravierende Probleme in unsere Städte bringt, egal ob durch kleinere Unterbringungsformen oder durch Großquartiere. Unterschiedliche Wertesysteme, multikulturelle Parallelgesellschaften und eine ausgeprägte Subkultur verschärfen die Problematik. In den Jahren 2015 und danach wurden die Städte und Gemeinden durch eine Zwangsverteilung von Asylwerbern mit den sozialen Folgen allein gelassen – die Auswüchse bekommen wir jetzt immer mehr zu spüren. In den Kriminalitätsstatistiken sind Migranten und Personen mit Migrationshintergrund – gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung – ganz vorne zu finden. Im Jahr 2021 waren in Österreich 39 Prozent der Tatverdächtigen, 41,3 Prozent der Verurteilten und 55,7 Prozent der Neu-Inhaftierten Ausländer. Damit lag der Ausländeranteil jeweils deutlich höher als in der Gesamtbevölkerung, in der er im selben Jahr rund 17 Prozent betrug.

Daher braucht es eine konsequente Sicherheitspolitik, die hart durchgreift und Gewalt und Kriminalität an den Wurzeln packt!

Unwetterkatastrophen: 100 Prozent Vollkasko-Schutz für Geschädigte

Die massiven Wetterextreme der jüngsten Vergangenheit haben uns vor Augen geführt, dass es ein funktionierendes finanzielles Unterstützungssystem für Betroffene im Katastrophenfall braucht, um 100 Pro-

zent der entstandenen Schäden abdecken zu können.

Diese Unwetter, mit denen leider auch schwere Schäden einhergehen, häufen sich immer öfter und haben im Juni 2022 ganze Ortschaften im Bezirk Villach-Land verwüstet. Für viele Unwetteropfer bedeuten die Ereignisse nicht nur eine große psychische Belastung, sondern vor allem auch eine finanzielle Herausforderung, die sie meistens nicht ohne Hilfe stemmen können. Zwischen 10.000 und 15.000 Euro bekommen private Unwetteropfer erfahrungsgemäß von ihren Versicherungen bei Elementarereignissen erstattet. Aus dem Katastrophenfonds des Bundes können Private in der Regel mit einer Hilfe von rund 20 bis 30 Prozent des erlittenen Schadens rechnen – nur in Härtefällen können mehr Mittel abgerufen werden. Auf den restlichen Kosten bleiben die Betroffenen sitzen. Nach dem Verlust von vielen Wertgegenständen oder sogar dem Eigenheim droht der finanzielle Kollaps.

**Bei Unwetterschäden
müssen die Betroffenen
100 Prozent des erlit-
tenen Schadens ersetzt
bekommen.
Die Menschen können
sonst die Folgen nicht
mehr bewältigen.**

Erwin Angerer
Landesspitzenkandidat



Angesichts der Tatsache, dass sich solche Elementarereignisse in der Zukunft häufen werden, muss der Katastrophenfonds des Bundes neu aufgestellt werden. **Die FPÖ fordert die vollständige Abgeltung finanzieller Schäden für Betroffene von Unwetterkatastrophen; wir brauchen einen Vollkaskoschutz für die Betroffenen.** Entsprechende Anträge wurden im Parlament und im Landtag bereits eingebracht. Die Abgeltung der Schäden soll über einen eigenen Katastrophenfonds erfolgen, der 100 Prozent des Schadens ersetzt. Die Gebietskörperschaften (Bund, Länder und Gemeinden) sollen dazu ein Modell „Katastrophenfonds NEU“ ausarbeiten.

Angesichts der Tatsachen, dass es bereits ein Katastrophenfondsgesetz in Österreich gibt und viele Menschen unverschuldet in einer Zeit, die ohnehin größtmögliche wirtschaftliche Anstrengungen abverlangt, um den Lebensalltag finanzieren zu können, ihr Hab und Gut in Geröll- und Wassermassen verloren haben, ist dies ein Gebot der Stunde.

Einsatz und Ehrenamt würdigen

Feuerwehr, Bundesheer, Polizei und andere Einsatzorganisationen sorgen für unsere tägliche Sicherheit. Umgekehrt muss aber auch ihre Sicherheit gewährleistet werden, indem ausreichend finanzielle Mittel für Ausrüstung und Ausbildung der Einsatzkräfte zur Verfügung stehen.

So muss sichergestellt werden, dass unsere Kärntner Einsatzkräfte im Bereich der Kommunikation endlich auf den neuesten Stand gebracht werden. Es müssen die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Polizei, Feuerwehr und Rotes Kreuz mit effizienten Systemen untereinander kommunizieren können. Eine einheitliche und krisensichere Kommunikation ist für die täglichen



Einsätze das Um und Auf. Wenn es um die Bewältigung von Naturkatastrophen wie Hochwasser, Murenabgänge oder Großbrände geht, bei Großschadensereignissen wie größeren Verkehrsunfällen, aber auch bei medizinischen Notfällen ist eine rasche Abstimmung zwischen den Einsatzkräften, Hilfskräften und Behörden – bei Bedarf auch über Landesgrenzen hinweg – umso wichtiger. Dies ist derzeit aber nicht der Fall. Kärnten ist das einzige Bundesland, das noch ohne Digitalfunk auskommen muss. Viele Jahre hat die SPÖ/ÖVP-Landesregierung die Umsetzung des Digitalfunks verschlafen und dadurch die Einsatzkräfte Gefahren ausgesetzt. Mittlerweile gibt es bereits neuere Technologien, und das Land Kärnten hat die Verpflichtung, hier endlich eine Lösung zu finden und diese auch umzusetzen – die Sicherheit unserer Einsatzkräfte darf keine Frage des Geldes sein!

Zu erwähnen ist das Tätigkeitsfeld der freiwilligen Helfer und Ehrenamtlichen, das viele unterschiedliche Bereiche umspannt. Ehrenamtliche Helfer sind wichtige Stützen für das soziale und kulturelle Leben im Land. Welche unglaublichen Leistungen unsere Einsatzkräfte vollbringen, haben sie 2022 wieder einmal eindrucksvoll bei den Unwetterkatastrophen im Gegendtal unter Beweis gestellt. Die Einsatzkräfte stehen in Österreich rund um die Uhr bereit, um der Bevölkerung zu helfen. Umso wichtiger ist es, dass wir ihnen dementsprechend unsere Wertschätzung und unseren Respekt entgegenbringen.



Nachdem die FPÖ 2021 im Parlament forderte, dass die Finanzierung der Feuerwehren unabhängig von der Konjunktur sein soll und auf eine fixe und damit planbare jährliche Summe umgestellt werden muss, konnte der Nationalrat 2022 einstimmig beschließen, dass aus dem Katastrophenfonds jährlich 20 Millionen Euro für die Anschaffung von Einsatzfahrzeugen und Ausrüstung zur Verfügung gestellt werden.

Mittelkürzungen bei Feuerwehren und Schließungen von Stützpunkten werden von uns konsequent abgelehnt. Tausende Kärntner Feuerwehrmitglieder setzen bei den Einsätzen nicht nur ihr Leben für andere ein, sondern sind auch wesentliche Kulturträger in den Gemeinden – sie sorgen für ein funktionierendes und sicheres Kärnten.

Ein schlechtes Licht auf die SPÖ/ÖVP-Landesregierung wirft daher der ursprüngliche Entwurf des Feuerwehrgesetzes 2020. Dort wollte man einen Straftatbestand für Feuerwehrleute einführen, die sich nicht an die Bekleidungs Vorschriften halten – geplant war eine Geldstrafe von bis zu 1.500 Euro. Die FPÖ sprach sich klar gegen diese inakzeptablen Strafbestimmungen aus, die einen Schlag in das Gesicht für das Ehrenamt bedeutet hätten. Aufgrund der massiven Proteste der FPÖ und damit einhergehend auch diverser Initiativen im Landtag konnten wir verhindern, dass die unsägliche Strafbestimmung in Kraft getreten ist. Auf unseren Druck hin wurde der Passus aus dem Ge-

setzesentwurf gestrichen. Wir sagen: Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit gehören gefördert und unterstützt, nicht bestraft!

Aus diesem Grund setzt sich die FPÖ auch dafür ein, dass gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, welche die Befreiung beziehungsweise Refundierung der Umsatzsteuer bei der Beschaffung notwendiger Einsatzausstattung ermöglichen. Damit können weiterhin der Schutz der Bevölkerung sichergestellt und die Ausstattung der Feuerwehren auf dem neuesten Stand der Technik gehalten werden.

Außerdem brachte die FPÖ einen Dringlichkeitsantrag im Kärntner Landtag ein, dass keine Schadensersatzforderungen vonseiten der Versicherungswirtschaft gegenüber freiwilligen Feuerwehren für Schäden gestellt werden können, die im Zuge ihrer Einsatz Tätigkeit entstehen. Es gibt nämlich Fälle, bei denen Versicherungen von freiwilligen Feuerwehren Geld fordern, weil diese bei einem Einsatz ein Unfallauto beschädigt haben sollen. Ein solches Vorgehen ist auf das Schärfste zu verurteilen. Die rund 20.000 aktiven Kärntner Feuerwehrleute leisten einen unschätzbaren Einsatz für die Bevölkerung. Es darf nicht sein, dass sie für ihre ehrenamtliche Tätigkeit auch noch zur Kasse gebeten werden. Aufgrund von Rückmeldungen aus Feuerwehrkreisen ist außerdem zu befürchten, dass freiwillige Feuerwehren künftig aus Angst vor Regressforderungen bestimmte Tätigkeiten einfach nicht mehr machen werden.



Hier findet ihr unsere Initiativen & Anträge aus Parlament & Landtag

A close-up photograph of a hand holding a silver key with a house-shaped charm. The key is inserted into a door lock. The background is blurred, showing a window with blinds. A blue diagonal graphic element is in the top left corner.

**WOHNEN MUSS
LEISTBAR SEIN!**

5



Forderungen:

- » Kärntner Wohnbaupolitik reformieren
- » Aufholen von Versäumnissen im sozialen Wohnbau
- » Ausarbeitung spezifischer Konzepte, die auf ländliche Regionen und Städte zugeschnitten sind
- » **wieder leistbaren Wohnraum schaffen**
- » **Wohnbauförderung reformieren, um privaten Hausbau zu attraktivieren und bürokratische Hürden abzubauen**
- » Verdoppelung des „Häuslbauer-Bonus“
- » Stopp für steigende Strom- und Betriebskosten
- » Vorreihung von Kärntnern bei Vergabe geförderter Wohnungen durch Reform der Wohnbeihilfe
- » **autarke Wohneinheiten schaffen, um Sicherheit durch Unabhängigkeit zu gewährleisten**

Die Versäumnisse der SPÖ angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und der massiven Teuerungen, mit denen die Menschen in Kärnten konfrontiert sind, führen dazu, dass das Wohnen nahezu unleistbar wurde. Unterlassungen und Kapitalbindungen im sozialen Wohnbau haben einen Wohnungsmangel und ein Steigen der Mieten zur Folge – diese Defizite gilt es abzubauen. Mieter müssen unterstützt werden, durch Senken der Betriebskosten und Deckeln der Strompreise. Zusätzlich setzt sich die FPÖ bereits seit vielen Jahren auf Landes- und Bundesebene für faire Mietpreise, eine zielgerichtete, unkomplizierte Unterstützung für Häuslbauer sowie eine Reform der Wohnbauförderung ein – Wohnen muss leistbar sein!

Versäumnisse im sozialen Wohnbau aufholen

Mit der Wohnbaupolitik, welche die SPÖ in Kärnten in den letzten Jahren betrieben hat, werden die ländlichen Regionen massiv ausgedünnt, während im Zentralraum totes Kapital gebunden und Wohnpotenzial nicht realisiert wird. Von 2018 bis 2021 wurden 621 Wohnungen nicht gebaut, die im Kärntner Wohnbauprogramm bereits geplant und finanziert wurden – rund 400 davon in den Städten Klagenfurt und Villach. Diese fehlenden Wohnungen haben klarerweise auch ei-

nen Einfluss auf die Mietpreise. Wo weniger Angebot bei gleichzeitig gestiegener Nachfrage in den Ballungszentren ist, da steigt der Preis.

Wegen dieses massiven SPÖ-Versäumnisses wird der Wohnbau in Kärnten blockiert, und es gibt zu wenige günstige Wohnungen! Diesen Rückstau nichtgebauter Wohnungen gilt es umgehend abzubauen, denn steigende Mietpreise, fehlende wirtschaftsbelebende Bauprojekte und Abwanderungen – insbesondere von Jungfamilien – sind die Folge. Die Mittel der Wohnbauförderungen müssen

zudem gerechter verteilt werden. Sieht man sich den Zuzug in die Zentralräume an, so ist davon auszugehen, dass ländliche Infrastruktur – wie etwa Schulen – bald nicht mehr gebraucht und finanziert werden können. Würde man einen Teil des Geldes in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs stecken, könnte beiden Seiten geholfen werden. Die Menschen könnten am Land leben und im Zentralraum arbeiten.

Dazu braucht es aber umgehend spezifische Konzepte, die einerseits auf ländliche Regionen und andererseits auf die Bedürfnisse von Städten zugeschnitten sind. Der Bau eines Wohnhauses wird sich beispielsweise in einer Stadt wie Klagenfurt von dem in einer Landgemeinde sowohl in der Größe als auch in der möglichen Anzahl von Wohneinheiten bedeutend unterscheiden. Dementsprechend müssen die Planungen und Förderungen angepasst werden. Dieses einfache Beispiel zeigt, dass wir den Unterschieden Rechnung tragen



müssen, um gleichzeitig die Trennung von Land und Stadt überwinden zu können. Anstatt die Erfordernisse des einen gegen jene des anderen auszuspielen, müssen wir uns auf die jeweiligen Stärken konzentrieren, um eine neue Form der Wohnbaupolitik zu schaffen, die für den ländlichen und den städtischen Raum gleichermaßen eine Bereicherung darstellt.

Die Wohnbaupolitik in Kärnten muss reformiert werden, um ausreichend leistbaren Wohnraum zu schaffen und die ländlichen Regionen nicht weiter auszudünnen.

Seppi Krammer
Kandidat für den
Kärntner Landtag



Wieder leistbaren Wohnraum schaffen

Die SPÖ-geführte Landesregierung in Kärnten betreibt derzeit eine Wohnbaupolitik, die jeglicher nachvollziehbarer Grundlage entbehrt. **Es bedarf einer dringenden Umstrukturierung und sofortiger Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass Wohnen wieder für alle leistbar wird und Mieten sowie Betriebskosten nicht noch weiter steigen. Zudem müssen Häuslbauer finanziell unterstützt werden.**

Vor der Coronakrise hat die Baubranche einen regelrechten Boom erlebt. Jeder wollte sich ein Eigenheim und einen Rückzugsort für sich und seine Familie schaffen. Doch so schnell sie gekommen



war, platzte die „Bau-Blase“ auch wieder, als Rohstoffe während der Coronakrise knapper wurden und die Preise stiegen. Wer sich heute ein Haus bauen möchte, muss gut kalkulieren. Umso wichtiger ist es, dass vor allem junge Menschen und Familien dabei unterstützt und bestärkt werden. Die Aufgabe der Gemeinden und Länder ist es, ihnen dabei unter die Arme zu greifen. Denn wer in Kärnten baut, bleibt meist auch in Kärnten – eine Win-win-Situation für die Häuslbauer und unser Bundesland.

Auf Bundesebene hat die FPÖ bereits im Jahr 2014 das Modell „Netto-Wohnbau“ als Fördermodell für den Häuslbauer vorgelegt. Damit soll für jede vom Häuslbauer vorgelegte Rechnung die Vorsteuer rückvergütet werden. Nicht nur, dass damit für jeden klar ist, dass er „netto“ und damit um 20 Prozent günstiger bauen kann, auch der Verwaltungsaufwand wäre damit weit aus geringer, und die Schwarzarbeit würde im Sinne aller Klein- und Mittelbetriebe zurückgedrängt werden. 2021 hat FPÖ-Landeschef Erwin Angerer den Antrag – bedingt durch die Aktualität der Coronakrise – erneut im Parlament eingebracht. Dort wurde er von der ÖVP und den Grünen dem Finanzaus-

schuss zugewiesen und leider bis dato schubladisiert.

Im Zuge der Novellierung des Wohnbauförderungsgesetzes wurde von der FPÖ mit dem sogenannten „Häuslbauer-Bonus“ ein Vorschlag für eine möglichst attraktive und unkomplizierte Unterstützung beziehungsweise Förderung eingebracht. Trotz eines einstimmigen Beschlusses im Kärntner Landtag wurde dieser Vorschlag in den dazu erlassenen Richtlinien so kompliziert ausgearbeitet, dass er seine gewünschte Wirkung wohl verfehlen wird. Haben im Jahr 2011 noch rund 720 Kärntner Häuslbauer eine Förderung erhalten, waren es im Jahr 2017 nur noch 50. **Die Wohnbauförderung muss so gestaltet werden, dass es attraktive Anreize für den privaten Hausbau gibt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Dafür wird sich die FPÖ genauso einsetzen wie für einen nicht-rückzahlbaren Zuschuss für die Häusl-**

**Mit dem Modell,
„Netto-Wohnbau“
würden die Baukosten
für Häuslbauer
erheblich reduziert
und damit insbesondere
Jungfamilien
unterstützt werden.**

Erwin Angerer
Landesspitzenkandidat



bauer im Neubau in Höhe von zumindest 30.000 Euro. Das entspricht in etwa einer Verdoppelung des „Häuslbauer-Bonus“, der ebenso von den Freiheitlichen in Kärnten gefordert und umgesetzt wurde. Diese Maßnahme erhöht auch das Eigenkapital, was den Jungfamilien hilft, wieder leichter einen Kredit von der Bank zu bekommen. Ebenso muss der Häuslbauer-Bonus auf Eigentumswohnungen ausgeweitet werden.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass in den Broschüren des Landes den Kärntnerinnen und Kärntnern das Förderparadies suggeriert wird. In Wirklichkeit befinden wir uns aber im Bereich der Wohnbauförderung inmitten eines Förderdschungels. Um diesem zu entgehen, braucht es eine zentrale Förderstelle in Kärnten sowie ein Überdenken gewisser Richtlinien. Man verspricht den investitionsfreudigen Kärntnern hohe Förderungen für dutzende Umbaumaßnahmen. Wenn es aber zur konkreten Umsetzung kommen soll, werden unsere Landsleute mit teilweise wahnwitzigen Richtlinien konfrontiert, in denen nicht nachvollziehbare Deckel eingezogen werden.

Kärntner zuerst

Wir Freiheitliche plädieren für eine Reform der Wohnbeihilfe. **Angesichts der Rekord-**

teuerungen und massiven Belastung der Bürger müssen die Einkommensgrenzen für den Bezug weiter erhöht werden. Zudem soll die Wohnbeihilfe künftig vor allem Kärntnerinnen und Kärntnern zugutekommen. Entsprechend dem Modell, das die FPÖ in Oberösterreich bereits erfolgreich umsetzen konnte, sollen Mindestanforderungen bei der Vergabe von geförderten Wohnungen eingeführt werden. Wer beispielsweise in Oberösterreich bei der Vergabe von geförderten Wohnungen zum Zug kommen möchte, muss die letzten fünf Jahre rechtmäßig in Österreich aufhältig gewesen sein. Gleichzeitig muss man in diesem Zeitraum 54 Monate lang Einkünfte, die der Einkommenssteuer unterliegen, erwirtschaftet haben und Deutschkenntnisse auf A2-Niveau nachweisen können.

Durch dieses Vorgehen im Sinne aller steuerzahlenden Leistungsträger – gleich welcher Herkunft – sank in Oberösterreich die Zahl der Wohnbeihilfebezieher aus Drittstaaten deutlich. Zusätzlich wurden Budgetmittel frei, die es ermöglichten, Oberösterreicher, die tatsächlich Hilfe benötigen, noch besser unterstützen zu können, denn mit den frei gewordenen Mitteln wurde die Wohnbeihilfe erhöht. Die FPÖ in Kärnten hat das Ziel, diese Politik mit Hausverstand und dieses Modell zur Reform der Wohnbauhilfe zum Wohle der Kärntnerinnen und Kärntner ebenfalls umzusetzen.



Autarkes Wohnen ermöglichen – Sicherheit durch Unabhängigkeit

Angesichts der hohen Energiekosten und der Diskussion über Vorsorge für einen Blackout ist dem Thema des energieautarken Wohnens eine hohe Bedeutung zuzuschreiben.

Die FPÖ Kärnten ist der Meinung, dass im Bereich des sozialen Wohnbaus und mithilfe der Mittel aus der Wohnbauförderung gezielt solche Wohnbauprojekte forciert und gefördert werden müssen, die sich unabhängig von der Außenwelt selbst mit Energie versorgen können – sogenannte „energieautarke Bauprojekte“. Zudem sind Bauprojekte zu bevorzugen, die entsprechend einer sich verändernden Lebenssituation der Bewohner adaptiert werden können. Wenn die Kinder einer Familie erwachsen sind und ausziehen, sollte eine große Wohnung etwa so redimensioniert werden können, damit sie künftig ideal für den Lebensalltag von zwei Personen geeignet ist.

Die Grundidee energieautarker Wohneinheiten ist es, dass sie ihren Bedarf an Energie und Heizwärme selbst erzeugen und decken können. Durch eine Photovoltaikanlage mit Stromspeicher, welcher beispielsweise eine Wärmepumpe antreibt, und Warmwasser, das

durch eine Solarthermieanlage bereitgestellt wird, wäre dies möglich. Die noch benötigte Restmenge würde eine Holzheizungsanlage liefern. Der Vorteil eines Stromspeichers in Kombination mit einer Photovoltaikanlage liegt auch darin, dass im Falle eines längerfristigen Stromausfalls der Speicher weiterhin eine gewisse Menge an Strom für den Betrieb von Haushaltsgeräten zur Verfügung stellen kann.

Obwohl solche energieautarken Bauprojekte in der Errichtung teurer sind als konventionelle Gebäude, sind sie während ihrer weiteren Lebensdauer in der Erhaltung preisgünstiger. Diesem Umstand muss bei der Förderung des Baus der Wohneinheiten Rechnung getragen werden. Ein erstes Pilotprojekt dazu hat die FPÖ 2012 initiiert.



Hier findet ihr unsere Initiativen & Anträge aus Parlament & Landtag



An aerial photograph of a modern university campus. The foreground shows several long, multi-story buildings with a mix of glass and wood paneling. A paved road and a green lawn with a basketball court are visible. In the middle ground, there's a large, circular building with a distinctive facade. The background features a vibrant turquoise lake, lush green hills, and distant mountains under a blue sky with scattered white clouds. A large blue diagonal graphic element is on the left side of the image.

KÄRNTENS ZUKUNFT BRAUCHT INVESTITIONEN!

6



Forderungen:

- » **„Kärnten-Zuerst-Paket“, um in wichtige Infrastrukturmaßnahmen zu investieren**
- » Sicherung und Weiterentwicklung des Kärnten Airport als eine der wichtigsten Wirtschafts-, Tourismus- und Infrastruktureinrichtungen Kärntens
- » **Bahn-Umfahrung Zentralraum: Errichtung einer Güterbahntrasse und Lärmschutzmaßnahmen**
- » **Umsetzung des Sicherheitsausbaus S 37/B 317**
- » strategische Grundstückssicherung zur wirtschaftlich optimalen Nutzung der Koralmbahn
- » Realisierung des B100-Ausbaus
- » Ausbau des Angebots an öffentlichen Verkehrsmitteln
- » Förderung flexibler und neuer Mobilitätslösungen
- » Investitionen in den Sportstandort Kärnten
- » Forschung und Entwicklung in Kärnten stärken

Der Wirtschaftsstandort Kärnten bietet enormes Potenzial und große Chancen zur nachhaltigen Weiterentwicklung unseres Landes. Leider ist es aber aufgrund einer falschen Landes- und Bundespolitik zu einem Stillstand gekommen, der sich negativ auf den Lebensraum Kärnten auswirkt. Viele wichtige Infrastrukturprojekte werden be- und verhindert, es fehlt an einer strategischen Grundstückssicherung und an nachhaltigen Mobilitätslösungen, die aufgrund gesellschafts- und umweltpolitischer Gesichtspunkte unbedingt umgesetzt werden müssen, sowie an zielgerichteten Maßnahmen für den Sportstandort Kärnten.

Wien in die Pflicht nehmen

Wir müssen ein „Kärnten-Zuerst-Paket“ schnüren, um in Kärntens Zukunft investieren zu können. Darin enthalten sollen wichtige Infrastrukturmaßnahmen sein, wie die Errichtung einer Güterbahntrasse entlang des Wörthersees zum Schutz der lärmgeplagten Bevölkerung, der von Wien behinderte Straßen- und Sicherheitsausbau der S 37/B 317 sowie der Ausbau der Drautal Bundesstraße (B100).

Initiative „Stopp Bahnlärm“ im Kärntner Zentralraum

Die Koralmbahn, deren Fertigstellung für 2025 geplant ist, ist Teil der Baltisch-Adriatischen-Achse. Der Ausbau der Koralmbahn gehört zum Umsetzungsplan der EU-TEN-V-Leitlinien, in denen unter anderem die Umsetzung eines hochwertigen Gesamtverkehrsnetzes innerhalb der EU niedergeschrieben ist. Damit ist sie auch ein europäisches Projekt, und die Errichtung der Güterbahntrasse entlang des

Wörthersees könnte über EU-Mittel kofinanziert werden – das haben Bund und Land dringend sicherzustellen, denn das Jahrhundertprojekt bringt einen dringend notwendigen wirtschaftlichen Impuls für Kärnten, für unsere gesamte Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt.

Mit Inbetriebnahme der Koralmbahn ist aber davon auszugehen, dass durch die damit geschaffene Verbindung des baltischen Raumes mit Italien und den Adria Häfen der Güterverkehr sowie die Lärm- und die Emissionsbelastung für die Anrainer im Zentralraum Klagenfurt enorm ansteigen werden.

Im ÖBB-Rahmenplan 2022-2027 findet sich dahingehend kein Bekenntnis zum Lebensraum Kärnten. Obwohl die zukünftige Koralmbahn durch die Städte Klagenfurt und Villach und somit durch den touristisch wichtigen Wörtherseeraum führen wird, bleiben Lärmschutzmaßnahmen für diesen Bereich unberücksichtigt.

Wir müssen ein „Kärnten-Zuerst-Paket“ schnüren, um in Kärntens Zukunft investieren zu können und wichtige Infrastrukturprojekte endlich umzusetzen.

Dietmar Rauter
Kandidat für den
Kärntner Landtag



Die FPÖ hat bereits zahlreiche Vorschläge – auch in Form parlamentarischer Anträge – für die etwa 200.000 vom Bahnlärm geplagten Kärntnerinnen und Kärntner eingebracht, um eine rasche und zweckmäßige Lösung herbeizuführen. Dazu zählen unter anderem die Errichtung einer eigenen Gütertrasse, die Einhaltung bestimmter Lärmgrenzwerte, die von der WHO empfohlen sind und weltweit zu den üblichen Standards gehören, eine Tempo-50-Beschränkung für Güterzüge im Ortsgebiet sowie die Errichtung neuer Hochleistungslärmschutzwände und Lärmmessstationen.

Anfang März 2022 wurde dann auf Druck von Bürgerinitiativen und der FPÖ einstimmig eine „Bahnlärminitiative“ im Kärntner Landtag beschlossen. Der Beschluss basiert auf der im Oktober 2021 in der Zentralraumkonferenz parteiübergreifend von allen Teilnehmern unterfertigten Forderung an den Bund nach Aufnahme einer eigenen Güterverkehrstrasse für den Zentralraum Klagenfurt-Villach in den ÖBB-Rahmenplan. Auch die sofortige Umsetzung von umfassenden Lärmschutzmaßnahmen zum Schutz der lärmgeplagten Bevölkerung ist darin als Forderung enthalten.

Der Beschluss im Landtag reicht aber



nicht aus, um wirklich etwas zu ändern. Eine Entscheidung im Sinne Kärntens muss letztendlich im Parlament fallen und durch die Bundesregierung getroffen werden. Dementsprechend brachte FPÖ-Spitzenkandidat Erwin Angerer auf Basis der Forderungen der Zentralraumkonferenz einen entsprechenden parteiübergreifenden Antrag von FPÖ, SPÖ und NEOS im Parlament ein. Damals sprachen sich ÖVP und Grüne – unter ihnen auch alle Kärntner Abgeordneten – gegen den Antrag aus. Der Antrag für den Schutz der betroffenen Kärntnerinnen und Kärntner vor dem gesundheitsschädigenden Bahnlärm liegt aktuell im parlamentarischen Verkehrsausschuss – dort wurde er im Februar 2022 vertagt.

Im neu präsentierten ÖBB-Rahmenplan 2023–2028 scheint die dringend notwendige Errichtung einer Güterbahntrasse abseits des Wörthersees wieder nicht auf. Obwohl Gesundheit und Tourismus gefährdet sind, gibt es kein Bemühen vonseiten der schwarz-grünen Bundesregierung, hier einzugreifen. Die FPÖ wird diese Untätigkeit so nicht im Raum stehen lassen. Mit einer Sondersitzung des Kärntner Landtages im November 2022 und dem erneuten Einbringen des parlamentarischen Antrags wurden erste Schritte gesetzt.

Klagenfurt, St. Veit, Friesach: Straßen- und Sicherheitsausbau der S 37/B 317:

Der Bereich von Klagenfurt bis zur steirischen Landesgrenze ist eine besonders kritische und gefährliche Stelle mit – wie sich leider herausstellte – tödlichen Sicherheitslücken. Der Sicherheitsausbau der Friesacher Bundesstraße (B 317) von St. Veit bis zur steirischen Landesgrenze ist daher unbedingt notwendig.

2005 wurde zwischen Bund, ASFINAG und dem Land Kärnten eine vertragliche Vereinbarung geschlossen, dass die S 37 und die B 317 von Klagenfurt über St. Veit bis zur steirischen Landesgrenze zu einer leistungsfähigen und sicheren Schnellstraße auszubauen sind. Zudem wurde die S 37 im Jahr 2006 in das Bundesstraßengesetz aufgenommen.

Trotz aller Notwendigkeiten und der bestehenden Verträge gab die ÖVP/Grüne-Bundesregierung Ende 2021 das Aus für dieses Vorhaben bekannt – eine gesellschaftlich kalte, wirtschaftlich katastrophale und rechtlich bedenkliche Entscheidung, mit der auch noch ein Rechtsbruch begangen wurde.

Auf Druck der FPÖ hat die Landesregierung 2022 ein Rechtsgutachten eingeholt, das den Rechtsbruch bestätigt. Dennoch ist bis dato weder vonseiten des Bundes noch von der SPÖ/ÖVP-geführten Kärntner Landesregierung etwas unternommen worden, um die Entscheidung aufzuheben und den Sicherheitsausbau doch noch umzusetzen.

Die FPÖ brachte im Dezember 2021 und Februar 2022 sogar einen parlamentarischen Antrag im Nationalrat ein, um den Sicherheitsausbau der S 37 sofort zu beginnen und sicherzustellen, dass es zu keinen weiteren Bauverzögerungen durch die Bundesregierung kommt. Der Antrag wurde von den Regierungsparteien vertagt, die offensichtlich nicht bereit sind, für die Umsetzung dieses so wichtigen Projekts in Kärnten zu sorgen!

Ausbau der Drautal-Bundesstraße

Mit dem Bau einer Straße beziehungsweise dem Ausbau einer Verkehrsverbindung hängt viel mehr zusammen, als Menschen von A nach B zu bringen. **Der Ausbau der B 100, der leider ruht, seit die FPÖ sich nicht mehr in Regierungsverantwortung befindet, könnte ein deutliches Signal zur Unterstützung des ländlichen Raumes sein – gegen die Abwanderung und für die Betriebe, zum Erhalt von Arbeitsplätzen.**

Der Ausbau bis Steinfeld ist abgeschlossen, während die Gemeinden Greifenburg, Berg und Dellach noch immer auf eine Umsetzung warten. Die Lösung für die Teilstücke muss nach Ansicht der FPÖ Kärnten nicht die billigste Variante sein, sondern die für die jeweilige Gemeinde richtige Lösung. Denn in jeder Gemeinde finden sich unterschiedliche Betriebe und wirtschaftliche Voraussetzungen. Das Ziel muss es sein, die Verkehrslösung damit

in Einklang zu bringen – auch unter Berücksichtigung der Umwelt in Hinblick auf Lärmschutz und Bodenversiegelung, Tourismus, Landwirtschaft sowie der Anrainer.

Wie auch immer die Lösung dafür aussehen kann: Wichtig ist, dass wir sicherstellen, dass es eine Lösung geben wird!

Flughafen Klagenfurt erhalten und weiterentwickeln

Der Flughafen Klagenfurt ist einer der wichtigsten Industrie-, Gewerbe- und Logistikstandorte für Kärnten. Er wird jedoch von der SPÖ-geführten Kärntner Landesregierung sprichwörtlich in der Luft hängen gelassen. Seit der Teilprivatisierung des Flughafens 2018, bei der er mit 74,9 Prozent an Investor Lilihill verkauft wurde, geschieht praktisch nichts mehr – außer, dass Projekte und Investitionen verhindert werden und SPÖ und ÖVP ihren Koalitionsstreit und die Uneinigkeit über die Zukunft des Flughafens auf offener Bühne und zum Leidwesen dieser großen wirtschaftlichen Chance für Kärnten austragen.

Die FPÖ fordert, dass der Fortbestand des Kärnten Airport gesichert werden muss, und es zu keiner weiteren Verschlechterung der Position des Bundeslandes Kärnten sowie einer weiteren Verschleuderung von Landesvermögen kommen darf.

Ein Bekenntnis zu den Entwicklungsplänen des Flughafens ist ein Bekenntnis zum Standort Kärnten. Es braucht eine bessere Performance im Bereich der Standortpolitik, denn ein – wie es aktuell stattfindet – unausgereifter Zickzack-Kurs im Umgang mit einem Investor und die Unstimmigkeiten von SPÖ und ÖVP im Hinblick auf die Zukunft des Flughafens schaden Kärnten.

Die Chance eines Kasernenbaus, die Stationierung der Hubschrauber sowie die Einrichtung eines Technologie- und Logis-

Der Flughafen Klagenfurt muss im Sinne des Wirtschafts-, Industrie- und Tourismusstandortes Kärnten erhalten und weiterentwickelt werden.

Gernot Darmann

Kandidat für den Kärntner Landtag



tikparks und damit hunderte Arbeitsplätze sind nur einige der Möglichkeiten, die bisher nicht genutzt wurden. Das oberste Ziel muss es sein, endlich eine Einigung zu erzielen, um den Flughafen zu erhalten und im Sinne des Wirtschafts-, Industrie- und Tourismusstandortes Kärnten weiterzuentwickeln – und das besser heute als morgen.

Chancen zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes nutzen

Die Fertigstellung der Koralmbahn und damit einhergehend die Vollendung der Baltisch-Adriatischen-Achse ist für 2025 geplant. Das Jahrhundertprojekt bringt einen dringend notwendigen wirtschaftlichen Impuls für Kärnten, für unsere gesamte Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Möglich gemacht haben diesen wichtigen Schritt für Südösterreich und Kärnten einzig die Hartnäckigkeit und die Beharrlichkeit unseres verstorbenen Landeshauptmanns Jörg Haider. Leider wurde die Fertigstellung der Koralmbahn – konkret die Wörthersee-Umfahrung mittels Güterbahntrasse von Klagenfurt nach Villach – seit dem Jahr 2013 nicht mehr weiterverfolgt beziehungsweise die Planung eingestellt. Dies aber ist jedenfalls sicherzustellen.

Parallel zur Koralmbahn wurde direkt am Schnittpunkt der beiden Hauptverkehrsachsen Tauern- und Baltisch-Adriatische-Achse das Projekt ALPLOG in Fürnitz entwickelt. Die ÖBB betreiben am Standort einen Großverschiebebahnhof, der als Drehscheibe für den nationalen und internationalen Güterverkehr dient und unter anderem eine werk-tägliche Anbindung an ausgewählte Adria-häfen bietet.

Diese Voraussetzungen bieten die Möglichkeit, sich als sogenannter „Trockenhafen“ und damit international bedeutsame Drehscheibe für den Güterverkehr positionieren zu können. Eine solche Chance muss genutzt, die notwendigen politischen Entscheidungen getroffen und vorangetrieben werden.

Kärnten muss sich also auf die wirtschaftlichen Chancen vorbereiten, die sich durch die Koralmbahn bieten werden. Dazu gehört es, die Grundstücke entlang der Strecke für zukünftige Projekte zu sichern, anstatt den Ausverkauf Kärntens weiter voranzutreiben, wie es SPÖ und ÖVP seit Jahren betreiben. Kärnten braucht eine Raumordnung mit Hausverstand, die im Fall der Koralmbahn ausreichend Grundstücke für Gewerbeflächen und Wirtschaftsentwicklung vorsieht. Nachdem es 2018 auf Druck und Initiative der FPÖ endlich einen gemein-



samen Beschluss aller Parteien gab, wurde der Verladebahnhof Kühnsdorf erhalten und an die Koralmbahn angeschlossen. Bereits 2014 wurde erstmals von FPÖ-Landeschef Erwin Angerer ein entsprechender Antrag im Parlament eingebracht. Die Weiterentwicklung des Güterverladebahnhofs Kühnsdorf ist für den Wirtschaftsstandort Kärnten und für den Bezirk Völkermarkt ein wichtiges Projekt. Gemeinsam mit einer Vielzahl von Gemeinden im Bezirk wollen wir mit der Bundesregierung in erster Linie einen schienenaffinen Gewerbepark im Jauntal entwickeln. Der Bereich Bahnlogistik ist – auch vor dem Hintergrund der in einigen Jahren fertiggestellten Koralmbahn – ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Zukunft Kärntens und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Forschung und Entwicklung in Kärnten stärken

Mit den Technologieparks Lakeside und Villach sowie Initiativen zu Clusterbildungen wie die Vision „Silicon Alps“ wurden bereits unter freiheitlichen Landeshauptleuten wichtige Meilensteine im Bereich der Technologieentwicklung gesetzt. Leider wurden in diesem Bereich notwendige Maßnahmen für die Innovationskraft eines pulsierenden Wirtschaftsraums und damit für die Zukunft Kärntens in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt. Hier gilt es, wieder entsprechende Impulse zu setzen und für innovative Unternehmen, egal in welchem Bereich und in welcher Größe, die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Wir müssen offen für neue Technologien, neugierig und modern sein, um gestalten zu können. Dazu brauchen wir den richtigen Rahmen und müssen auf aktuelle Entwicklungen reagieren, Förderprogramme sicherstellen und für ausreichend Nachwuchs sorgen.



Dazu gehören auch:

- » Weiterentwicklung der Silicon-Alps-Vision für den Bereich der Elektronik- und Mikroelektronikbranche
- » weiterer Ausbau des Hightech-Schwerpunkts in Kärnten mit Lakeside Software Park, Fachhochschule Technikum Kärnten, Technologiepark Villach, HTL für Waffentechnik
- » Weiterentwicklung von ALPLOG zum Logistik Center Austria Süd

Mobilitätsausbau forcieren

Direkt verbunden mit der Entwicklung ländlicher Regionen ist ein gutes Angebot im öffentlichen Verkehr. Das ist wichtig, damit eine Region beliebtes Ausflugsziel und relevanter Arbeits-, Lebens- und Wirtschaftsraum zugleich ist. Derzeit ist das Angebot in Kärnten aber leider sehr dürftig. Hier muss gegensteuert werden, damit Kärnten und seine Gemeinden für die Jugend attraktiver werden. Aber auch für unsere ältere Generation bedeutet ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz die Möglichkeit, sich selbstbestimmt über die Regionsgrenzen hinaus zu bewegen.



Die öffentliche Mobilität in Kärnten muss mit einer bestmöglichen Verkehrsanbindung langfristig gesichert und jedenfalls optimiert werden. Hierfür wird es auf vielen Linien eine Frequenzerhöhung benötigen beziehungsweise einen Ausbau der Haltestellenpunkte. Undenkbar ist, dass Schulen nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden können. Denn das führt einerseits dazu, dass viele (Fach-)Schulen am Land an Attraktivität verlieren, und andererseits, dass sich Familien zur Abwanderung in infrastrukturell besser versorgte Regionen (Ballungszentren) entscheiden. Der unter freiheitlicher Verantwortung im Jahr 2008 erfolgreich eingeführte „Kärnten Takt“, bei dem Nahverkehrszüge zwischen Villach und Klagenfurt im Halbstundentakt verkehren, ist weiter auszubauen.

Auch um Kärnten als Tourismusregion zu positionieren, braucht es ein Verkehrsnetz, das diesen Bedürfnissen entspricht – sei es durch erhöhte Fahrintervalle am Wochenende oder durch Einrichtung von zusätzlichen Wander- und Schibussen. Eine optimale Anbindung an Tourismusgebiete – auch über Landesgrenzen hinweg – kann dafür sorgen, dass sich Kärnten als zukünftiger touristischer Hotspot Österreichs profiliert.

Zusätzlich zum bestehenden öffentlichen Verkehr mit Bahn und Bus wären alternative Bedienungsformen eine sinnvolle Ergänzung, um die Mobilitätsangebote im ländlichen Raum zu verbessern. Leider werden viele mögliche Lösungen durch die derzeitige Gesetzeslage erschwert oder sogar verhindert.

Es ist zum Beispiel völlig unverständlich, warum ein Kleinbus, der Schüler oder Kindergartenkinder befördert, derzeit keine anderen Personen mitnehmen darf. Bereits seit mehreren Jahren bemühen wir uns mit verschiedenen Anträgen im Parlament in Wien sowie im Kärntner Landtag darum, diese und andere Hürden zu beseitigen.

Investitionen in den Sportstandort Kärnten

Kärnten ist ein Land des Sports und muss es auch auf allen Ebenen bleiben. Als Sportstandort hat es nicht nur eine wesentliche Bedeutung für unsere Sportler und alle sportbegeisterten Kärntnerinnen und Kärntner, sondern ebenso für die Wirtschaft und den Tourismus. Deshalb sind neben der Förderung unserer jungen Talente insbesondere Investitionen in den Spitzensport Kärntens enorm wichtig, um international als Sportbühne attraktiv zu bleiben. Jedes internationale sportliche Event, das in Kärnten stattfindet, bedeutet nicht nur ein Plus für das Image Kärntens und touristische Werbung weit über unsere Landesgrenzen hinaus, sondern auch Wertschöpfung, unter anderem in Form von besserer Auslastung für unsere Kärntner Beherbergungsbetriebe.

Um einen Schub für das Sportland Kärnten zu erreichen und gleichzeitig den Tourismus in Kärnten anzukurbeln, ist es unser erklärtes Ziel, wieder als Ausrichtungsstandort für internationale Sportveranstaltungen – wie den Beachvolleyball Grand Slam, Weltcuprennen in Bad Kleinkirchheim oder ATP-Tennisturniere – zur Verfügung stehen zu können.



Hier findet ihr unsere Initiativen & Anträge aus Parlament & Landtag



**UMWELT-
UND ENERGIE-
POLITIK MIT
HAUSVERSTAND
BETREIBEN!**

7



Forderungen:

- » Umwelt- und Energiepolitik mit Hausverstand anstatt Klimahysterie
- » **verstärkte Förderung und Nutzung von vorhandenen alternativen Energien**
- » sozial verträgliche Wahlfreiheit bei Heizsystemen
- » **alternative Antriebsformen fordern und fördern**
- » heimische Rohstoffe fördern
- » keine weiteren Windräder auf unseren Almen
- » **Schutz der intakten Kärntner Natur**
- » Schutz der Almen vor Zerstörung und Verbauung
- » freier Zugang zu den Kärntner Seen

Derzeit vergeht kaum ein Tag, an dem die sogenannte „Klimakrise“ nicht breite mediale Präsenz erhält. Die Medienberichte der letzten Zeit zeichnen immerzu Horrorszenarien und dienen nicht zuletzt als Ausrede für klimapolitische Radikalmaßnahmen. So werden damit einhergehend unter dem Deckmantel „Klimaschutz“ vonseiten der EU und der schwarz-grünen Bundesregierung realitätsferne Maßnahmen vorangetrieben, die unseren über Jahrzehnte erarbeiteten Wohlstand massiv gefährden. Während die Grünen in der Koalition mit Unterstützung der ÖVP ihren Klimafanatismus vor allem mit Verboten und Teuerungen wie der Einführung von CO₂-Steuern ausleben, setzt die FPÖ auf eine nachhaltige und vernünftige Umweltpolitik.

Hausverstand statt Klimahysterie

Die überschießenden Klimaziele der EU und der Bundesregierung lehnen wir Freiheitliche ebenso ab wie eine Politik der Verbote, Strafen und Belastungen. Diese führt nämlich zu Betriebsschließungen und Abwanderungen von Konzernen, wodurch Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verloren gehen. Wir brauchen stattdessen eine starke Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft und dadurch das notwendige Steueraufkommen sicherstellt, damit unser staatliches Gemeinwesen

finanzierbar bleibt. Deshalb muss die Politik gerade in der Krisensituation alles tun, um unseren Standort durch eine attraktive Wirtschafts- und Energiepolitik zu stärken, die sich durch effektive Anreizsysteme und Innovation auszeichnet.

Klar ist, dass wir Klimaveränderungen erleben, und wir auf diese reagieren beziehungsweise uns diesen anpassen müssen. Doch das Verbreiten von Angst und Panik und das Belasten der Menschen wird mehr Schaden als Nutzen anrichten. **Es braucht**

daher eine Umwelt- und Energiepolitik mit Hausverstand anstatt Belastungen und Klimahysterie. Der Einsatz heimischer erneuerbarer Energieformen ist der sicherste Weg zur Erreichung von Umweltschutzziele. Durch den Ausbau von Sonnen-, Wasser- und Bioenergieanlagen sowie durch die Verwendung umweltfreundlicher Kraftstoffe können Ressourcen geschont werden, die Umwelt kann geschützt und darüber hinaus kann ein bedeutender Arbeitsmarkt erschlossen werden. Der nachhaltige Schutz der Kärntner Natur und unserer natürlichen Ressourcen zählt zu den wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre.

Auf Kärntens Stärken bauen

Kärnten ist in erster Linie ein Land der Wasserkraft, Biomasse und Solarenergie. Auf diesen Ressourcen gilt es aufzubauen, um Kärnten vom weltweiten Energiemarkt (auch in Krisenzeiten) unabhängig zu entwickeln. Die Windkraft ist hingegen nur in jenen Bundesländern auszubauen, in denen es aus sozialökologischer und wirtschaftlicher Sicht Sinn ergibt, was in Kärnten nicht der Fall ist. Während in der EU eine besorgniserregende Renaissance der problembehafteten Atomkraft feststellbar ist, und Atomstrom mittlerweile sogar schon als „grüner Strom“ eingestuft wird, werden Gaskraft- und Kohlekraftwerke infrage gestellt. Unsere Energieversorgung muss daher krisensicher auf mehrere Standbeine gestellt werden. Potenziell gefährliche, einseitige Abhängigkeiten müssen vermieden werden. Auch in Bezug auf Heizsysteme sollte eine sozial verträgliche Wahlfreiheit erhalten bleiben.

Kärnten ist ein Wasserkraft-, Sonnenenergie- und Biomasseland. Es gibt viele Möglichkeiten, die Wasserkraftwerke weiter zu optimieren. Ebenso sind Photovoltaik- und Biomasseprojekte sinnvolle Ergänzungen und sollten dort, wo die Voraussetzungen gegeben sind, ausgebaut werden. Kärnten zählt derzeit noch zu den Bundesländern



mit den geringsten Aufwendungen für Photovoltaik. Dieser Umstand muss dringend geändert werden. **Als Hemmschuh für den im Sinne des Klimaschutzes wünschenswerten Ausbau erweist sich die Photovoltaikverordnung, die praxisgerecht reformiert werden muss.** Weiters sollte bei der Förderung von Photovoltaikanlagen auch auf die Speicherung der gewonnenen Energie geachtet werden, um Haushalte und Unternehmen energieautark zu machen. Die Wetterabhängigkeit bei erneuerbaren Energien sorgt für schwankende Stromgewinnung. Eine ausgewogene und stabile Energiegewinnung sowie Investitionen in den Netzausbau sind daher eine unumgängliche, dauerhafte Notwendigkeit. Außerdem muss sich die Landesregierung weiter dafür einsetzen, dass genutzte Biomasse aus den heimischen Wäldern auch zukünftig vollumfänglich als erneuerbarer Energieträger anerkannt und auch weiterhin ein Ausbau dieser Energieform zur Gänze gefördert wird – wie es die Freiheitliche Bauernschaft in Kärnten fordert.

In der Energiestrategie der Landesregierung spielt die verstärkte Nutzung von Biogas, das bei der Methangärung entsteht, derzeit keine Rolle. **Biogas könnte die Abhängigkeit von importiertem Gas, die derzeit allen schmerzhaft bewusst wird, reduzieren.** Das mögliche Potenzial in Kärnten muss daher so rasch wie möglich geprüft werden. Der Preis von Erdgas wird dauerhaft teuer bleiben, sodass eine Produktion von Biogas in Kärnten heute besser darstellbar ist als bisher.

Der Einsatz moderner und alternativer Energien muss in Zukunft auch im sozialen Wohnbau des Landes eine wichtigere Rolle als bisher spielen. Gerade bei der Sanierung



von in die Jahre gekommenen Wohnanlagen in den Gemeinden muss verstärkt auf das Energiesparen geachtet werden. Außerdem ist die Krisenvorsorge in Kärnten zu verbessern, indem in der Bauordnung wieder verankert wird, dass Wohnhäuser mit einem Vorsorgekamin („Notkamin“) auszustatten sind, und indem das in den Richtlinien der Wohnbauförderung fixierte Verbot von Zusatzöfen in sanierten Häusern und Wohnungen wieder abgeschafft wird. Ein entsprechender Antrag der FPÖ wurde mittlerweile im Landtag von allen Parteien einstimmig beschlossen, bei der Umsetzung ist die SPÖ leider nach wie vor säumig.

Bis 2015 war es Pflicht, dass jede Wohnung einen Anschluss an eine Abgasanlage haben muss. Man wusste, dass es lebensnotwendig sein kann, seine Wohnung im Bedarfsfall mittels eines solchen Vorsorgekamins beheizen und eine warme Speise zubereiten zu können. Doch diese Bestimmung in der Kärntner Bauordnung wurde 2015 von SPÖ und ÖVP gestrichen. Mittlerweile sind zehntausende Kärntner ohne Chance, bei Ausfall ihrer Zentralheizung oder des Stroms kochen und heizen zu können – ein untragbarer Zustand, der umgehend korrigiert gehört.

Alternative Antriebsformen fordern und fördern

Im Zusammenhang mit der Energieversorgung ist der von der schwarz-grünen Bundesregierung exzessiv forcierte Ausbau der E-Mobilität zu hinterfragen. Ein kompromissloser Umstieg auf E-Mobilität – wie von der Umweltministerin gefordert – würde einen derart hohen Strombedarf mit sich bringen, dass wir unser Land mit Windradparks und Photovoltaikanlagen zapflastern müssten. Abgesehen davon müsste ein

massiver Netzausbau damit einhergehen. Dieser Netzausbau würde sich im Preis für den Endverbraucher niederschlagen, was in Zeiten der aktuell vorherrschenden Teuerung strikt abzulehnen ist.

Um der steigenden Mobilität und dem damit verbundenen Rohstoff- und Energiebedarf gerecht zu werden, bedarf es stattdessen zunehmender Forschung und Förderung im Bereich synthetischer Treibstoffe und Wasserstoff. Die weitere Erforschung und Entwicklung bei alternativen Kraftstoffen wie Wasserstoff und E-Fuels sowie die damit verbundenen Investitionen müssten unbedingt fortgesetzt werden. Mit solchen Technologien würden sich die abzeichnenden Probleme herkömmlicher Antriebe wie Umweltbelastung oder Erschöpfung fossiler Treibstoffquellen (Erdöl) lösen lassen. Das bedeutet, dass eine Umstellung auf alternative Antriebe der Grundstein für eine Energiewende im Verkehr ist.

E-Fuels beispielsweise stellt man mithilfe von Strom aus erneuerbaren Energien und CO₂ her. Dabei gewinnt man den Antriebsstrom aus Sonne, Wind oder Wasser und kombiniert dies mit Kohlenstoffdioxid. E-Fuels sind auf einfachem Weg zu speichern und weisen eine enorm hohe Energiedichte auf. Zudem sind sie umwelt- und klimaschonend, da die Ausgangsressourcen theoretisch unendlich verfügbar sind. Sie lassen sich außerdem einfach innerhalb kürzester Zeit auf verschiedene Weise einsetzen, auch in normalen Benzin- und Diesel-Autos. Beim Wasserstoffantrieb wiederum entstehen keine Schadstoffe am Auspuff, und die Leistung lässt sich mit jenen von E-Autos vergleichen. Der Vorteil gegenüber den E-Autos liegt in einer erheblichen Zeitersparnis beim Tanken, da es viel schneller über die Bühne geht als das Strombetanken. Und: Der einzige Rohstoff, der benötigt wird, ist Wasser.

Diese innovativen Bereiche müssen weiter gefördert und die dazu benötigte Infrastruktur muss ausgebaut werden!

Abhängigkeiten durch heimische Rohstoffe reduzieren

Um die Energiewende herbeizuführen, braucht es vermehrt Rohstoffe. Damit uns dieser Bedarf nicht in weitere Abhängigkeiten führt, müssen verstärkt heimische Ressourcen genutzt werden, wie etwa Lithium, das erfolgreich in Wolfsberg abgebaut werden kann. Außerdem müssen die heimischen Rohstoffreserven gesichert werden.

Wenn nämlich der Wirtschaftsstandort Österreich attraktiv und wettbewerbsfähig bleiben will, dann ist zu vermeiden, dass durch überzogene Umwelt- beziehungsweise Klimaschutzbestimmungen österreichische Unternehmen im internationalen Vergleich nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Dies führt zur Auslagerung von Produktionsstätten und zum Warenimport aus Ländern, deren Umweltschutzbestimmungen teilweise deutlich unter dem liegen, was in Österreich bereits heute Standard ist. Außerdem hat der Krieg

in der Ukraine – mit den die europäische und heimische Wirtschaft ebenfalls massiv und nachhaltig schadenden Sanktionen – offengelegt, welche Versorgungsrisiken, Abhängigkeiten und damit negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung damit einhergehen.

Die Abhängigkeiten Österreichs haben sich insbesondere mit der Einführung der „grünen Technologien“ stark erhöht. Bei wichtigen Industriemetallen, die etwa für die Herstellung von E-Autobatterien, Windrädern, Photovoltaikanlagen oder elektronischen Bauteilen notwendig sind, besitzen die 27 EU-Mitgliedstaaten kaum eigene Wertschöpfungsanteile. Insbesondere bei Lithium, Kobalt, Nickel und Kupfer könnte Europa aufgrund globaler Versorgungsgänge bald Probleme bekommen. Während es in Deutschland bereits ein zentrales Kompetenzzentrum für die Rohstoffversorgung in Form der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) gibt, fehlt es in Österreich weiterhin an geeigneten Strukturen und Einrichtungen für ein strategisches Rohstoffmanagement im Sinne der Versorgungssicherheit für die nächsten Jahre. Einen entsprechenden Antrag hat unser Spitzenkandidat Erwin Angerer im Parlament bereits eingebracht. Im Sinne einer nachhaltigen Rohstoffversorgung in Österreich und damit einer Reduktion der Abhängigkeit Österreichs besteht hier dringender Handlungsbedarf.

Dort, wo es heimische Rohstoffe gibt, müssen diese auch genutzt werden. Ein Paradebeispiel für die effektive Nutzung heimischer Ressourcen ist das Lithium-Projekt in Wolfsberg. Lithium wurde bisher vor allem aus Australien und Südamerika bezogen. In Zukunft könnte das für die Elektromobilität unerlässliche Metall aber auch aus dem Lavanttal kommen. Ein privates Unternehmen möchte den Aufbau einer europäischen Batterielieferkette vorantreiben. Europa könnte dann unabhängig von anderen Regionen agieren – die aktuelle Energiekrise zeigt den Bedarf auf. Der Betrieb arbeitet an der Finalisierung der endgültigen Machbarkeitsstudie

Wir brauchen eine nachhaltige Rohstoffversorgung in Österreich, damit eine Reduktion der Abhängigkeit Österreichs gesichert werden kann.

Erwin Angerer
Landesspitzenkandidat



mit einer detaillierten Planung des Abbaus im bereits bestehenden Bergwerk. Zudem steht das Unternehmen in engem Kontakt mit möglichen Abnehmern. Derartige Wege sollten in Zukunft verstärkt beschritten werden.

Naturschutz mit Herz und Hirn

Kärntens einzigartige Naturlandschaft mit seiner außerordentlichen Tier- und Pflanzenwelt gilt es für nachfolgende Generationen zu schützen. Der nachhaltige Schutz der Kärntner Natur und unserer natürlichen Ressourcen zählt zu den wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre. **Für die FPÖ hat der Schutz der Natur, die Bewahrung der Lebensräume vieler Wildtiere und der Erhalt unserer Artenvielfalt oberste Priorität, denn Naturschutz ist gelebter Heimatschutz.**

Der Nationalpark Hohe Tauern, der Biosphärenpark Nockberge und der Naturpark Dobratsch sind perfekte Beispiele dafür, wie man einzigartige Ökosysteme schützen, erforschen und das Wissen an die nächsten Generationen weitergeben kann. Sie alle tragen eine starke freiheitliche Handschrift, denn in der Vergangenheit haben sich die Naturschutzreferenten der FPÖ stets für diese Projekte stark gemacht und sie gefördert.

Ein besonderes Naturjuwel ist der Nationalpark Hohe Tauern, der zu den großartigsten Hochgebirgslandschaften der Erde gehört. Die Höhenstufen von den Tälern bis zu den Gipfelregionen der Dreitausender stehen für einen außergewöhnlichen Artenreichtum. Hier leben viele einzigartige Pflanzen und Wildtiere. Solche unberührten Landschaften müssen weiterhin streng geschützt werden.

Schutz der Almen sicherstellen

Unsere Almen sind die natürlichen und kulturellen Schätze Kärntens. Sie zu erhalten,

indem wir sie vor einer unkontrollierten Verbauung durch Windräder schützen und eine Zerstörung der Almwirtschaft durch den Wolf verhindern, muss uns ein Anliegen sein.

Leider sind Kärntens einzigartige Almen zunehmend bedroht. Es gibt Pläne, die Zahl der Windräder massiv auszubauen und dadurch unsere einzigartige Naturlandschaft zu zerstören. Es gibt Bestrebungen, neue Windräder auf Kärntens Bergen und Almen aufzustellen – mit verheerenden Auswirkungen auf die Almwirtschaft sowie die Freizeit- und Tourismuswirtschaft. Denn die Almen sind sowohl in ihrer landwirtschaftlichen Funktion als Futtergrundlage für Nutztiere als auch im Sinne ihrer Erholungsfunktion von größter Bedeutung.

Die FPÖ Kärnten ist die einzige Partei, die hier klar Position bezieht. Wir sagen: **Wir brauchen keine weiteren Windräder in Kärnten. Windkraftanlagen sollen nur in jenen Bundesländern ausgebaut werden, in denen es aus sozialökologischer und wirtschaftlicher Sicht Sinn ergibt.** Kärnten hingegen ist Stromexporteur und derzeit schon sehr stark im Bereich erneuerbarer Energie. Es besteht daher kein Bedarf, unsere schöne Landschaft mit weiteren Windrädern zu verschandeln. Außerdem geht es beim Bau von Windrädern auf unseren Bergen nicht nur um die Windräder an sich, sondern auch um die gesamte Infrastruktur, die geschaffen werden muss, um sie in entlegenen Gebieten aufzustellen. Unsere noch erhaltene Kärntner Berglandschaft würde durch weitere Windräder samt neuer Transportstraßen und Stromableitungen unwiederbringlich zerstört werden!

Die FPÖ Kärnten fordert daher die Verankerung des Schutzes unserer Almen vor Zerstörung und Verbauung in der Kärntner Landesverfassung. Dazu hat die FPÖ Kärnten 2022 einen Antrag im Landtag eingebracht, der bisher von SPÖ und ÖVP nicht umgesetzt wurde und sich noch

immer (Stand: Dezember 2022) unbehandelt im Ausschuss befindet. Außerdem hat die FPÖ eine Petition zum „Schutz der Almen“ gestartet, die von tausenden Kärntner Bürgern unterstützt wurde.

Dieser Schutz unserer Almen vor der Verbauung umfasst neben den Windrädern auch die Chaletdörfer. **Wir möchten den Ausverkauf unserer Heimat verhindern und vor allem neuen Zweitwohnsitzprojekten einen Riegel vorschieben.** Unberührte Naturteile sollen geschützt und keine neuen Gebiete aufgeschlossen werden – entsprechend den umweltpolitischen Zielen des Landes Kärnten. Es muss aber auch weiterhin eine touristische und wirtschaftliche Nutzung und Entwicklung möglich sein, der die FPÖ nicht im Weg stehen wird. Dazu gibt es entsprechende umwelttechnische, forst-, wasser- und baurechtliche Verfahren, die ohnehin durchlaufen werden müssen und die den Schutz der Gebiete sicherstellen.

Bundes- und Landesregierung müssen endlich handeln. Die FPÖ warnt seit Jahren vor der Gefahr, die von den Wölfen ausgeht, und fordert ein wolfsfreies Kärnten!“

Maximilian Linder
Kandidat für den
Kärntner Landtag



Schutz der Kultur- und Almwirtschaft vor dem Wolf

Zu einer der größten Herausforderungen für die heimische Landwirtschaft hat sich die Wolfsproblematik entwickelt. Die Anzahl der Wölfe und damit einhergehend der Wolfsrisse an Nutztieren ist 2022 regelrecht explodiert. Mittelfristig wird durch die Wolfswanderungen die gesamte Landwirtschaft im Alpenraum in ihrer Existenz bedroht. 123 Wolfsrisse gab es 2021, 2022 wurden allein bis zum Sommer über 300 Nutztiere von Wölfen getötet. Die Situation wird immer dramatischer, da sich Wölfe zunehmend in Siedlungsgebieten aufhalten und somit nicht nur Almwirtschaft und Weidetiere gefährden, sondern auch für Menschen eine unmittelbare Gefahr darstellen.

Die zuletzt geschaffene Wolfsverordnung von ÖVP-Landesrat Martin Gruber ist lediglich ein gutgemeintes Instrument, geht aber völlig an der Realität vorbei. Derzeit gibt es mittlerweile allein im Bezirk Spittal knapp zehn Wölfe, eine Rudelbildung ist bereits bestätigt. Dasselbe gilt für das Gailtal. Trotz der immer größer werdenden Wolfspopulation dürfen Jäger nach der aktuellen Rechtslage Wölfe in Kärnten nur dann bejagen, wenn sie nachweisen können, dass es sich um sogenannte „Problemwölfe“ handelt. Das führt dazu, dass Jäger Gefahr laufen, bei Fehlabschüssen mit Haftungsfragen konfrontiert zu werden. Zudem dürfen Wölfe nur im Umkreis von 200 Metern im Siedlungsbereich und auf Weiden erlegt werden. Diese Regelung ist unpraktikabel. Es braucht daher dringend einen rechtlichen Rahmen, der auch tatsächlich umsetzbar ist, damit auch weiterhin eine wirtschaftliche, touristische und gesellschaftliche Nutzung der Almen, wie wir sie bisher kannten, möglich sein wird.



Die FPÖ Kärnten hat dazu einen Forderungskatalog erarbeitet. Dieser umfasst unter anderem die Initiierung eines umfassenden Wolfsmanagements. Außerdem fordert die FPÖ Kärnten die Senkung des Schutzstatus des Wolfes auf EU-Ebene und die Kennzeichnung des Wolfes als bejagbares Wild. Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer – einberufen durch die FPÖ – hat 2021 bereits einstimmig eine Resolution zur Entnahme von Problemwölfen in Weideschutzgebieten verabschiedet und eine Gesetzesänderung im Landtag gefordert. Bei einer geschätzten Population von 40.000 Wölfen in Europa ist es nicht mehr nachvollziehbar, warum Wölfen ein derart hoher Schutzstatus eingeräumt wird.

Die unkontrollierte Ausbreitung des Wolfes muss verhindert werden. Der Wolf hat weder auf den bewirtschafteten Almen noch in unseren Siedlungsgebieten etwas zu suchen, denn er wird dort zur Gefahr für Mensch und Tier. Dieser Realität muss auch die rot-schwarze Landesregierung endlich ins Auge sehen. **Die FPÖ Kärnten tritt jedenfalls angesichts der massiv steigenden Wolfsrisse für ein wolfsfreies Kärnten ein!**

Freier Zugang zu unseren Kärntner Seen

Der freie Seezugang wird in Kärnten bald zur Seltenheit. Denn immer mehr Seeufer sind nicht zugänglich, weil sie sich in Privatbesitz – oftmals in jenem von reichen oder superreichen Ausländern – befinden. Ein extremes Negativbeispiel für das Verschern von Seeufern ist der Wörthersee: Dort sind 82 Prozent des Sees in Privatbesitz und nur neun Prozent öffentlich zugänglich. Die letzten verbliebenen freien Flächen sind somit heiß begehrt.

12.000 Menschen haben vor zwei Jahren das sogenannte „Seenvolksbegehren“ unterschrieben. Mit dem Volksbegehren wollten die Initiatoren unter anderem erreichen, dass ein Verkaufsverbot und ein Neubauverbot für die im Besitz des Landes Kärnten und seiner Gemeinden befindlichen Seeufergrundstücke umgesetzt werden. Nachdem das Seenvolksbegehren große Zustimmung erhalten hat, sprachen sich die im Kärntner Landtag vertretenen Parteien für die Umsetzung der zentralen Punkte des Seenvolksbegehrens aus. So wurde vonseiten des Landtages 2021 beschlossen, dass das Land Kärnten in der Kärntner Landesverfassung in Form einer Staatszielbestimmung ein klares Bekenntnis zum Erhalt aller Seegrundstücke abgeben soll, die sich im Besitz des Landes oder im Besitz von landeseigenen Gesellschaften befinden.

Leider wurde dies bisher noch nicht umgesetzt. Derzeit ist es nämlich immer noch möglich, dass Seegrundstücke des Landes mit einem einfachen Beschluss der Landesregierung veräußert werden können. **Um die wenigen noch im Eigentum des Landes Kärnten befindlichen öffentlichen Seegrundstücke zu sichern, müssen neue rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden:** Ein Verkauf von Seegrundstücken, die sich im Eigentum des Landes Kärnten befinden, soll nur nach vorheriger Zustimmung des Kärntner Landtages mit Zweidrittelmehrheit erfolgen dürfen. Dieses Verfassungsquorum würde einen starken Schutz unserer Seegrundstücke bedeuten.



Hier findet ihr unsere Initiativen & Anträge aus Parlament & Landtag



**ARBEIT MUSS SICH
WIEDER LOHNEN!**

8



Forderungen:

- » **effektive Maßnahmen gegen den Lehrlings- und Fachkräftemangel**
- » Entlastungspaket für die Kärntner Wirtschaft
- » Reduktion von Vorschriften und des Bürokratiedschungels
- » **Senkung der Lohnnebenkosten: „mehr Netto vom Brutto“**
- » Rechtssicherheit für Dorfläden
- » Abschaffung der Mehrfach-Pflichtmitgliedschaften in der Wirtschaftskammer Österreich (WKO)
- » Erhöhung des Kilometergeldes und der Pendlerpauschale
- » Aufwertung der Lehre
- » **Einführung einer Lehrabschlussprämie in Höhe von 10.000 Euro**
- » flexiblere Zuverdienstmöglichkeiten ohne finanzielle Nachteile
- » **„Aktion 60+“**

Die Wirtschaft Österreichs leidet seit Jahren unter einem starken Fachkräftemangel und kämpft händierend um jeden Mitarbeiter. Eine Stabilisierung und Besserung der Situation ist derzeit nicht in Sicht, und betrachten wir die demografische Entwicklung Kärntens, so dürfte sich die Situation künftig weiter zuspitzen. Um dem entgegenzuwirken, bedarf es umgehender, zielgerichteter Maßnahmen, die jungen Menschen einen Anreiz bieten, im südlichsten Bundesland Österreichs zu bleiben und dort auch ihre berufliche Erfüllung zu finden.

Entlastungspaket für die Kärntner Wirtschaft

Laut einer Studie der Statistik Austria von 2019 wird ganz Österreich in den nächsten Jahren wachsen, bis auf Kärnten. Als einziges Bundesland wird es Einwohner verlieren, wobei es besonders vom sogenannten „Brain Drain“ – dem Verlust von qualifizierten Arbeitskräften – betroffen ist. Jeder Zweite, der Kärnten zwischen 2003 und 2012 verlassen hat, hat eine Universität, Fachhochschule oder Pädagogische Hochschule abgeschlossen. Der Anteil

junger Menschen von 15 bis 29 Jahre wird um 12 Prozent sinken und der Anteil junger Frauen verringert sich bis 2050 um 14,7 Prozent. Über 80 Prozent der „Auswanderer“ verlassen Kärnten zwischen 15 und 34 Jahren. Hauptgründe sind die mangelnden Ausbildungsmöglichkeiten sowie das Fehlen von ausreichenden und gut bezahlten Arbeitsplätzen.

Es gilt, junge Menschen und dabei besonders junge Frauen in Kärnten zu halten, ihnen eine berufliche und familiäre Perspektive sowie eine finanzielle Absicherung

zu bieten. Damit geht die Notwendigkeit einer modernen Infrastruktur, ausreichender ärztlicher Versorgung, umfassender Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote, leistbaren Wohnens und attraktiver Arbeitsplätze einher.

Für attraktive Arbeitsplätze mit entsprechenden Verdienstmöglichkeiten braucht es Unternehmen, die in Kärnten angesiedelt sind und wachsen können, sowie neue Betriebe, die es an den Wirtschaftsstandort Kärnten zieht. Stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind dafür ebenso eine Voraussetzung wie die Unterstützung von Unternehmen und Lehrbetrieben, indem man die ausufernden Vorschriften reduziert und die Bürokratieberge abbaut. Zudem muss die Facharbeit an sich aufgewertet werden, indem die Lohnnebenkosten sinken. **Mehr Netto vom Brutto ist das Ziel – denn Leistung muss sich wieder lohnen!**

Rechtssicherheit für Dorfläden

Die Stärkung und der Ausbau der Selbstvermarktung sind seit vielen Jahren ein heiß diskutiertes Thema. Landwirtschaftlich geführte Betriebe setzen vermehrt auf Investitionen in Hofläden oder Direktvermarktung – besonders auch seit Beginn der Coronakrise. Die Idee hinter einem Dorfladen beziehungsweise einer Dorfspeis ist es, regionale Wertschöpfung zu fördern und zu unterstützen.

Die Existenz und Neuerrichtung von Dorfläden sind aber durch gesetzliche Missstände und Rechtsunsicherheit bedroht, wie eine Petition (37/PET) der Vorstandsmitglieder des „Vereins Dorfleben“ in Neidling vom 14. September 2020 schon zeigte. Der örtliche Dorfladen in Neidling stand aufgrund rechtlicher Probleme und Missstände bereits mehrmals kurz vor der Schließung. Konkret geht es dabei um bestehende Gesetze, wie die Gewerbeordnung und das Öffnungszeitengesetz beziehungsweise auf Grundlage des Öff-



nungszeitengesetzes erlassene Verordnungen durch die Landeshauptmänner, die nicht mehr zeitgemäß sind und bis dato wenig Rücksicht auf nachteilige Entwicklungen im ländlichen Raum und auf die pandemiebedingten Folgen nehmen.

Wir müssen umgehend gesetzliche Änderungen forcieren, um neue innovative Konzepte der Nahversorgung in den Gemeinden im ländlichen Raum zu ermöglichen. Aber nicht nur in Kärnten braucht es hier Änderungen, sondern in ganz Österreich. Daher haben wir im Parlament den Antrag „Sicherstellung des Betriebs von Dorfläden zur Rettung der Nahversorgung durch Änderung der Gewerbeordnung“ bereits mehrfach eingebracht. ÖVP und Grüne haben sich aber geschlossen gegen den Antrag gestellt, obwohl die selbsternannte „Bauernpartei“ ÖVP ebenfalls eine Petition im Parlament zur Änderung der Gewerbeordnung gestartet hat. Damit geht das scheinheilige Doppelspiel der ÖVP leider weiter und wird konsequent auf dem Rücken unserer Bauern und Direktvermarkter ausgetragen. Trotzdem werden wir weiterhin für eine Änderung der Gewerbeordnung eintreten, denn solche Dorfläden sind für viele Landwirte eine gute Möglichkeit, ihr Einkommen aufzubessern. Und das ist dringend notwendig, denn das durchschnittliche Einkommen von Landwirten hierzulande ist vielfach bereits unter der Mindestsicherung. Sie brauchen daher endlich ein Umfeld und



eine Gesetzeslage, in der sie eigenständig, erfolgreich und resilient arbeiten können.

Abschaffung der Mehrfach-Pflichtmitgliedschaften in der WKO

Die enorme und ständig steigende Teuerung hat nicht nur direkt, sondern auch indirekt Auswirkungen auf die Wirtschaftstreibenden und Unternehmer dieses Landes, die als Mitglieder der Wirtschaftskammern Zwangsbeiträge abliefern müssen. Durch die Teuerungen erhöhen sich nämlich die der Berechnung der Kammerumlagen zugrunde liegenden Bemessungsgrundlagen, die unter anderem auf der dem Kammermitglied in Rechnung gestellten Umsatzsteuer (KU1) beziehungsweise der Lohnsumme (KU2) beruhen.

Somit erhöhen sich mit jeder Teuerung auch die den Kammermitgliedern in Rechnung gestellten Kammerbeiträge. Dies führt für die Unternehmer, zusätzlich zu den derzeit bestehenden wirtschaftlichen Unsicherheiten, zu steigenden finanziellen Belastungen. Im Umkehrschluss bedeutet das auch, dass neben dem Finanzminister insbesondere die Wirtschaftskammer in Österreich an der derzeit enormen Teuerung und Inflation verdient und zu den Krisengewinnern zählt.

Hinzu kommt, dass viele Unternehmer zu Mehrfachmitgliedschaften verpflichtet sind: Gemäß § 123 Abs. 7 Wirtschaftskammergesetz ist die Grundumlage für die Mitgliedschaft je Fachgruppe (Fachverband) zu entrichten. Dies gilt auch, wenn die Mitgliedschaft zu mehreren Fachgruppen

(Fachverbänden) durch nur eine Berechtigung begründet ist.

Die jüngsten Daten der Mitgliederstatistik 2021 der Wirtschaftskammer Österreich zeigen, dass es auf Ebene der Fachgruppen um 29,6 Prozent mehr Fachgruppenmitglieder als Kammermitglieder gibt. 39 Prozent aller Kammermitglieder gehören mehr als einer Fachgruppe an. 27,3 Prozent aller Kammermitglieder sind sogar drei oder mehr Fachgruppen zuzurechnen.

Die FPÖ fordert daher weiterhin die gänzliche Beseitigung der nicht akzeptablen Mehrfach-Pflichtmitgliedschaften zu den Fachgruppen beziehungsweise Fachverbänden. Der jüngste parlamentarische Antrag dazu wurde im November 2022 von FPÖ-Spitzenkandidat Erwin Angerer eingebracht. Darin wurde auch gefordert, dass die Wirtschaftskammer Österreich auf die infolge der Teuerung steigenden Kammerbeiträge verzichtet beziehungsweise diese an die Zwangsmitglieder zurückzahlt. Dieser Antrag wurde im Parlament von ÖVP und Grünen abgelehnt.

Mehr Netto vom Brutto

Die Aufgabe des Staates ist es, insbesondere in Krisensituationen regulierend in den Markt einzugreifen, um eine wirtschaftliche und soziale Ausgewogenheit zu schaffen. Es kann nicht sein, dass sich die Menschen das Leben nicht mehr leisten können, während Strom- und Energiekonzerne das x-Fache an „Zufallsgewinnen“ abkassieren. Die fleißigen Arbeitnehmer und Unternehmer – insbesondere die überwiegenden Klein- und Mittelbetriebe in Kärnten – sind das Rückgrat unserer funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft. Sie müssen unterstützt und entlastet werden, damit einerseits den Arbeitnehmern mehr Geld im Börserl bleibt, und andererseits die Unternehmer finanzielle Mittel übrig haben, um erfolgreich arbeiten und wirtschaften zu können. **Die FPÖ setzt sich deshalb für eine angemessene Erhöhung des Kilometergeldes beziehungsweise der Pendlerpauschale sowie eine effektive Reduktion der Lohnnebenkosten ein.**

Einführung einer Lehrabschlussprämie

Lehrlinge und Facharbeiter sind ein unverzichtbarer Teil unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Um der Abwanderung der Jugend und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, braucht die Lehre ein besseres Image und einen höheren Stellenwert im Bildungsbereich. **Es muss für junge Leute wieder erstrebenswert sein, eine Lehre zu beginnen und sich zu einem Facharbeiter ausbilden zu lassen.**

Neben der Kostenübernahme für die Meisterprüfungen schlägt die FPÖ dazu die Einführung einer Lehrabschlussprämie vor, um Lehrlinge beim Start in ihre private und berufliche Zukunft zu unterstützen. Die Prämie in Höhe von 10.000 Euro wird nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung ausbezahlt – 5.000 Euro davon in bar und 5.000 Euro in Form eines Bildungsschecks zur persönlichen Weiterbildung.

Der Antrag zur Einführung einer Lehrabschlussprämie wurde bereits mehrfach im



Parlament eingebracht. Während auch SPÖ und NEOS für den FPÖ-Antrag stimmten, lehnte die Mehrheit von ÖVP und Grünen die Initiative gegen den Fachkräftemangel ab.

Flexiblere Zuverdienstmöglichkeiten ohne finanzielle Nachteile

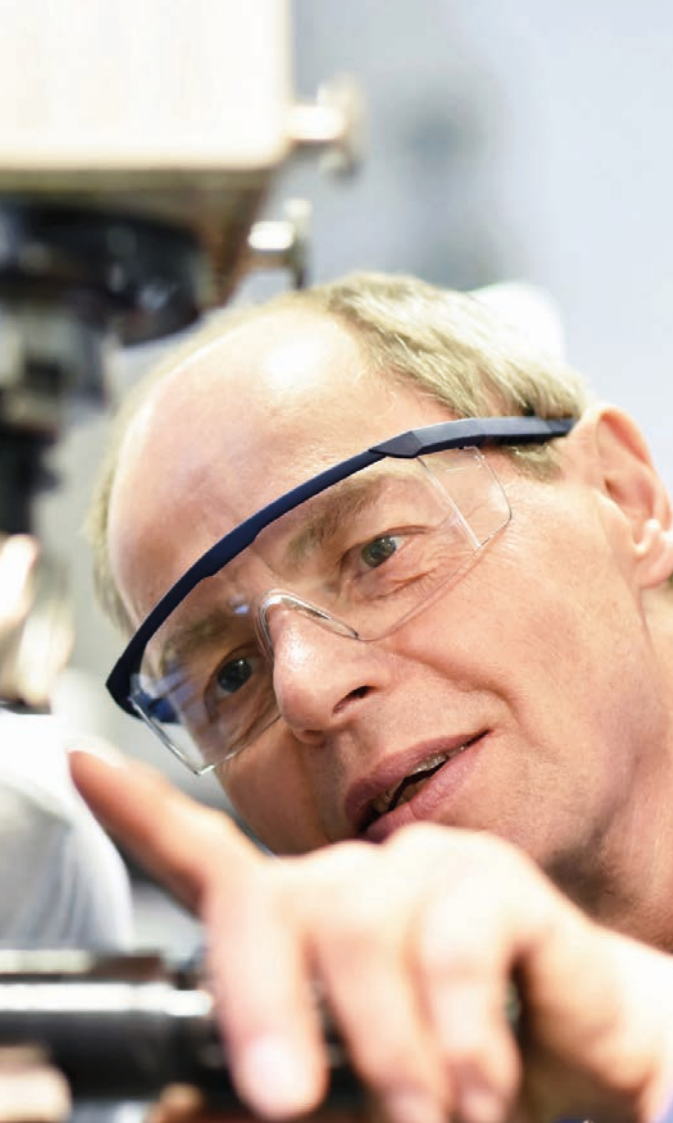
Nicht selten hört man in Kärnten den Satz: „Wer bei uns zu viel arbeitet, wird bestraft.“ Verübeln kann man es niemandem, denn leider steckt ein durchaus beträchtlicher Funke Wahrheit dahinter. Eine überbordende Bürokratie und immense steuerliche Abgaben kommen nämlich bei Überstunden oder Zuverdiensten zum Tragen.

In Wahrheit muss sich Arbeit aber wieder lohnen, und Leistung – insbesondere Mehrleistung – sollte entsprechend honoriert werden. Dementsprechend machen sich die Freiheitlichen dafür stark, dass jeder, der mehr leisten möchte, dies auch kann, ohne finanziell bestraft zu werden. Das würde uns auch in der Problematik des Arbeitskräftemangels entschieden weiterbringen,

**Investieren wir
in unsere Jugend,
dann investieren
wir auch in
unsere Zukunft!**

Michael Reiner
Kandidat für den
Kärntner Landtag





mer bestehen sowie in der Beseitigung aller bürokratischen und finanziellen Hürden und Vorschriften, um nach dem Pensionsantritt eine eingeschränkte berufliche Tätigkeit ausüben zu können. **Pensionisten, die trotz Ruhestand einer zusätzlichen beruflichen Tätigkeit nachgehen wollen, sollen dies ohne finanzielle Einbußen (Abschläge, Steuernachzahlung) tun können.** So könnte vor allem in Wirtschaftsbranchen, in denen dringend qualifiziertes Personal gesucht wird, die Expertise und Erfahrung von Pensionisten in den Arbeitsmarkt zurückgeholt werden. Auf Bundesebene wurde diesbezüglich bereits der FPÖ-Antrag „Aktion 60+“ eingebracht.

für die ÖVP-nahe Wirtschaftskreise lediglich ein einziges Modell haben: nämlich die ungezügelte Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für Drittstaatsangehörige und Asylwerber beziehungsweise illegale Zuwanderer. Gleichzeitig vergisst man auf das wachsende Potenzial einer aktiven Generation 60 plus, die trotz Pensionsantritts noch einen gewissen Teil ihres Zeitbudgets für die Ausübung einer Beschäftigung einsetzen möchte.

Eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit nach dem Pensionsantritt ist aber mit einer Fülle von bürokratischen und auch finanziellen Hürden verbunden, die es sowohl den Wirtschaftsbetrieben als auch den potenziell zu aktivierenden Pensionisten verleiden, neuerlich ins Berufsleben einzusteigen und ihre Erfahrungen und Kenntnisse der Gesellschaft und Wirtschaft aktiv und gegen ein angemessenes Entgelt zur Verfügung zu stellen. Die Förderung von Wiedereinsteigern nach dem Pensionsantritt könnte dieses Problem aus der Welt schaffen. Diese soll insbesondere in einer Reduktion beziehungsweise einem Ausgleich der Lohnnebenkosten für Arbeitgeber und Arbeitneh-

**Mit
motivierten
Lehrlingen und
qualifizierten
Facharbeitern machen
wir Österreichs
Wirtschaft
zukunftsfit!**

Manfred Mischelin
Kandidat für den
Kärntner Landtag



Hier findet ihr
unsere Initiativen
& Anträge
aus Parlament
& Landtag

An aerial photograph of a valley in Carinthia, Austria, featuring a large lake in the foreground, a town in the middle ground, and mountains in the background under a warm, golden sunset sky. A blue geometric shape is overlaid on the top left corner.

DEN LEBENSRAUM KÄRNTEN WEITER- ENTWICKELN!

9



Forderungen:

- » **Stopp der Abwanderung durch zukunftsgerichtete Projekte**
- » **Dezentralisierung und Stärkung der ländlichen Regionen**
- » Schaffung interkommunaler Wirtschaftsräume, um Stärken und Synergien zu nutzen
- » Einrichtung einer Projektentwicklungsgesellschaft (R-PEG) zur regionalen Weiterentwicklung Kärntens
- » Raumordnung neu denken
- » strategische Grundstückssicherung forcieren
- » kein weiterer Ausverkauf der öffentlichen Grundstücke und Wirtschaftsflächen in Kärnten
- » **unseren Bauern Zukunft geben, indem Leistungen gerecht abgegolten werden**
- » Schaffung von klaren Rahmenbedingungen, fairen Wettbewerbsbedingungen, „lebensfähigen Preisen“ und Rechtssicherheit für unsere Bauern
- » weg von der Massentierhaltung hin zu einem naturnahen, respektvollen Umgang mit unseren Tieren
- » lückenlose Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln
- » strukturelle und personelle Probleme des veterinärmedizinischen Notdienstes beseitigen

Laut Berechnungen der Statistik Austria von 2019 wird ganz Österreich künftig wachsen – bis auf Kärnten. Als einziges Bundesland ist es von einem besonders starken Bevölkerungsrückgang betroffen. Vor allem junge Menschen und auch sehr viele Kärntnerinnen verlassen unser Bundesland, um ihre schulische und berufliche Zukunft in anderen Bundesländern oder im Ausland zu finden. Die Auswirkungen des demografischen Wandels in Kärnten werden die Situation hinsichtlich Fachkräftemangel, Generationengerechtigkeit, Erwerbsmöglichkeiten und Unternehmensentwicklungen weiter verschärfen. Das oberste Ziel muss es daher sein, nachhaltige Handlungsansätze auf Landesebene unter Einbeziehung regionaler und kommunaler Akteure zu verfolgen. Es braucht eine optimale „Daseinsversorgung“ für all jene, die in unseren Landregionen leben, und es muss für unsere Jugend und die Abgewanderten ein Anreizsystem geschaffen werden, das sie wieder zurück nach Hause bringt.

Abwanderung stoppen

Die rot-schwarze Politik hat in den letzten Jahren zu einer weiteren Ausdünnung der ländlichen Regionen geführt. Der zentralistischen Politik von SPÖ und ÖVP ist es zu verdanken, dass sich jene Menschen, die sich dazu entschließen, in Kärnten zu bleiben, ausschließlich im Zentralraum Villach und Klagenfurt zusammenfinden werden. Besonders alarmierend ist, dass die rot-schwarze Landesregierung nicht nur tatenlos zusieht, wie Abwanderungsprozesse und damit einhergehende demografische Entwicklungen Kärnten an den Abgrund drängen, sondern mit der Schließung von Postämtern, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Schulen und der Verlegung von Ausbildungszentren weiter Öl ins Feuer gießen. **Man braucht kein Experte zu sein, um zu wissen, dass mit der Abwanderung unserer Jugend ein „Brain**

Drain“ - ein Verlust von qualifizierten Arbeitskräften - einhergeht. Warum die Abwanderungsprozesse aus Kärnten, vor allem in der Gruppe der jungen Menschen, immer mehr voranschreiten, ist auf zwei wesentliche Faktoren zurückzuführen: 1. die Strukturschwäche der Wirtschaft, weshalb es zu einem Mangel an Arbeitsplätzen kommt, und 2. das Geburtendefizit, das wiederum daraus resultiert, dass viele Kärntnerinnen bereits vor der Familiengründung Kärnten verlassen.

Aus Zahlen der Statistik Austria ist ersichtlich, dass von 10.590 Kärntnern, die 2021 unser Bundesland verlassen haben, 4.158 österreichische Staatsangehörige waren, von denen wiederum 3.324 in ein anderes Bundesland zogen und 834 ins Ausland gingen (siehe Abb. 1). Gut ein Drittel all jener, die bei uns verblieben, wanderte nach Wien aus, ein weiteres

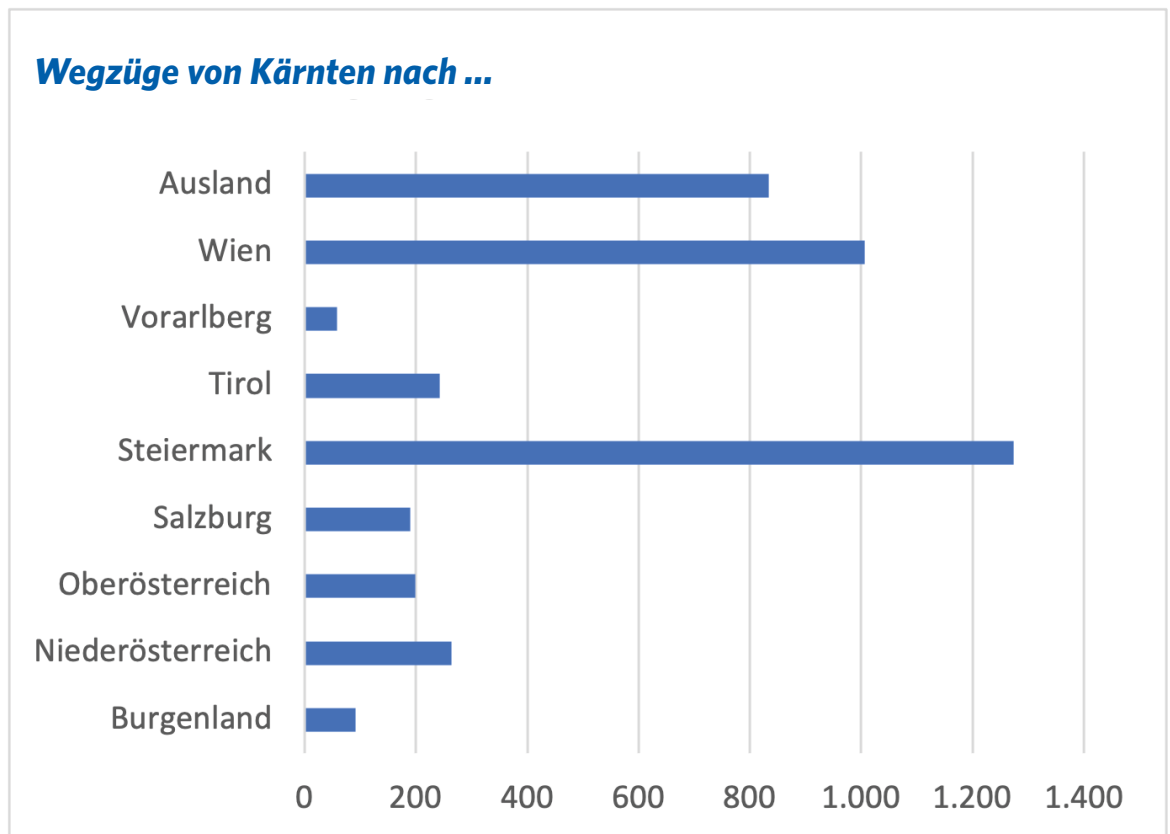


Abbildung 1: Wanderungsstatistik der 4.158 Kärntner mit österreichischer Staatsbürgerschaft 2021 (Quelle: Statistik Austria)

Drittel fand sich in der Steiermark wieder. Die Gründe hierfür liegen im Wunsch nach Bildung und Jobchancen, die sich vor allem in den Universitätsstädten Graz und Wien wiederfinden.

Die Zahlen der Statistik Austria geben aber noch viel mehr Aufschluss und zeigen, dass 2021 über 6.000 Menschen ohne österreichische Staatsangehörigkeit Kärnten verließen. Rund die Hälfte ging ins Ausland, die andere Hälfte verteilte sich auf die restlichen Bundesländer. Dass die SPÖ/ÖVP-Landesregierung dennoch immer wieder auf eine positive Wanderungsbilanz verweist, ist einzig und allein dem Umstand der Zuzüge aus dem Ausland geschuldet. 7.108 ausländische Staatsangehörige wurden 2021 in Kärnten registriert, wohingegen lediglich rund 5.000 österreichische Staatsangehörige nach Kärnten kamen. **Es ist also davon auszugehen, dass es Kärnten kaum gelingt, jene Menschen wieder ins Land zurückzuholen, die es bereits verloren hat.** Warum auch? Rückkehrern wird aktuell in Kärnten kaum etwas geboten, ländliche Verkehrs- und Infrastruktur ist nach wie vor zu wenig ausgebaut, adäquate Arbeitsplätze sind Mangelware, die Kinderbetreuung funktioniert nur in Ballungsgebieten, leistbares Wohnen ist ein Fremdwort, und die Wirtschaft strauchelt aufgrund der Nachwirkungen der Corona-Repressalien und der aktuellen Teuerungswelle.

Unter Rot-Schwarz wurden vielen Gemeinden die sieben Daseinsgrundfunktionen - Bildung, Wohnen, Erholung, Verkehr, Ver- und Entsorgung, Arbeit und Kommunikation - teilweise weggenommen beziehungsweise der Zugang zu diesen erschwert. Viele Gemeinden verfügen nicht mehr über die finanziellen Ressourcen, die Daseinsgrundfunktionen in einem zufriedenstellenden Ausmaß für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Die halbherzigen Maßnahmen gegen die Teuerungs- und Energiekrise zur Unter-

stützung von Gemeinden sind ein Tropfen auf dem heißen Stein, das Überleben vieler Regionen ist gefährdet. Der Schrumpfungsprozess, der in vielen Gemeinden bereits eingesetzt hat, wird sich weiterhin negativ fortsetzen, bis wir Kärnten, wie wir es lieben, nicht mehr wiedererkennen werden.

Diese negative „Entwicklungsspirale“ kann man sich ungefähr so vorstellen:

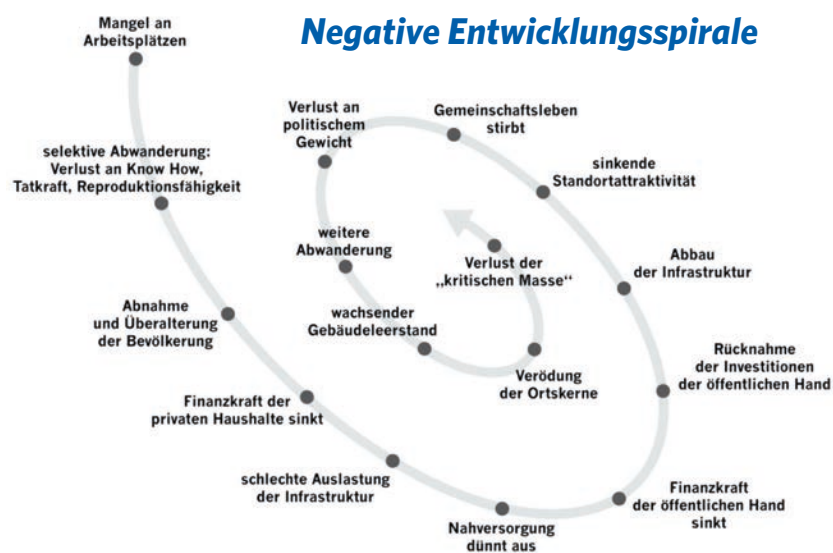


Abbildung 2: Negative Entwicklungsspirale des Schrumpfungsprozesses (Quelle: Weber et al., 2006, S. 1)

Aktuell befinden wir uns mitten in dieser Entwicklung, für die aber SPÖ und ÖVP keinen Ausweg finden. Sieht man sich an, wie wenig der Kärntner SPÖ-Landeshauptmann für die eigene Bevölkerung auf Bundesebene (Hypo, Infrastrukturausbau etc.) erreicht, dürften wir ohnehin bereits an einem Punkt angekommen sein, der mit einem „Verlust an politischem Gewicht“ einhergeht. Wir müssen daher endlich aktiv gegensteuern und brauchen ein Programm, das zielgerichtet Maßnahmen erarbeitet, die auf die Leistungen und Möglichkeiten von Kommunen und Regionen abgestimmt sind. **Es braucht eine offensive Strategie**

im Sinne einer lokalen Wachstumsstrategie, um eine Umkehrung dieses negativen Trends und eine stabile Bevölkerungsentwicklung herbeizuführen.

Ländlicher Raum

Der ländliche Raum in Österreich hat eine lange Tradition, und besonders Kärnten lebt von seinen Menschen, die am Land leben und arbeiten und die heimische Kultur pflegen. Im Sinne unserer freiheitlichen Politik für Kärnten sehen wir es daher als unsere Aufgabe, aktiv etwas für die Stärkung des ländlichen Raumes zu tun. **Die Potenziale, die in Randregionen schlummern, müssen wieder aktiviert und auch genutzt werden. Der ländliche Raum braucht junge Leute, eine lebende Wirtschaft, attraktive Arbeitsplätze und eine funktionierende soziale und öffentliche Infrastruktur.**

Wenn wir den Ausverkauf Kärntens von SPÖ und ÖVP jetzt nicht stoppen, werden wir bald keine Handhabe mehr über wichtige Gebiete unseres eigenen Bundeslandes haben.

Erwin Baumann
Kandidat für den
Kärntner Landtag



Das langfristige Ziel muss es aber sein, nicht nur den Abwanderungstrend zu stoppen, sondern für junge Leute und Familien, die darüber nachdenken, wieder nach Kärnten zurückzukehren oder aus anderen Bundesländern nach Kärnten zu ziehen, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Was braucht es, damit junge, qualifizierte Menschen nach Kärnten kommen, und wir von einem „Brain Drain“ zu einer „Brain Circulation“ übergehen, von der Kärnten profitiert?

Die Lösung für die Herausforderungen ländlicher Regionen in zentralistischen Strukturen zu suchen, ist schlichtweg falsch. Gelder ausschließlich in die Infrastrukturen großer Städte zu transferieren, ist nicht zweckmäßig. Vielmehr ist es notwendig, Potenziale des ländlichen Raums zu nutzen und diese auch für Städte attraktiv zu gestalten. Sind adäquate Arbeitsplätze, leistbarer Wohnraum und ausreichend öffentliche Verkehrsverbindungen am Land vorhanden, braucht es keine städtischen Massenansiedlungen. Landregionen müssen eine Chance erhalten, sich selbst als attraktiven Lebensraum zu positionieren.

Das wollen wir mit zukunftsgerichteten Projekten wie interkommunalen Wirtschaftsräumen, Gewerbeparks und der regionalen Projektentwicklungsgesellschaft erreichen. Überdies braucht es Anreize für Rückkehrer, die auch aufzeigen, was der Lebensraum Kärnten zu bieten hat.

„Komm zurück!“-Initiative

Um der Abwanderung entgegenzuwirken beziehungsweise gut ausgebildete und qualifizierte Kärntnerinnen und Kärntner dazu zu bewegen, etwa nach Abschluss ihrer Ausbildung wieder zurück nach Kärnten zu kommen, müssen wir in erster Linie die für sie notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen schaffen – in Form von ausreichend Wohnraum,

Arbeitsplätzen, Kinderbetreuungseinrichtungen, einer gesicherten Gesundheitsversorgung und vielem mehr.

Wollen wir Menschen darin unterstützen, den Schritt zurück in ihre Heimat Kärnten zu machen, müssen wir sie aktiv ansprechen und besser noch – schon vor ihrer Auswanderung – damit beginnen, Netzwerke aufzubauen, mit denen sie den Kontakt in ihre Heimat nicht verlieren. Die Zusammenarbeit mit Unternehmen, Universitäten und Schulen soll dabei im Vordergrund stehen und demonstrieren, welche Potenziale, Chancen und Möglichkeiten Kärnten bietet, und dass eine Rückkehr durchaus lohnenswert ist.

Interkommunale Wirtschaftsräume und Gewerbeparks

Einzelkämpfertum ist fehl am Platz. Eine erfolgreiche Zukunft für den ländlichen Raum wird es nur dann geben, wenn sich Kräfte und Potenziale bündeln. Nur gemeinsam wird man in der Lage sein, die Chancen und Möglichkeiten einer Region zur Absicherung von bestehenden und Ansiedlung von neuen Betrieben und damit zur Schaffung von dringend notwendigen Arbeitsplätzen nutzen zu können. Entsprechend attraktive und vor allem verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen sowie zeitgemäße Verkehrs- und Infrastrukturanbindungen sind dafür die Grundvoraussetzung, die es zu schaffen gilt. **Das Land muss gemeindeübergreifende Zusammenarbeit zur Schaffung interkommunaler Wirtschaftsräume und interkommunaler Gewerbeparks (IGP) aktiv unterstützen.**

Damit man erfolgreich einen interkommunalen Gewerbepark errichten kann, braucht es die nötigen organisatorischen Rahmenbedingungen. Hierfür muss ein verbindlicher Zusammenschluss der mitmachenden Gemeinden im Sinne eines Gemeindeverbandes („Interkommunale Wirtschaftsregion“) geschaffen werden. Schulgemeindeverband oder SHV (Sozial-

hilfeverband) zeigen bereits, wie es gehen kann; daran sollten wir uns orientieren, um gemeinsam die Herausforderungen einer funktionierenden Wirtschaftsregion zu bewältigen. Auch die Projektentwicklungsgesellschaft (R-PEG) würde hierfür eine wichtige Aufgabe wahrnehmen und als operative Gesellschaft des Gemeindeverbandes (IWR) agieren.

Regionale Projektentwicklungsgesellschaft (R-PEG)

Gemeindeübergreifende Zusammenarbeit an sich ist nichts Neues, sondern funktioniert in unzähligen Bereichen hervorragend. Infrastruktur-, Bildungs- und Sozialorganisationen zeigen vor, wie durch die Bündelung gemeinsamer Kräfte stabile und resiliente Einrichtungen geschaffen werden können. Völlig vernachlässigt in Kärnten wird jedoch die Entwicklung von Zukunftsprojekten.

Eine Projektentwicklungsgesellschaft (PEG), die sämtliche Projektideen managt, umsetzt und weiterentwickelt, die visionäre Ideen von klugen Leuten aufgreift und fördert, die Grundlagen für profitable Geschäftsmodelle und nachhaltige Initiativen schafft – das wäre dringend erforderlich. Deshalb sprechen sich die Freiheitlichen für die Einrichtung einer eigenen Projektentwicklungsgesellschaft für Kärnten aus. **Diese Gesellschaft des Landes soll eigene Projekte umsetzungsfertig vorbereiten, um Investoren ansprechen zu können oder Unternehmer (Investoren) bei ihren Projektenwicklungen zu unterstützen und so als Motor für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu dienen.**

Derzeit schrecken viele Unternehmer auch wegen langer und aufwendiger Behördenverfahren vor Investitionen zurück. Alle bestehenden Gesellschaften und Abteilungen des Landes müssten der Projektentwicklungsgesellschaft zuarbeiten. Außerdem sollen Projektideen genehmi-

gungsfähig vorbereitet und dann in einer Projektliste Unternehmern und Investoren national und international angeboten werden. Ein Investor, der beispielsweise ein Hotelprojekt in einer Region plant, könnte so auf ein fertiges, genehmigungsfähiges Projekt zurückgreifen und sofort realisieren.

Nach der Schließung der erfolgreichen Entwicklungsagentur Kärnten durch die rot-schwarz-grüne Koalition 2015 obliegt der neu zu errichtenden Projektentwicklungsgesellschaft Kärnten auch ein offensives Standortmarketing. Die Standortvorteile Kärntens müssen international präsentiert werden, um potenzielle Investoren anzusprechen.

Von Bundesseite können wir hier nicht auf Unterstützung hoffen. Wir werden seit Jahren mit den demografischen Herausforderungen (Bevölkerungsrückgang) und den Folgen einer zentralistischen Politik alleingelassen. Die damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind für uns alle spürbar und verunsichern die Menschen in Kärnten zunehmend. Daher brauchen wir eine Institution, welche die Entwicklungspotenziale unserer Regionen und unseres Bundeslandes vorantreibt, Projekte unterstützt und unsere Gemeinden stärkt. **Es ist höchste Zeit, dass wir selbst eine regionale Projektentwicklungsgesellschaft (R-PEG) ins Leben rufen, damit wir unsere Regionen zukunftsfit und krisenfest gestalten können!**

Raumordnung neu denken

Seit Jahren wurde vonseiten der politisch Verantwortlichen in Kärnten versucht, ein neues Raumordnungsgesetz auf Schiene zu bringen. Dementsprechend groß waren die Erwartungen der Gemeinden, als vom zuständigen SPÖ-Landesrat Daniel Fellner angekündigt wurde, dass eine umfassende Gesetzesnovelle vorbereitet wird.



Doch bald folgte bei vielen Gemeinden die Ernüchterung. Im Sommer 2019 wurde das neue Raumordnungsgesetz in Begutachtung geschickt, und zwar ohne dass die Gemeinden im Vorfeld in den Gesetzwerdungsprozess eingebunden wurden. Was folgte, war ein Sturm der Entrüstung: Denn anstatt mit dem neuen Gesetz ein Instrument zu schaffen, das die Gemeindeautonomie stärkt und die Verfahren vereinfacht beziehungsweise beschleunigt, beinhaltete der Gesetzesentwurf zahlreiche Punkte, die einer Entmachtung der Gemeinden gleichkamen und die auch gravierende negative Auswirkungen auf die Bürger hatten.

In zähen Verhandlungsrunden zwischen Vertretern der Landtagsparteien und unter Einbeziehung der Fachbeamtenschaft gelang es der FPÖ, dem Gesetzesentwurf viele „Giftzähne“ zu ziehen. So konnte dank der FPÖ etwa die ursprünglich geplante „Widmungsabgabe“ beziehungsweise „Mobilisierungsabgabe“ verhindert werden. Trotzdem beinhaltet das schlussendlich beschlossene Raumordnungsgesetz noch immer viele Punkte, die von der FPÖ strikt abgelehnt werden. Es gibt zahlreiche Bereiche, die für die Gemeinden, aber auch für die Bürger negative Auswirkungen haben. So werden die Kompetenzen und die Autonomie der Gemeinden beschnitten, Neuwidmungen außerhalb der Siedlungsschwerpunkte praktisch unmöglich gemacht, und die Gemeinden haben



zukünftig im Raumordnungsbeirat keine Parteienstellung mehr. Außerdem kommt es zu einem Eingriff in die Eigentumsrechte der Bürger, denn Bauflächen, die seit mehr als 20 Jahren gewidmet, aber nicht bebaut sind, müssen von den Gemeinden rückgewidmet werden – dadurch sind Rechtsstreitigkeiten vorprogrammiert.

Wir sagen: **Die Entscheidungsfreiheit bei Widmungen soll bei der Gemeinde liegen, denn dort weiß man am besten, was die Entwicklung der jeweiligen Gemeinde fördert und was nicht.**

Strategische Grundstückssicherung forcieren

Dank falscher politischer Entscheidungen wurde Kärnten in den letzten Jahren zu einem regelrechten „Ausverkaufsschlager“ degradiert. Anstatt wirtschaftlich wertvolle Grundstücke und Gebäude an ausländische Investoren zu „verschern“, müssen wir eine strategische Grundstückssicherung zum Nutzen Kärntens betreiben. Die Teilprivatisierung des Flughafens Klagenfurt, der Verkauf von Schloss Drauhofen in Oberkärnten und das Veräußern von immer mehr Seegrundstücken belegen, dass das nicht der Weg ist, den wir für eine wirtschaftlich und gesellschaftlich zukunftsgerichtete Entwicklung Kärntens einschlagen sollten.

Mit einem gemeinsamen Kauf von Schloss

Drauhofen durch die umliegenden Gemeinden hätte ein wichtiger Wirtschaftsstandort in Form eines Impulszentrums sowie eines Industrie- und Gewerbeparks geschaffen werden können. Ebenso wäre es möglich gewesen, Verwaltungsstellen des Bundes und des Landes zu dezentralisieren und in den ländlichen Raum zu verlegen. An den beiden im Landeseigentum befindlichen Seen, dem Hafnersee und dem Maltschacher See, könnten touristische Projekte entwickelt und gestartet werden, die wichtige Arbeitsplätze und Wertschöpfung für die Regionen bringen.

Unseren Bauern Zukunft geben

Durch ihre Arbeit leisten unsere Bäuerinnen und Bauern einen enormen Beitrag zur Ernährungssicherheit der Kärntner Bevölkerung und zum Erhalt einer aktiven Kulturlandschaft. All diese Leistungen müssen in Zukunft gerecht abgegolten werden, damit sich ihr Einsatz lohnt. Zusätzlich braucht es klare Rahmenbedingungen, Rechtssicherheit, faire Wettbewerbsbedingungen und lebensfähige Preise.

Die Einkommenssituation der Kärntner Land- und Forstwirte ist dramatisch. Der Monatslohn eines durchschnittlichen Bauern liegt bei der Mindestsicherung. Die schlechten Marktpreise beschleunigen den Einkommensrückgang zusätzlich. Kleine und mittlere Betriebe müssen im Jahr rund 20.000 Euro Einkünfte aus unselbstständiger Arbeit haben, um ihren Betrieb überhaupt aufrechterhalten zu können. Der Großteil unserer Bauern muss nebenbei arbeiten gehen, damit sie Investitionen am Betrieb durchführen können. Viele geben auf. **Die Anzahl der aktiven bäuerlichen Betriebe in Kärnten hat sich seit dem EU-Beitritt halbiert.** Waren es 1995 noch rund 20.000 Betriebe, gibt es jetzt nur mehr rund 10.000 Betriebe, die einen Mehrfachantrag stellen. Die Coronakrise und der Ukraine-Krieg haben die Situation noch

verschärft. Gerade der Bauernstand ist infolge der Coronakrise massiv unter Druck geraten. Durch den Wegfall der Gastronomie, die Schließung von Tourismusbetrieben sowie Exportschwierigkeiten ist es zu einem Preisverfall bei Rind- und Schweinefleisch gekommen, weil wichtige Abnehmer weggefallen sind. Zusätzlich sind die Kosten für viele agrarische Betriebsmittel wie zum Beispiel Futtermittel, Düngemittel oder Energie in den vergangenen Monaten zum Teil geradezu explodiert und verteuern massiv die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wie Milch, Fleisch, Eier oder Getreide. Wie die Daten der Statistik Austria zeigen, geht die Preis-Kosten-Schere in der Landwirtschaft immer weiter auf.

Das bäuerliche Durchschnittseinkommen sank in den letzten Jahren um mehr als 20 Prozent. Daher fordert die FPÖ Kärnten, dass die Ausgleichszahlungen an die Inflation angepasst werden und ein

Rechtsanspruch eingeführt wird. **Die ausgeschütteten Fördergelder müssen beim Bauern ankommen, und nicht bei den Konzernen.** Außerdem braucht es dringende Perspektiven für die Schweine- und Rinderhalter, wie etwa durch die Wiedereinführung der Mutterkuhprämie. **Parallel dazu sind Belastungen abzubauen:** Die Sozialversicherungsbeiträge müssen gesenkt werden, und bei der nächsten Hauptfeststellung der Pauschalierung 2023 dürfen keine öffentlichen Gelder mehr bei den Einheitswerten eingerechnet werden.

Immer weniger Jungbauern sind bereit, das wirtschaftliche Risiko einer Hofübernahme einzugehen; sie verpachten oder verkaufen die landwirtschaftlichen Flächen und steigen aus dem Bauernstand aus. **Es gilt, ein „Jungbauern-Paket“ zu schnüren, um den Bauernstand wirtschaftlich wieder attraktiv zu machen, beispielsweise mit einer Top-up-Prämie für Junglandwirte.** Dazu gehören auch die Aufstockung der Existenzgründungsbeihilfen und des Meisterbonus sowie die Möglichkeit, Jungbauern kostengünstig mitzuversichern.

Der FPÖ Kärnten ist es ein besonderes Anliegen, die heimischen Bauern zu unterstützen. Keine andere Partei hat in den vergangenen Jahren so viele Anträge zu land- und forstwirtschaftlichen Themen im Kärntner Landtag eingebracht wie die FPÖ (zum Beispiel für das Aussetzen der SV-Beiträge während der Corona-Lockdowns und für Soforthilfemaßnahmen für Kärntner Rinderbauern nach steirischem Vorbild). Außerdem brachte die FPÖ im Landtag ein Maßnahmenpaket für ein neues und faires Fördersystem ein. Dieses soll unter anderem folgende Punkte beinhalten:

- » Arbeitsplatzförderung als Ergänzung zur bisherigen Flächenförderung

Wir müssen unseren Bauern die Hand reichen. Sie brauchen ein Umfeld und eine Gesetzeslage, in der sie eigenständig, erfolgreich und resilient arbeiten können.

Erwin Angerer
Landesspitzenkandidat



- » Top-up-Förderungen für die ersten 20 Hektar als Unterstützung für kleinere Familienbetriebe
- » Sockelförderung pro Arbeitskraft, wodurch die Arbeitsplätze im Agrarsektor sicherer gemacht werden könnten
- » Landschaftsschützer-Bonus für die heimische Berglandwirtschaft, da diese nicht nur zur Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln beitragen, sondern auch einen unschätzbaren Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft in schwierigem Terrain leisten
- » Wiedereinführung der gekoppelten Mutterkuh- und Mutterschafprämie als direkte Unterstützung der Grünlandbauern und zum Erhalt der Kulturlandschaft

Um ein weiteres Zeichen für unsere Landwirte zu setzen, haben wir unter dem Motto „Damit auch unsere Kinder noch Bauern sein können“ eine Kampagne ins Leben gerufen, um das Bewusstsein für unsere heimische Landwirtschaft zu stärken. Denn gerade die Coronakrise hat gezeigt, wie wichtig eine eigenständige, regionale Versorgung mit Lebensmitteln ist.

Der Selbstversorgungsgrad könnte noch höher ausfallen, wenn die Handelsabkommen der vergangenen Jahre, schlechte Preise sowie hohe Sozialversicherungsbeiträge nicht viele Landwirte zum Aufgeben gezwungen hätten. Damit mehr Bürger einheimische Lebensmittel kaufen, muss auch die Politik mitspielen. **Wir brauchen Gesetze, die unserer heimischen Landwirtschaft eine Chance geben, eine echte Herkunftskennzeichnung und eine CO2-Abgabe für ausländische Produkte** – und natürlich keine weiteren Handelsabkommen, sondern stattdessen eine Stärkung der regionalen Landwirtschaft. Außerdem müssen dringend Maßnahmen zur Entbürokratisierung gesetzt sowie die bestehenden landwirtschaftlichen Fachschulen außer Streit gestellt und abgesichert werden.



Um die Energieversorgung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben sicherzustellen, soll das Land Kärnten die Notstromförderaktion für Landwirte wieder anbieten und die Anschaffung von Notstromaggregaten fördern. Damit soll die Versorgungssicherheit von landwirtschaftlichen Betrieben mit Strom verbessert und Fütterungs-, Lüftungs- oder Kühlanlagen, aber auch Brandmelder und Regelungstechnik sollen abgesichert werden. Dringend notwendige betriebliche Abläufe und die Betriebssicherheit können somit aufrechterhalten werden.

Außerdem braucht es eine Strompreisbremse für landwirtschaftliche Betriebe. Ohne Unterstützung bei der Zahlung der Stromkosten können einzelne Sektoren der landwirtschaftlichen Produktion wirtschaftlich nicht im bisherigen Umfang weitergeführt werden. Eine Verknappung und somit Verteuerung bestimmter Lebensmittel wäre nicht zu verhindern. Es muss eine Strompreisbremse geben, um das Angebot zu halten und damit auch der Inflation entgegenzuwirken.

Nicht zuletzt seit der Coronakrise haben sich die Bauern verstärkt auf die Investition in Hofläden oder die Direktvermarktung konzentriert. Die Existenz und die Neuerrichtung von Dorfläden stehen aber rechtlichen Unsicherheiten und Problemen gegenüber. **Damit die regionale Wertschöpfung und die Einkünfte unserer Bauern dadurch nicht be- oder gar verhindert werden, braucht es eine zeitgemäße Anpassung der Gewerbeordnung.** FPÖ-Spitzenkandidat Erwin Angerer hat dazu bereits einen Antrag im Parlament eingebracht, dem die Regierungsparteien bis dato nicht zustimmten. Wir Freiheitliche werden uns aber weiterhin dafür einsetzen, dass unsere Bauern ein Umfeld und eine Gesetzeslage vorfinden, in der sie eigenständig und resilient arbeiten können – damit unsere Bauern wieder eine Zukunft haben!

Tierschutz mit Herz

Tierschutz war und ist ein Herzensanliegen der FPÖ. **Ziel ist der Schutz des Lebens und**



des Wohlbefindens der Tiere ohne Massentierhaltung, Tierfabriken und Tierquälerei sowie eine Erhöhung des Strafrahmens bei Verstößen dagegen. Dabei ist es vorrangig, vorherrschendes Tierleid zu vermindern. Wir wollen weg von der Massentierhaltung hin zu einem naturnahen, respektvollen Umgang mit unseren Tieren. Das kann am besten in kleineren bäuerlichen Betrieben erfolgen. Diese kleinstrukturierten Betriebe sind Vorreiter im Bereich der artgerechten Tierhaltung und stellen daher einen positiven Gegenpol zu den europäischen Agrarbetrieben dar, in denen Tiere teilweise unter verabscheuungswürdigen Umständen auf engstem Raum gehalten werden.

Besonders kritisch zu hinterfragen sind die europäischen Tiertransportwege. Lebendtiertransporte über hunderte von Kilometern quer durch das Unionsgebiet sind untragbar für jedes Tier. Wir fordern ein europaweites Verbot des Exports von Lebendtieren außerhalb der EU – insbesondere in Länder, wo durch lange Transportzeiten die Tiere unnötig gequält werden, weil es dort auch keine mit Europa vergleichbaren Tierschutzgesetze gibt. Außerdem steht die Beförderung von Tieren quer durch Europa im Widerspruch zum Bestreben für ein Mehr an Qualität und Regionalität bei unseren Produkten.

Um Konsumenten nicht länger zu täuschen, ist es notwendig, dass künftig nur noch Fleisch von Tieren, die in Österreich aufgewachsen sind, mit einem klaren österreichischen Gütezeichen versehen wird. **Die FPÖ fordert seit Jahren eine lückenlose Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln.** Dazu zählt unter anderem eine strenge Auslegung der EU-Primärzutatenverordnung, eine Herkunftskenn-



zeichnung jener Produkte, die nur wenig verarbeitet sind (insbesondere für den tierischen Bereich), sowie eine bessere Unterstützung für freiwillige Kennzeichnungssysteme. Im Kärntner Landtag hat sich die FPÖ dafür eingesetzt, die Regionalitäts-Charta insofern zu erweitern, dass in sämtlichen Lebensmitteln, die in ihrer Bezeichnung einen Herkunftshinweis auf Kärnten haben (z. B. „Spezialität aus Kärnten“), die wertbestimmenden Rohstoffe auch überwiegend aus Kärnten stammen müssen. Damit soll einerseits den Konsumenten eine Orientierungshilfe geboten werden und andererseits den heimischen landwirtschaftlichen Betrieben mehr Wertschöpfung zugutekommen. Regionale Wertschöpfungsketten bieten Stabilität und Sicherheit in wirtschaftlich unruhigen Zeiten und sorgen zudem auch für das Tierwohl.

Weiters ist es wichtig, Maßnahmen zu setzen, die zur Verbesserung der Tierhaltung führen und künftige Tierhalter aufklären. Mehr Verantwortung des Einzelnen bei der Tierhaltung würde nämlich viele Tierschutzhäuser entlasten. Diese sind gerade aufgrund der Corona-Pandemie in eine schwierige Lage geraten, denn viele „Corona-Tiere“ landeten bald nach ihrer Anschaffung in einem Tierheim. Die vielen ehrenamtlichen Mitarbeiter kümmern sich dort um eine Vielzahl von herrenlosen Hunden und Katzen. Die Betreiber der Tierheime sind immer wieder auf Geld- und Futterspenden angewiesen, um über die Runden zu kommen, wobei gerade in den Wintermonaten der finanzielle Aufwand steigt. Um die Tierheime finanziell abzusichern und ihnen Planungssicherheit zu gewährleisten, soll das Land Kärnten in Zusammenarbeit mit den Betreibern der Tierheime ein Fördermodell entwickeln.

Was den tierärztlichen Notdienst betrifft, hinkt Kärnten in Sachen Tierschutz den anderen Bundesländern hinterher. Aufgrund struktureller Probleme und fehlender finanzieller Anreize sind Veterinärmediziner, die einen Wochenenddienst verrichten wollen, schwer zu finden. Derzeit gibt es in Kärnten ein Pilotprojekt bis Ende März, durch das der tierärztliche Bereitschaftsdienst an Wochenenden und Feiertagen finanziert wird. Darüber hinaus gibt es jedoch keine Konzepte, um den kärntenweiten Bereitschaftsdienst für Kleintiere aufrecht zu erhalten. Es braucht dringend finanzielle Anreize für unsere Tierärzte, diesen Notdienst auch zu verrichten. Andere Bundesländer machen es uns bereits vor und haben ein Bereitschafts- beziehungsweise Wartegeld für den tierärztlichen Notdienst am Wochenende umgesetzt.

Aber auch den strukturellen Problemen im Bereich des veterinärmedizinischen Notdienstes muss entgegengetreten werden. **Um diensthabende Tierärzte zu entlasten, soll ein zentrales Notfalltelefon eingerichtet werden, um tatsächliche Notfälle schon vorab zu identifizieren und veterinärmedizinische Ressourcen nicht unnötig zu binden.** Das Burgenland hat diese Strukturmaßnahme im Heim- und Nutztierbereich beispielsweise bereits umgesetzt und dient als entsprechendes Best-Practice-Beispiel. Die Landesregierung muss die entsprechenden Mittel für den tierärztlichen Notdienst nunmehr zur Verfügung stellen, um das Tierwohl auch weiterhin zu gewährleisten, denn der Tierschutz in Kärnten darf nicht vernachlässigt werden.



Hier findet ihr unsere Initiativen & Anträge aus Parlament & Landtag



**KÄRNTEN SOLL
KÄRNTEN BLEIBEN!**

10



Forderungen:

- » regionale Strukturen erhalten und Gemeinden stärken
- » **klares Bekenntnis zur Förderung der Volkskultur und des Brauchtumswesens**
- » finanzielle Mittel für den Volkskulturbereich aufstocken
- » **Vereine fördern und Nachwuchsarbeit leisten**
- » Einführung eines „Tages der Familie“ mit Gratis-Eintritt in Kultureinrichtungen
- » **Nein zur „Slowenisierung“ der Kärntner Gerichtsbarkeit**
- » Erhalt aller Bezirksgerichte und keine Ausweitung der Zweisprachigkeit auf andere Bezirksgerichte und das Landesgericht Klagenfurt

Kärnten lebt von seinen gewachsenen Strukturen und seinen Traditionen. Diese müssen erhalten und weiterentwickelt werden. Dies betrifft vor allem den ländlichen Raum mit seinen Gemeinden und den Einrichtungen sowie Betrieben vor Ort. Eine Ausdünnung der Landgemeinden zugunsten des Zentralraums ist abzulehnen. Leider wurden in den vergangenen Jahren neben dem ländlichen Raum auch die Volkskultur und das Brauchtum stiefmütterlich behandelt. Um sie zu stärken, müssen die finanziellen Mittel für diese Bereiche – speziell für die Nachwuchsarbeit – massiv aufgestockt werden. Unter dem Motto „Volkskultur blau gedacht“ sollen Maßnahmen gesetzt werden, um Volkskultur und Brauchtum zu fördern.

Da die slowenische Volksgruppe in Kärnten die bestgeförderte Minderheit in Europa ist, sind neue Zugeständnisse an die Volksgruppe klar abzulehnen. Dies umfasst auch den Wunsch, die Gerichtsbarkeit in Kärnten zu „slowenisieren“. Alle Bezirksgerichte müssen erhalten bleiben, und es darf keine Ausweitung der Zweisprachigkeit auf andere Bezirksgerichte und das Landesgericht Klagenfurt geben.

Stopp dem Zentralisierungswahn

Kärnten wird wesentlich durch seine Gemeinden und deren Strukturen vor Ort geprägt. Diese sollen auch künftig erhalten und weiterentwickelt werden, damit der ländliche Raum für die dort lebenden Menschen ein zukunftssicherer Lebensraum und Heimat bleiben kann.

Die derzeitige Zentralisierungspolitik der SPÖ/ÖVP-Landesregierung geht aber

leider einen anderen Weg und treibt die Aushöhlung des ländlichen Raumes weiter voran. Obwohl noch immer rund zwei Drittel der Bevölkerung außerhalb der Ballungsgebiete Klagenfurt und Villach leben, liegt der Fokus der Politik von SPÖ und ÖVP im Zentralraum, während die ländlichen Gemeinden sukzessive ausgedünnt werden. Viele wichtige Einrichtungen, wie Polizeiposten, Volksschulen, Postämter, Berufsschulzweige und Gesundheitseinrichtungen, wurden geschlossen oder in

den Zentralraum verlegt. Dasselbe gilt für die Betriebsansiedlungskonzepte und die Wohnbauprogramme des Landes Kärnten, deren Schwerpunkte in den oder um die Ballungszentren liegen. Das führt zu einer bedenklichen Entwicklung, die besonders strukturschwache Gemeinden besonders trifft: Wenn die Attraktivität der Angebote vor Ort sinkt, wandern mehr und vor allem junge Menschen ab. Die wenigen noch ansässigen Firmen finden keine qualifizierten Mitarbeiter mehr, Nahversorger und öffentliche Einrichtungen schließen. Damit könnte eine Abwärtsspirale eingeleitet werden, an deren Ende schlimmstenfalls der (finanzielle) Kollaps einer Gemeinde steht.

Dieser verheerende Trend muss gestoppt werden. **Kärnten lebt nämlich von den Strukturen vor Ort und durch die Gemeinden. Wie sich gezeigt hat, sind Gemeinden krisenfeste Einheiten und die erste Verwaltungsanlaufstelle bei Problemen aller Art.** Die Menschen schätzen es, dass sie sich direkt vor Ort an ihren Bürgermeister als Ansprechpartner wenden können. Ge-

Unsere Volkskultur und unser Brauchtum müssen gelebt werden, denn sie sind ein wesentlicher Teil der Kärntner Identität.

Erwin Angerer
Landesspitzenkandidat



rade in den Landgemeinden wird den Menschen rasch und unbürokratisch geholfen und direkte Demokratie gelebt.

Es braucht daher Konzepte, damit die historisch gewachsenen regionalen Strukturen erhalten bleiben können. Belebte Ortskerne mit Volksschulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Landärzten sowie Nahversorgern sind zu fördern, und die öffentlichen Verkehrsverbindungen müssen ausgebaut werden. Außerdem sind die Rahmenbedingungen für Betriebsansiedlungen zu unterstützen und die Bedingungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer attraktiver zu gestalten. Um die Ausdünnung von Infrastruktur in den Gemeinden zu verhindern, ist es besonders wichtig, heimischen Klein- und Mittelbetrieben zu helfen. Unsere Gemeinden sind lebenswert – erhalten und gestalten wir sie!

Kärntner Brauchtum leben und Heimat bewahren

Alle Kärntner Regionen haben ihre Traditionen, ihre Bräuche und ihre Kulturträger. Dementsprechend mannigfaltig ist das kulturelle Leben in Kärnten. Die Volkskultur ist ein wesentlicher Bestandteil der Kärntner Identität, deshalb müssen Kultur und Brauchtum gelebt und gefördert werden. Um die regionalen Merkmale zu wahren, braucht es Menschen, Vereine und Institutionen, welche die Volkskultur pflegen. Leider wird der Volkskultur von der SPÖ/ÖVP-Landesregierung derzeit viel zu wenig Beachtung geschenkt. Während die Förderung der Volkskultur im Jahr 2010 – als die FPÖ noch den Kulturreferenten stellte



- noch 2,5 Millionen Euro betragen hat, liegen wir bei nur noch rund 300.000 Euro im Jahr 2020. Diese extreme Reduktion zeigt, dass die Volkskultur der rot-schwarzen Regierung offenbar nicht viel wert ist. Die Vereine stehen aber aufgrund der Coronanachwirkungen ohnedies vor finanziellen Herausforderungen, weil Veranstaltungen nicht stattfinden konnten, zudem haben sie zum Teil auch Nachwuchsprobleme. **Um die Volkskultur und das Heimatbewusstsein zu stärken, müssen die finanziellen Mittel für diese Bereiche massiv aufgestockt werden.** Außerdem soll ein Maßnahmenpaket entwickelt werden, das speziell auf Jugendliche abzielt.

Viele Volkskulturvereine (Chöre, Musikkapellen, Brauchtumsvereine, Dorfgemeinschaften, Kulturvereine, Volkstanzgruppen) suchen nämlich dringend Nachwuchs. Fehlt dieser, sind sie in ihrer Existenz und ihrem Fortbestand gefährdet. Im schulischen Bereich wird die Volkskultur leider sträflich vernachlässigt, obwohl es grundsätzlich eine Bildungsaufgabe wäre, dieses Wissen zu vermitteln. Daher bedarf es gerade hier einer Erneuerung und eines Umdenkens. **Es soll gezielt vor allem die Jugend angesprochen werden, damit sie die Brauchtums- und Musikvereine wieder bereichern und beleben. Zu diesem Zweck ist es umgehend erforderlich, dass die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Vereinen vor Ort gestärkt wird.**

Um die Volkskultur in Kärnten wiederzubeleben und die Vereine zu unterstützen, fordert die FPÖ Kärnten, dass eine fixe Chorstunde in den Pflichtschulen eingeführt wird. Außerdem sollen Anreize für

Musik- und Gesangspädagogen geschaffen werden, sich in den Kulturvereinen zu engagieren. **Zudem muss die Finanzierung der musikalischen Früherziehung in den Kindergärten ausgeweitet werden.** Die Musikschulen, die einen immens wichtigen Beitrag zur Ausbildung von Kindern und Jugendlichen leisten und dadurch das kulturelle Leben der Gemeinden bereichern, müssen noch besser gefördert werden. Schließungen von bestehenden Musikschulen sind abzulehnen.

Volkskultur blau gedacht

Die FPÖ hat stets das Brauchtum und die Tradition wertgeschätzt. Immer wieder setzen wir uns für die Anliegen der Volkskultur ein und fördern diese im Rahmen unserer Möglichkeiten. **Bereits 2021 haben wir gefordert, dass ein eigenes „Jahr der Volkskultur“ gefeiert wird.** Wir wollten damit allen Chören, Vereinen und Brauchtumsgruppen „Danke“ sagen, dass sie unser Kulturleben bunter machen und unsere Traditionen hochleben lassen. Dieses „Jahr der Volkskultur“ sollte das Bewusstsein der Menschen für die Kärntner Volkskulturlandschaft stärken und den Menschen das vielfältige Angebot der Kärntner Kulturschaffenden näherbringen. Dieser Vorschlag der FPÖ wurde mittlerweile von der Landesregierung aufgegriffen und abgekupfert. 2023 soll zum „Jahr der Volkskultur“ werden, wobei nach den bisherigen Erfahrungen mit SPÖ und ÖVP zu befürchten ist, dass die ursprüngliche Intention, nämlich ein starkes Zeichen für Brauchtum und Tradition zu setzen, nicht oder nur ansatzweise umgesetzt wird. Um Volkskultur fortzuführen und zu leben, braucht es aber nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern auch konkrete Unterstützungsmaßnahmen.

Freizeit mit der Familie zu verbringen, wünscht sich wohl ein jeder von uns. Für manche Familien ist es aber nicht leistbar, Ausflüge zu den großartigen Freizeitein-

richtungen in Kärnten zu machen oder den Kindern Geschichte und Kultur in Museen näher zu bringen. **Daher fordern wir die Einführung eines „Tages der Familie“, an dem einmal im Monat alle Kultureinrichtungen gratis besucht werden können.**

Weiters müssen die Gründung von Bezirksjugendchören und Blasmusikvorschulen gefördert und die Unterstützung für sie erhöht werden. Der Ankauf von Trachten und Musikinstrumenten für Jugendliche soll finanziell gestützt werden, weil sich viele Familien die Musikinstrumente und die teils teuren Trachten nicht leisten können. Zudem muss die Vernetzung der kulturellen Dachverbände mit den Landes-einrichtungen stärker vorangetrieben werden.

Auch fordern wir, dass der Kärntner Heimatherbst wieder ins Leben gerufen wird. Diese beliebte Programmreihe, die unzählige Gäste aus Nah und Fern zu den abwechslungsreichen Veranstaltungen angezogen hat, wurde 2013 von SPÖ und ÖVP abgeschafft. **Mit der Wiedereinführung des Heimatherbstes hätten alle Kärntnerinnen und Kärntner die Möglichkeit, an Kunst und Kultur teilzuhaben und die Kärntner Traditionen kennenzulernen.** Der Heimatherbst wäre eine ideale Auftrittsmöglichkeit für Jugendchöre und Jugendmusikkapellen. Zudem hätten sowohl die Volkskultur- und Brauchtumsvereine als auch Hotellerie und Gastronomie wieder einen Veranstaltungsfixpunkt im

Jahr, und zusätzlich würde die Tourismussaison verlängert werden.

Ausgewogene Volksgruppenpolitik

Die slowenische Volksgruppe in Kärnten ist nachweislich eine der bestgeförderten Minderheiten in Europa, was auch der Europarat bestätigt hat. Die in Kärnten praktizierte Minderheitenpolitik ist beispielgebend für ganz Europa. Dies zeigt sich zum einen in den Angeboten der Bildungseinrichtungen, wenn es um die sprachliche Ausrichtung geht (vom Kindergarten bis zum AHS-Bereich), und das spiegelt sich zum anderen in der Förderung der Kultur- und der Sportvereine wider. Außerdem werden die slowenische Volksgruppe und deren Einrichtungen finanziell auf das Großzügigste unterstützt. Neben der Volksgruppenförderung des Bundes werden durch das Land Kärnten die slowenischen Kulturvereine äußerst freigiebig gefördert.

Trotzdem kommt es vonseiten diverser Slowenenvertreter immer wieder zu neuen Begehrlichkeiten. Hier sagen wir „Stopp“. Die Ortstafellösung aus dem Jahr 2011 ist zu akzeptieren und darf nicht wieder aufgeschnürt werden. Die Erfüllung zusätzlicher Forderungen der slowenischen Volksgruppe lehnt die FPÖ aber ab, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass überhaupt nicht klar ist, wie viele Personen die



slowenische Volksgruppe umfasst. Eine Erhebung der Minderheit gibt es nämlich nicht.

Keine zweisprachige Gerichtsbarkeit in Kärnten

Einen weiteren Anschlag auf die Interessen Kärntens plant die schwarz-grüne Bundesregierung gemeinsam mit der Kärntner rot-schwarzen Landesregierung im Bereich der Justiz: Zur Stärkung der zweisprachigen Gerichtsbarkeit wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, unter anderem mit Vertretern der drei slowenischen Volksgruppenverbände und des Landes Kärnten. Ergebnis der Arbeitsgruppe war ein Gesetzesentwurf, der sowohl die Schließung von drei Bezirksgerichten in Südkärnten als auch die zweisprachige Landesgerichtsbarkeit (Slowenisch/Deutsch) in Kärnten vorsieht.

Obwohl die grüne Justizministerin Alma Zadic im April 2022 noch die Schließungsgerüchte um die Bezirksgerichte Ferlach, Bleiburg und Eisenkappel lautstark gegenüber Medien dementierte, wurde einen Monat später ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der genau das vorsieht – nämlich die Zusammenlegung des Bezirksgerichts Ferlach mit Klagenfurt sowie der Bezirksgerichte Bleiburg und Eisenkappel mit Völkermarkt. Damit aber nicht genug: Gemeinsam mit Villach sollen nun diese Gerichte „zweisprachige Kompetenzzentren“ werden, ebenso wie das Landesgericht in Klagenfurt! Das bedeutet eine Ausweitung der zweisprachigen Gerichtsbarkeit auf faktisch ganz Kärnten, und dies hat noch weitere weitreichende Konsequenzen: Die Justizministerin kündigte bereits in einer Anfragebeantwortung im Parlament an, dass sie die verstärkte Aufnahme von Bediensteten, die der slowenischen Sprache in Wort und Schrift mächtig sind, in allen Bereichen vorantreiben will. In Zukunft würden also zweisprachige Personen bevorzugt aufgenommen, während Vertreterinnen und Vertreter der deutschsprachigen Mehrheitsbevölkerung diskriminiert würden. Es besteht

die Gefahr, dass in einem nächsten Schritt diese Zweisprachigkeit auch auf andere Behörden, insbesondere auf die Bezirkshauptmannschaften, ausgeweitet wird. Das muss verhindert werden.

Die klaren Forderungen der FPÖ: Alle Bezirksgerichte müssen erhalten werden, und es darf zu keiner Ausweitung der Zweisprachigkeit auf andere Bezirksgerichte und das Landesgericht Klagenfurt kommen. Die geplante massive Ausweitung zweisprachiger Gerichte ist ein weiterer Kniefall Österreichs und Kärntens vor Slowenien, der so nicht akzeptiert werden darf. Kärnten muss den vorliegenden Gesetzesentwurf zur Gänze ablehnen!

Der Kahlschlag bei den Bezirksgerichten und die Ausweitung der zweisprachigen Gerichtsbarkeit auf ganz Kärnten müssen verhindert werden.

Josef Ofner
Kandidat für den
Kärntner Landtag



Hier findet ihr unsere Initiativen & Anträge aus Parlament & Landtag



KÄRNTEN Z

MIT S



ZUERST.

SICHERHEIT.



**KÄRNTEN ZUERST.
MIT SICHERHEIT.**

10 Punkte. Machen WIR. FÜR KÄRNTEN.



WWW.FPOE-KTN.AT

IMPRESSUM

Medieninhaber & Herausgeber

Die Freiheitlichen in Kärnten (FPÖ)
Dr.-Franz-Palla-Gasse 1
9020 Klagenfurt am Wörthersee

Telefon: 0463 - 56404

E-Mail: office@freiheitliche-ktn.at